»Neues Hambacher Fest«, Seite 12

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 20 – 18. Mai 2018

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





CSU-Vorstandsklausur am 12. Mai: Markus Blume, Horst Seehofer und Markus Söder (v.l.n.r.) in München

Bild: pa

Zeichen von Panik

»Brauner Schmutz«: CSU attackiert AfD mit äußerster Härte

In nie gesehener Brutalität geht die CSU in einem Positionspapier auf die AfD los. Was steckt hinter der Attacke?

Der bayerische Landtagswahlkampf, der im Urnengang am 14. Oktober gipfeln wird, droht bereits in seiner Anlaufphase zu entgleisen. Ein CSU-Strategiepapier, das Generalsekretär Markus Blume auf einer Vorstandsklausur in München vorgelegt hat, lässt darauf schließen, dass die Christsozialen im Ringen um die absolute Mehrheit alle Hemmungen fahren lassen.

Während die übrigen Oppositionsparteien noch vergleichsweise glimpflich davonkommen, plant die CSU gegen die AfD offenbar einen regelrechten Vernichtungswahlkampf. Die junge Partei wird in dem Papier als „brauner Schmutz“ bezeichnet, als „zutiefst unbayerisch“ und „Feinde Bayerns“. Das Papier rückt die AfD in die Nähe der NPD.

Die langjährige CDU-Bundestagsabgeordnete und Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach, hat in Reaktion auf das Papier den Bayerischen Verdienstorden zurückgegeben. Steinbach ist 2017 aus der CDU ausgetreten. Als Vorsitzende der AfD-nahen „Desiderius-Erasmus-Stiftung“ unterstützt sie nunmehr die Alternativen.

> Erika Steinbach: »Die CSU beschmutzt sich damit selbst«

In ihrem Brief an Bayerns Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) beschreibt Steinbach die AfD als „zutiefst bürgerliche Partei“, die es nur deshalb gebe, „weil CDU und CSU eklatant versagt haben“. An die CSU gerichtet konstatiert Steinbach hinsichtlich der AfD: „Sie ist Fleisch von Ihrem Fleische.“

Die frühere BdV-Präsidentin beklagt, die CSU habe keinerlei Probleme, einer Claudia Roth, die sich mit der Aussage „Deutschland, du mieses Stück Scheiße“ solidarisiert habe, durch ihren Ministerpräsidenten den Bayerischen Verdienstorden zu verleihen. Mit ihrer schwer erträglichen Beschreibung der AfD beschmutze sich die CSU selbst, schließt Steinbach ihren Brief. Für AfD-Chef Jörg Meuthen ist die CSU „im Antifa-Jargon angelangt“.

Die CSU schwankt bei Umfragen zwischen 41 und 44 Prozent, die absolute Mehrheit ist ernsthaft in Gefahr. Offenbar haben die Christsozialen das Aufkommen der AfD, die in Bayern derzeit zwölf Prozent bei Umfragen einfährt, als Hauptursache ihrer Probleme ausgemacht.

Allerdings versprüht die CSU-Führung mit ihrer jeden Rahmen sprengenden Attacke weniger Selbstbewusstsein als vielmehr den Eindruck, unter Ratlosigkeit zu leiden oder gar von Panik ergriffen zu sein. Das mag auch daran liegen, dass es der Bayern-Union bislang nicht gelungen ist, in der Berliner Koalition sichtbare Ergebnisse vorzuweisen. So ist die Innenminister-Anordnung von 2015, jeden ins Land zu lassen, der nur „Asyl“ sagt, noch immer in Kraft, obwohl der verantwortliche Minister mittlerweile Horst Seehofer (CSU) heißt. Will die CSU derartige Versäumnisse durch Krachschlagen übertönen? Der Verdacht liegt nahe. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Raus mit ihnen!

Das ist Wahlkampfhilfe der geschmacklosesten Art: Mesut Özil und Ilkay Gündogan, zwei deutsche Fußballnationalspieler türkischer Herkunft, die bei britischen Vereinen unter Vertrag stehen, sind bei einer Wahlkampfveranstaltung für den türkischen Despoten Recep Tayyip Erdogan aufgetreten. Schlimm, dass sie in London medienwirksam gemeinsam mit ihm posierten, schlimmer noch, dass sie dem vor Genugtuung feixenden Möchtegern-Sultan ihre Vereinstrikots überreichten, und ganz schlimm, dass sie ihn auch noch als „ihren“ Präsidenten hofierten. Für Erdogan ist der gemeinsame Auftritt mit den beiden in Deutschland bewunderten Fußballprofis ein Triumph. Denn um seine autokratische Macht weiter zu festigen, hat er für den 24. Juni vorgezogene Präsidentenwahlen angesetzt, für die er auf die Stimmen der 1,5 Millionen in Deutschland lebenden Wahlberechtigten schielt.

Es ist kaum vorstellbar, dass Özil und Gündogan sich dessen nicht bewusst gewesen sein sollen. Es spricht also alles dafür, dass sie Erdogan, der Demokratie und Menschenrechte in der Türkei abschafft, gut finden. Warum auch sonst hat Gündogan sein Trikot mit der Widmung „Für meinen verehrten Präsidenten – Hochachtungsvoll“ versehen?

Wer sich zu dem Präsidenten eines fremden Staates als dem seinen bekennt, ist nicht geeignet, unser Land zu repräsentieren, und als deutscher Nationalspieler untragbar geworden. Und wer Erdogan hofiert, auch nicht, denn er wird der vom Teammanager Oliver Bierhoff postulierten gesellschaftlichen Vorbildrolle der Nationalmannschaft nicht gerecht. Man kann nicht für Deutschland spielen und für einen Diktator agieren. Raus mit ihnen aus der Nationalelf!

Jetzt kommen EU-Bürger statt Syrer und Afrikaner

Zuwanderung von Asylsuchern ist deutlich zurückgegangen, dafür steigt die aus EU-Mitgliedstaaten

Zum Jahresende 2017 waren rund 10,6 Millionen Personen mit ausschließlich ausländischer Staatsangehörigkeit im Ausländerzentralregister (AZR) erfasst. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) stieg die Zahl der registrierten Ausländer damit um rund 585 000 beziehungsweise 5,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Damit befand sich das Wachstum der ausländischen Bevölkerung auf dem Niveau des Jahres 2013, also vor Beginn der sogenannten Flüchtlingskrise.

Langfristig betrachtet lag der Zuwachs der ausländischen Bevölkerung über dem durchschnittlichen Anstieg der letzten zehn Jahre (plus 388 000). Für die Entwicklung der Ausländerzahlen nach dem AZR im Jahr 2017 waren zwei Faktoren ausschlaggebend: Einerseits ein deutlicher Rückgang der Zuwanderung aus Staaten außerhalb der Europäischen Union (Drittstaaten) und andererseits eine bereits länger anhaltende steigende Zuwanderung aus der EU, vor allem aus den Staaten der EU-Erweiterungen seit 2004.

> 10,6 Millionen fremde Staatsbürger im Land

Im Jahr 2017 stammten rund 5,92 Millionen der im AZR registrierten Ausländer aus Drittstaaten. Das waren rund 163 000 oder 2,8 Prozent mehr als im Jahr 2016, als rund 5,76 Millionen registriert waren. Damit war der Anstieg deutlich geringer als noch 2016, als er 665 000 beziehungsweise 13,0 Prozent betragen hatte. Das niedrigere Wachstum lässt sich auf eine geringe Nettozuwanderung (Saldo aus Zuzügen und Fortzügen) aus den Hauptherkunftsländern der Zuwanderer zurückführen. So betrug die Nettozuwanderung aus Syrien 2017 rund 61 000 Personen (2016: 260 000), dem Irak 17 000 Personen (2016: 91 000) und Afghanistan 5000 Personen (2016: 119 000).

Die Zuwanderung aus EU-Mitgliedstaaten ist 2017 hingegen deutlich gestiegen und sorgte damit für ein überdurchschnittliches Wachstum der ausländischen Bevölkerung. Die Nettozuwanderung aus EU-Mitgliedstaaten belief sich im Jahr 2017 auf 439 000 Personen (2016: 277 000). Dabei war die Zuwanderung aus der EU maßgeblich auf Staatsangehörige der Länder zurückzuführen, die seit 2004 der EU beigetreten sind. Die höchste Nettozuwanderung verzeichneten Menschen aus Polen (85 000) und Rumänien (85 000) gefolgt von Bulgarien (45 000).

> Größter Zustrom kommt aus Rumänien und Bulgarien

Die Entwicklung der letzten zehn Jahre verdeutlicht die steigende Bedeutung der Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten. Zwischen 2007 und 2017 ist die ausländische Bevölkerung mit der Staatsangehörigkeit eines neuen EU-Mitgliedstaats von 919 000 auf 2,6 Millionen gewachsen (plus 185,7 Prozent). Die größten Wachstumsraten über diesen Zeitraum hatten rumänische (plus 636,3 Prozent) und bulgarische (plus 563 Prozent) Staatsbürger.

Die regionale Verteilung der Ausländer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten ähnelt jener der gesamten ausländischen Bevölkerung. Der Großteil ist in Bayern (21 Prozent), gefolgt von Nordrhein-Westfalen (19,4 Prozent) und Baden-Württemberg (17,1 Prozent) registriert. In den mitteldeutschen Bundesländern (ohne Berlin) haben Staatsangehörige der neuen EU-Mitgliedstaaten mit 26 Prozent einen deutlich höheren Anteil als jene aus den alten EU-Mitgliedstaaten mit 7,8 Prozent. *J.H.*

MELDUNGEN

Angaben zu Gefährdern

Berlin – Derzeit leben in Deutschland 799 Personen, die als sogenannte Gefährder eingestuft sind. Das schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion. Demnach ist ein Gefährder eine Person, „zu der bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung" begehen wird. Auf die unterschiedlichen Phänomenbereiche verteilt ergibt sich, dass 26 Gefährder dem Bereich „politisch motivierte Kriminalität – rechts", zwei Personen dem Bereich „politisch motivierte Kriminalität – links", zehn Personen dem Bereich „politisch motivierte Kriminalität – ausländische Ideologie" und 761 dem Bereich „politisch motivierte Kriminalität – religiöse Ideologie" zuzuordnen sind. *J.H.*

Peking blockiert Taiwan bei WHO

Berlin – Taiwan wurde auch dieses Jahr aufgrund chinesischen Drucks nicht zur Weltgesundheitsversammlung (WHA) eingeladen, die vom 21. bis zum 26. Mai in Genf tagt. Das hat der Repräsentant Taiwans in Berlin, Jhy-Wey Shieh, mitgeteilt. Die WHA ist das Hauptorgan der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Taiwan hatte erneut einen Antrag auf Beobachterstatus gestellt. Zu den Aufgaben der WHO gehört insbesondere die Koordination von nationalen und internationalen Aktivitäten beim Kampf gegen übertragbare Krankheiten. Shieh betonte, wie wichtig es für Taiwan sei, medizinische Informationen nicht erst aus zweiter Hand zu erhalten. Der Vorsitzende der Internationalen Kommission der Jungen Union und Thüringer CDU-Landtagsabgeordnete Stefan Gruhner erklärte: „Taiwan ist für uns ein wichtiger Partner. Es darf nicht sein, dass Spannungen auf politischer Ebene dazu führen, dass ein Austausch mit Taiwan im medizinischen Bereich durch Peking blockiert wird." *M.L.*

Höcke darf in der AfD bleiben

Erfurt – Björn Höcke wird nicht aus der AfD ausgeschlossen. Wie der Thüringer Landesverband mitteilte, wurde der Ausschluss vom Landesschiedsgericht der Partei abgelehnt. Ein entsprechender Antrag des früheren AfD-Bundesspitze sei unbegründet. In Höckes Äußerungen sei keine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus festzustellen. Auch gegen die Satzung und Grundsätze der Partei habe der Thüringer AfD-Landeschef und Fraktionsvorsitzende nicht verstoßen. Im Februar 2017 hatte sich die damalige AfD-Spitze dafür ausgesprochen, Höckes Mitgliedschaft wegen seiner umstrittenen Dresdner Rede zur deutschen Erinnerungskultur vom 17. Januar 2017 zu beenden. Dass sich in der neuen Parteispitze eine Mehrheit dafür findet, den Fall noch vor das Bundesschiedsgericht zu bringen, gilt Parteikreisen zufolge als eher unwahrscheinlich. In Höckes Landesverband ist man mit dem Urteil zufrieden. Dort herrscht die Ansicht vor, dass das von der damaligen und mittlerweile ausgetretenen Parteichefin Frauke Petry betriebene Parteiausschlussverfahren ohnehin ausschließlich machtpolitisch motiviert gewesen ist. *J.H.*

UN bereiten Völkerwanderungen vor

Ein „globaler Pakt" für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (GCM) ist bereits in Arbeit

„Migration zum Nutzen aller gestalten" lautet die Überschrift eines vom UN-Generalsekretär, António Guterres, vorgelegten Berichtes in dem der Inhalt, die Methoden und die Ziele eines geplanten globalen Immagrationspakts dargelegt werden. Darin wird deutlich, dass im Falle von dessen Verabschiedung und Umsetzung die Welt eine völlig andere sein würde als die heutige.

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit in Deutschland wird in den Gremien der Vereinten Nationen seit geraumer Zeit ein umfassender „globaler Pakt" für eine sichere, geordnete und reguläre Migration (Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration, kurz Global Compact for Migration, GCM) vorbereitet, der weitreichende Eingriffe in die Zusammensetzung der Bevölkerungen vor allem der westlichen Industriestaaten vorsieht, und zwar in einem solchen Umfang, dass nicht nur das demografische Profil, sondern auch das gesamte politische, ökonomische, soziale und kulturelle System dieser Staaten grundlegend verändert werden würde.

Zwar liegt derzeit noch kein abgestimmter Text für den Pakt vor, doch befindet sich der Vorbereitungsprozess dafür in seiner dritten und letzten Phase. Schon Ende dieses Jahres soll der Pakt auf einer hochrangigen Konferenz der Staats- und Regierungschefs angenommen werden. Es ist also höchste Zeit, sich in der Öffentlichkeit mit dem Projekt auseinanderzusetzen.

Ein wesentliches Anliegen des Paktes ist es, dass die Immigration, die gegenwärtig insbesondere vom Süden in den Norden des Erdballs verläuft, von den Vereinten Nationen gesteuert wird. Sie soll in „sicheren, geordneten und regulären" Bahnen erfolgen. Dieser Menschenstrom wird dabei als etwas Schicksalhaftes hingenommen. Früher angestellte Überlegungen zur Abwendung dieser Völkerwanderung, etwa durch Stärkung der politischen und wirtschaftlichen Stabilität der Auswanderungsstaaten oder durch die Schaffung von Bleibeanreizen für die Auswanderungswilligen, werden gar nicht mehr angestellt. Man kapituliert und läuft der Entwicklung hinterher, indem man versucht, sie in „sichere, geordnete und reguläre" Bahnen zu bringen.

Hierbei geht es nicht nur – wie bei der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951– um die zeitweilige Aufnahme einer begrenzten Zahl von in einem Staat politisch Verfolgten in einem anderen Staat. Vielmehr läuft der geplante „globale Pakt" im Kern auf die Steuerung einer weltweiten Umsiedlung vorwiegend von Wirtschaftsflüchtlingen aus dem Süden in den Norden des Erdballs hinaus. Eine solche totale Veränderung der Demografie ganzer Erdteile hat es bislang wohl noch nicht gegeben.

Als ein Ziel der Steuerung der massenhaften Immigration nennt der Bericht die Überwindung der wirtschaftlichen Ungleichheit der Staaten (§ 87).

Es geht letztlich um eine Durchmischung der Weltbevölkerung. Dazu sollten die Staaten möglichst ihre Grenzkontrollen lockern, um auch irregulären Immigranten „Zugangswege für eine reguläre Migration" zu eröffnen (§ 36). Die freiwillige und erzwungene Rückkehr von Immigranten sei oft „weder wünschenswert noch durchführbar".

Der UN-Generalsekretär versteigt sich sogar zu der nicht näher begründeten Annahme, dass Länder mit einem restriktiven Grenzregime, welche die Rückführung als eine Möglichkeit betrachten, um vor irregulärer Immigration abzuschrecken, gegen grundlegende menschenrechtliche Verpflichtungen verstoßen könnten (§ 39). Um den seit längerer Zeit in einem Land lebenden irregulären Immigranten einen legalen Status zu verleihen, sollten verschiedene Maßnahmen der Integration in Betracht gezogen werden bis hin zur Verleihung der Staatsbürgerschaft (§ 40).

Um das Projekt der globalen Umsiedlung zu begründen, greift der Bericht zum Teil auf abenteuerliche Behauptungen zurück, die in der dort dargelegten Verallgemeinerung unzutreffend oder lebensfremd sind. So wird festgestellt, Immigration sei generell „ein Motor des Wirtschaftswachstums, der Innovation und der nachhaltigen Entwicklung" (§ 1). Es lägen „eindeutige Beweise" dafür vor, dass Immigration sowohl den Immigranten als auch den Aufnahmestaaten wirtschaftlichen und sozialen Nutzen verschaffe (§ 4 a). Immigranten trügen zum Wohlstand sowohl im Herkunfts- wie auch im Aufnahmestaat bei, indem sie Steuern zahlen und rund 85 Prozent ihres Einkommens der Volkswirtschaft im Aufnahmestaat zuführen und die übrigen 15 Prozent in Form der Rücküberweisung in ihre Heimat schicken. Die Summe der Heimatüberweisungen betrage das Dreifache der öffentlichen Entwicklungshilfe.

Weiter heißt es: „Migranten bringen Fachwissen und Unternehmergeist mit, die ihren Aufnahmegesellschaften zugutekommen." (§§ 20, 21)

Der Bericht des UN-Generalsekretärs geht nicht darauf ein, dass das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Kulturen zu Verwerfungen und Konflikten im Aufnahmestaat führen kann, vor allem wenn der Zustrom von Immigranten dort massenhaft, innerhalb kurzer Zeit und auf engem Raum erfolgt. Das gilt erst recht dann, wenn die Immigranten aus archaischen Gesellschaften kommen und weder integrationsbereit noch -fähig sind.

Vielmehr werden Zweifel und Kritik an dem globalen Umsiedlungsplan apodiktisch zurückgewiesen. Immigration sei eine wachsende globale Realität, deshalb brauche über die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit auf diesem Gebiet „keine Debatte mehr geführt werden" (§ 3). Zugleich wird der Kurs zum Thema „Fremdenfeindlichkeit" abgesteckt: „Schwarzseherische Fehldarstellungen" über die Auswirkungen der Immigration seien von den politischen Führungspersonen richtigzustellen und „in eine andere Richtung zu lenken" (§ 9).

Zugleich werden Denk- und Sprechverbote erteilt. Verhindert werden müsse in der Immigrationsdebatte eine „entmenschlichende Sprache", so zum Beispiel wenn von „Beständen" und „Strömen" oder abwertend über „illegale Einwanderer" gesprochen wird.

Es wird deutlich, welche Position das Sekretariat des UN-Generalsekretärs in der Immigrationsfrage vertritt. Unter dem Vorwand der Menschenrechte und der (unvermeidbaren) Globalisierung wird eine Massenimmigration befördert, die auf den Bevölkerungsaustausch von bisher unbekannter Dimension in den westlichen Industriestaaten gerichtet ist und dabei die Herbeiführung ethnischer, religiöser und kultureller Konflikte und letztlich die Auflösung der Nationalstaaten zumindest in Kauf nimmt. Damit würde sich die UNO von ihrem Gründungsauftrag weit entfernen, nämlich der Verpflichtung zur Friedenssicherung und zur Achtung der Souveränität ihrer Mitgliedstaaten.

Es kann davon ausgegangen werden, dass beispielsweise die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates USA, Russland und China wie auch einige europäische Staaten sich einem solchen Vertrag nicht anschließen werden. *Gerd Seidel*



Behauptet, „Migration zum Nutzen aller gestalten" zu können: António Guterres Bild: action press

Schwarz-blaue Premiere im Juni

Österreichs Kanzler erhofft sich von seinem Israelbesuch eine Verbesserung der belasteten Beziehungen

Zum ersten Mal seit der Bildung der schwarz-blauen Koalitionsregierung aus der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) vor knapp einem halben Jahr wird der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz am 9. Juni Israel besuchen. Dabei wird der Kanzler auch Ministerpräsident Benjamin Netanjahu treffen. Begleitet wird der ÖVPler von seinem Parteikollegen Bildungsminister Heinz Faßmann.

Auf dem Programm steht auch ein Besuch der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, ein Pflichttermin für jeden österreichischen Politiker. Kurz wird auch Holocaust-Überlebende treffen sowie eine Rede vor dem Global Forum des American Jewish Committee halten. Minister Faßmann hat ein eigenes Programm. Er nimmt Termine an der Hebrew University sowie am Weizmann Institute of Science wahr. Von diesem Staatsbesuch erwartet der Kanzler eine Verbesserung der derzeit belasteten bilateralen Beziehungen.

Nach der Angelobung der Koalitionsregierung aus ÖVP und FPÖ im vergangenen Dezember hatte die israelische Regierung bekannt gegeben, keine offiziellen Kontakte mit FPÖ-Ministern zu unterhalten und stattdessen lediglich auf Beamtenebene zu verkehren. Deshalb wird Vizekanzler und Sportminister Heinz-Christian Strache (FPÖ) nicht an der Reise teilnehmen.

Laut einer Mitteilung der israelischen Regierung vom 18. Dezember 2017 werde das israelische Außenministerium Richtlinien für den Umgang mit der neuen österreichischen Koalition ausarbeiten. Die Betonung liege darauf, „Antisemitismus zu bekämpfen und die Erinnerung an die Shoah zu bewahren". Mit der Regierung in Wien als Ganzes wolle Israel allerdings „bis auf Weiteres" zusammenarbeiten. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hielt deshalb auch während der bisherigen Regierungsdauer direkten Kontakt mit Bundeskanzler Sebastian Kurz.

Ob der Boykott der FPÖ-Minister anlässlich des Treffens von Kurz mit Netanjahu aufgehoben wird, ist offen. Die Regierung in Jerusalem behält sich eine Neubewertung der österreichischen Regierung vor. Während einige Mitglieder der regierenden Likud-Partei eine Normalisierung der Beziehungen mit der FPÖ unterstützen, sprechen sich das von Netanjahu geführte israelische Außenministerium und die lokale jüdische Gemeinde strikt gegen ein Ende des Boykotts von FPÖ-Ministern aus.

Netanjahu, den Kurz ursprünglich bereits im Januar in Jerusalem hatte besuchen wollen, begrüßt indes die Unterstützung der österreichischen Bundesregierung für die Errichtung einer Namens-Gedenkmauer für die österreichischen Holocaust-Opfer in Wien. Im Kurznachrichtendienst Twitter bedankte er sich bei Kurz für dessen „Führungsstärke" in dieser Frage.

Netanjahu zeigte sich in einem zweiten Tweet von der „bewegenden Rede" des Kanzlers anlässlich des Staatsakts am Montag zum sogenannten Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich vor 80 Jahren angetan. Darüber hinaus bedankte sich der Ministerpräsident bei Kurz für dessen „Entschlossenheit, Antisemitismus zu bekämpfen, und dessen Absicht, eine Reihe von Regierungsbeschlüssen im Hinblick auf die Aufklärung über den Holocaust (Holocaust education) und die Erinnerungspolitik auf den Weg zu bringen".

Netanjahu und Kurz waren bereits im Februar bei der Münchner Sicherheitskonferenz zu Gesprächen zusammengetroffen. Nach einem Bericht der israelischen Zeitung „Haaretz" soll Kurz dabei die Zusage gegeben haben, das Abstimmungsverhalten Österreichs zu Israel auf UNO-Ebene verändern zu wollen. Auf Nachfrage präzisierte ein Kanzler-Sprecher, „israelische Sichtweisen" sollten stärker berücksichtigt werden. Allerdings behalte man – im europäischen Einklang – weiterhin die Position gegen den israelischen Siedlungsbau und für eine Zweistaatenlösung bei. *Bodo Bost*



Trafen sich schon in Jerusalem, als der eine noch Außenminister war: Sebastian Kurz und Benjamin Netanjahu (von links) Bild: pa

Rupert Scholz für neues Asylrecht

Der Staatsrechtler und Ex-Bundesverteidigungsminister moniert Verfassungsverstöße der Bundesregierung

Der Professor Rupert Scholz (CDU) wirft der Bundesregierung Verfassungsverstöße bei ihrer Asyl- und Zuwanderungspolitik vor. Scholz plädiert dafür, das Asylrecht von einem subjektiv einklagbaren Rechtsanspruch in eine institutionelle Garantie umzuwandeln.

Der emeritierte Professor für Staats- und Verwaltungsrecht, Verwaltungslehre und Finanzrecht ist Mitautor des als Standardwerk geltenden Grundgesetzkommentars Maunz/Dürig/Herzog/Scholz. Scholz war Bundesverteidigungsminister, Justizsenator in Berlin und Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundestages. Noch heute arbeitet der 80-jährige Grundgesetz-Experte in einer Berliner Rechtsanwaltspraxis. Zur Asyl- und Zuwanderungspolitik der von Kanzlerin Angela Merkel geführten Bundesregierungen hat er sich schon mehrfach kritisch geäußert. Jetzt sprach er in der „Bibliothek des Konservatismus“ in Berlin-Charlottenburg über „Migration und Obergrenze“.

Bereits 2015 hatte Scholz in einem Interview mit der Zeitung „Tagesspiegel“ Merkel widersprochen. Der Gesetzgeber habe das Recht, Obergrenzen bei der Gewährung des Asylrechts festzulegen, so Scholz. Das Asylrecht könne sogar abgeschafft werden. Artikel 79 Absatz 3 Grundgesetz, die sogenannte Ewigkeitsgarantie, gelte nur für die Grundsätze in Artikel 1 und Artikel 20 Grundgesetz, nicht für (alle) Artikel 1 bis 20. Der Grundgesetz-Artikel 16 a zum Asylrecht falle somit nicht darunter. Das habe das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich so entschieden. „Ich bin nicht für die Abschaffung des Asylrechts“, erklärte Scholz, „aber ich fordere von unseren politisch Verantwortlichen, dass die Verfassung ernst genommen wird, auch bezüglich der Begrenzungsmöglichkeiten und längst evident gewordenen Begrenzungsnotwendigkeiten“. Bei der hohen Zahl von Zuwanderern seit 2015 gehe es „im Grunde um Migration“ und „nur sehr begrenzt um wirklich Asylberechtigte“.

Merkel habe 2015 erklärt, man könne eine Grenze von 3000 Kilometern „sowieso nicht bewachen“. Doch zum „Begriff der Staatlichkeit als solcher gehören Grenzen – die selbstverständlich auch nach bestem Wissen und Gewissen kontrolliert werden müssen. Wer die Grenzen seines Staates leugnet oder aufgibt, gibt im Grunde den Staat selbst auf“, so Scholz.

Der Schutz der EU-Außengrenzen funktioniere bis heute nicht: „Wir müssen endlich wieder dazu kommen, solange Schengen nicht funktioniert – und ich fürchte, das wird noch lange so bleiben –, dass wir unsere Grenze wieder unter Kontrolle stellen.“

Monatlich kämen weiter 15000 Zuwanderer. Merkel habe sich bei ihrer Entscheidung zur Grenzöffnung 2015 auf Humanität berufen. Bei der Zuwanderungspolitik gehe es jedoch um Verfassungsverstöße. „Es gibt keine Humanität im Verfassungsstaat, die oberhalb oder jenseits der Verfassung steht“, betonte Scholz. Der Artikel 16 a Grundgesetz zum Asylrecht sei „praktisch außer Kraft gestellt worden“. Die „verfassungswidrige Flüchtlingspraxis“ im Herbst 2015 habe ihn bestürzt. Im damaligen Bundestag seien die Verfassungsverstöße nicht ein einziges Mal zur Sprache gekommen: „Man berauschte sich von CDU/CSU bis hin zur Linken an der Willkommenskultur.“ Auch die jährlich zweistelligen Milliardenbeträge für Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Integration der Zuwanderer habe der Bundestag, „der höchste Haushaltsgesetzgeber“, kein einziges Mal thematisiert; bis heute gebe es keinen entsprechenden Haushaltstitel.



Bei seinem Vortrag in der Bibliothek des Konservatismus: Rupert Scholz Bild: Michael Leh

Wenn ein Asylantrag abgelehnt werde, dann, so Scholz, „gibt es in Deutschland einen Berufsstand, dem ich zurzeit auch angehöre, tüchtige Rechtsanwälte, die sagen den Leuten, was sie machen müssen, nämlich klagen beim Verwaltungsgericht“. Die Verwaltungsgerichte seien heute durch eine Flut von rund 400000 solcher Klagen „salopp gesagt am Absaufen“ und nicht mehr handlungsfähig. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit sei aber ein elementarer Bestandteil des demokratischen Rechtsstaates. Sie sei nicht nur dafür da, um „vorübergehende Aufenthaltsrechte oder Scheinprozesse“ zur Entscheidung zu bringen. Auch gebe es eine „maximale Abschiebe-Rhetorik bei minimaler Erfolgsquote“.

Scholz hob die hohe Kriminalitätsbelastung durch Zuwanderer hervor. Asylbewerber verübten schwere Gewaltkriminalität, darunter Vergewaltigungen. Er betonte: „Das Asylrecht darf nicht zum Einfallstor von mehr Gewaltkriminalität werden.“ Das Asylrecht werde sonst „ja auf den Kopf gestellt“. In einem das Asylrecht „wirklich zukunftsfähig gestaltenden Gesetz“ müsste stehen: „Wer hier Asyl bekommen hat und solche Straftaten begeht – schwerste Kriminalität – dem ist das Asyl wieder zu entziehen. Mit der Konsequenz der Abschiebung.“ Entsprechendes müsste gelten, wenn ein Asylbewerber, über dessen Asylantrag noch nicht entschieden sei, schwere Straftaten begehe: „Dann ist das Verwaltungsverfahren meines Erachtens sofort zu beenden. Mit der Konsequenz Abschiebung.“

Scholz plädiert dafür, dass man das Asylrecht, das als „in Deutschland subjektives Recht zu 400000 Verwaltungsklagen geführt hat, in eine objektivrechtliche Gewährleistung umwandelt, in eine institutionelle Garantie“. Zur Diskussion über ein einheitliches europäisches Asylrecht erklärte er, es werde mit Sicherheit keinen EU-Standard geben, der wie in Deutschland – historisch bedingt – einen einklagbaren subjektiven Rechtsanspruch verbürge: „Das findet man in keinem anderen europäischen Staat und wird auch von keinem befürwortet.“

Scholz bezweifelte, dass die Integration der großen Zahl muslimischer Zuwanderer überhaupt möglich sei. In Frankreich sei die Integration von Muslimen gescheitert: „Daraus sollten wir wohl lernen.“ Es helfe nichts, „diesen Menschen zu sagen, ihr müsst euch zu den Werten unseres Grundgesetzes bekennen. Die Identität eines Volkes bemisst sich nicht nur nach seiner Verfassung, sondern nach unendlich viel mehr. Und alles das müsste vermittelt und, wie ich ausdrücklich betone, auch akzeptiert werden.“

Michael Leh

MELDUNGEN

»Ausverkauf der Werte«

Berlin – Der aus dem Libanon gebürtige Fernsehjournalist, Regisseur und Drehbuchautor Imad Karim hat vor dem Breitscheidplatz-Untersuchungsausschuss des Bundestages einen Unterschied zwischen „Islam“ und „Islamismus“ rundheraus bestritten. Wenn im Westen das Bestreben, eine allein religiös legitimierte Gesellschaft zu schaffen, als Hauptmerkmal des Islamismus gelte, so werde verkannt, dass genau dies auf den Islam insgesamt zutreffe. Der Begriff des Islamismus sei erfunden worden, „um dem Islam einen Dauerpersilschein auszustellen“, erklärte der 1958 in Beirut geborene Karim, der seit 1977 in Deutschland lebt, den Abgeordneten, die er vor einem „Ausverkauf der Werte der Aufklärung“ warnte. *J.H.*

1,8 Milliarden Mehrausgaben

Berlin – Das Bundesfinanzministerium hat im vierten Quartal 2017 über- und außerplanmäßige Ausgaben in Höhe von 1,826 Milliarden Euro sowie über- und außerplanmäßige sogenannte Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 4,861 Millionen Euro bewilligt. Im selben Zeitraum fielen über- und außerplanmäßige Ausgaben ohne Einwilligung des Bundesfinanzministeriums in Höhe von 23,7 Millionen Euro an. Dies geht aus dem Bericht der Bundesregierung über die Haushaltsführung 2017 hervor. Demnach fielen 600 Millionen Euro der über- und außerplanmäßigen Ausgaben für Zahlungen im Bereich Arbeitslosengeld II (Hartz IV) an. Als Begründung dafür führt die Bundesregierung die „ungünstigere Entwicklung der Anzahl der erwerbsfähigen Hilfsbedürftigen nach dem Sozialgesetzbuch II“ an – was im Klartext die vielen für den Arbeitsmarkt unbrauchbaren und daher arbeitslosen Zuwanderer, die nun der deutsche Steuerzahler finanziert, meint. *J.H.*

Königsberg erneuert Kooperationsvertrag mit Berlin

Bildung, Wirtschaft, Sport und Kultur: Die Möglichkeiten zur Zusammenarbeit auf Stadtverwaltungsebene sind vielfältig

Anfang vergangener Woche hat eine offizielle Delegation aus Königsberg ihre Partner in Berlin besucht. Der Bezirk Berlin-Lichtenberg und Königsberg sind seit vielen Jahren partnerschaftlich verbunden. Am 13. Mai 2000 wurde erstmals eine „Gemeinsame Erklärung über die Entwicklung einer Partnerschaft“ unterzeichnet. Offiziell wurde diese Partnerschaft am 25. April 2001 besiegelt, und sie bildete eine langfristige Grundlage für weitere gemeinsame Projekte und Veranstaltungen.

Pregelmetropole setzt vor allem auf Bildungsaustausch

Der Besuch der Königsberger Delegation war für den „Tag der Befreiung vom Faschismus“ festgelegt worden. Das Besuchsprogramm sah die Teilnahme an Gedenkveranstaltungen vor wie auch die Formulierung einer neuen Vereinbarung zur Zusammenarbeit, da die Gültigkeitsdauer der bisherigen Vereinbarung ausgelaufen war.

Die Königsberger Kollegen besuchten das Stasi-Museum auf dem Gelände der Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit der früheren DDR, das im Bezirk Berlin-Lichtenberg liegt.

Jürgen Hofmann, Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung, nahm eine informative Führung über den Zentralfriedhof Friedrichsfelde vor, auf dem berühmte Persönlichkeiten wie die Königsberger Künstlerin Käthe Kollwitz und Wilhelm Liebknecht begraben sind. Durch das Prisma der Lebensgeschichten der hier begrabenen Berühmtheiten gesehen, zeichnete Hofmann einen kurzen Abriss der Geschichte Deutschlands Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts.

Zentraler Punkt der Visite war die Kranzniederlegung am Ehrenmal in der Küstriner Straße, gemeinsam mit Mitgliedern der Bezirksverordnetenversammlung. An der Veranstaltung nahmen der Bezirksbürgermeister Michael Grunst mit einem Grußwort teil sowie die Leiterin für internationale Beziehungen der Königsberger Stadtverwaltung, Dina Scheljag.



Kranzniederlegung am Ehrenmal: Dina Scheljag (M.) und Michael Grunst (r.) Bild: J.T.

An dem Arbeitstreffen im Bezirksamt Lichtenberg, bei dem unter anderem der Text der neuen Vereinbarung über die Zusammenarbeit erörtert wurde, wirkten neben Scheljag der Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg, Rainer Bosse, die Beauftragte für Städtepartnerschaften, Karin Strumpf, sowie Katrin Röseler-Soult, Leiterin der Geschäftsstelle Kunst am Bau und im Stadtraum und bezirkliches Standortmarketing, mit.

Laut der neuen Vereinbarung wollen die beiden Städte in den Bereichen Bildung und Ausbildung, Jugend, Sport und Kultur, der Kooperation von Ämtern der Stadtverwaltungen sowie der Wirtschaft künftig enger zusammenarbeiten. Es ist davon auszugehen, dass diese Vereinbarung unumstritten bleibt und den zuvor genannten Schwerpunkten konkrete Inhalte über die Vorbereitung gemeinsamer Veranstaltungen folgen. Zum Beispiel ließ die Königsberger Seite jetzt schon ihr großes Interesse an der Kooperation mit Berliner Schulen durchblicken, die mit einer Vertiefung des Erlernens der deutschen Sprache verbunden werden soll. Mit Begeisterung suchen die Russen Partner in Berlin für die Organisation von Bildungs- und Kulturaustauschprogrammen.

Zum Abschluss des Besuchs waren die Mitglieder der Königsberger Delegation als Ehrengäste zur Veranstaltung „Toast auf den Frieden“ ins Deutsch-Russische Museum Karlshorst eingeladen. Der Toast wurde reihum von Studenten aus Deutschland, Russland, Weißrussland und der Ukraine ausgesprochen, in Anwesenheit von Mitgliedern des Deutschen Bundestages und des Abgeordnetenhauses von Berlin sowie zahlreichen Mitgliedern der Gedenkveranstaltungen in Karlshorst.

Königsberg hat zurzeit Kooperationsvereinbarungen mit den Städten Berlin-Lichtenberg, Bodenwerder, Bremerhaven, Hamburg, Kiel, Potsdam, Rostock und Zeitz. Jede dieser Partnerschaften trägt einen individuellen Charakter und ist in unterschiedlichem Maße aktiv. Die häufigsten Kontakte gibt es mit Hamburg, Kiel und Rostock.

Jurij Tschernyschew



Zeitzeugen



Pascale Ehrenfreund – Die österreichische Astrobiologin ist seit dem 15. August 2015 Vorstandsvorsitzende des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) und kann auf eine erfolgreiche Karriere in der Forschung zurückblicken. Mit ihrem Ehemann Bernard Foing entdeckte sie in interstellaren Gaswolken Hinweise auf sogenannte Fußballatome, die aus 60 Kohlenstoffatomen bestehen.

Axel Flaig – Der Spezialist für Flugmechanik und Aerodynamik studierte Luft- und Raumfahrttechnik in Aachen, arbeitet seit 1980 für Airbus und hat seit 1996 Managementpositionen inne. Er verantwortet den Bereich Forschung und Entwicklung von Airbus, in dem auch die Versuche mit der A340-300 BLADE angesiedelt sind. Außerdem ist er seit vergangenem Monat Beiratsvorsitzender des Bauhauses Luftfahrt in München.



Volker Thum – Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) zog eine positive ILA-Bilanz: „Diese ILA war die ‚best ILA ever‘. Wir haben die älteste Luft- und Raumfahrtausstellung der Welt mit unübersehbarem Erfolg zur führenden Innovationsmesse unserer Branche weiterentwickelt.“ Der Wirtschaftsingenieur bekleidete ab 1991 verantwortliche Positionen im Airbus-Konzern. Für den BDLI arbeitet er seit 2015.

Michael Kupke – Unter der Ägide des Leiters des DLR-Zentrums für Leichtbauproduktionstechnologie in Augsburg entstand eine neue Technologie zum Verschweißen von Druckkalotten aus Kohlefaser. „Mit unserer Arbeit tragen wir dazu bei, dass sich das Potenzial der Thermoplasttechnologie für kurze Prozesszeiten, niedrige Prozesskosten und hohe Produktionsraten in Zukunft auch für große Flugzeugkomponenten nutzen lässt“, sagt er.



Eric Trappier – Der Ingenieur ist seit Januar 2013 Vorstandsvorsitzender von Dassault Aviation. Sein Unternehmen arbeitet mit Airbus an einem deutsch-französischen Kampfflugzeug-Projekt. Für das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) baut Dassault das Forschungsflugzeug „iSTAR“. Trappier kam 1984 zu Dassault. 2002 wurde er Leiter der internationalen Verkäufe, stieg dann zum Vizepräsident auf, bevor er 2013 die Unternehmensleitung übernahm.

Vögel aus Kohlefaser

Internationale Luftfahrtausstellung in Berlin – Deutsche Technologie ist stark gefragt

Die diesjährige Internationale Luftfahrtausstellung (ILA) in Berlin präsentierte sich mit einem neuen Konzept. Dieses Jahr standen zum ersten Mal Forschung und Entwicklung im Vordergrund.

Das Gewicht der traditionell stark vertretenen deutschen Forschungsinstitutionen wurde gestärkt. Neben der Industrie boten diese Forschungseinrichtungen einen Einblick in ihre neuesten Projekte. Vertreten waren etwa das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), das Bauhaus Luftfahrt aus München sowie zahlreiche Universitäten.

In Berlin öffnete sich ein Fenster in die Luftfahrtwelt von morgen. Sie wird geprägt durch senkrecht startende Lufttaxis wie den als Projekt vorgestellten „City Airbus“ von Airbus. Aerodynamische Neuerungen, die Flugzeuge sparsamer und schneller fliegen lassen, waren zu sehen. Hinzu kamen neuartige Konzepte für Flughäfen in der Stadt, umweltfreundliche Kraftstoffe oder sogar elektrische Flugantriebe.

An zwei Airbus-Maschinen war gut zu sehen, wie stark das Interesse von Forschung und Industrie an Flügel- und Leitwerksflächen für geringeren Luftwiderstand ist. So lassen sich sparsamere Flugzeuge konstruieren. Das DLR zeigte seinen Airbus A320 D-ATRA mit speziellen Messflächen am Leitwerk. Sie dienen dazu, die Strömung auf neuartigen Flügelprofilen zu vermessen. Diese Profile enthalten neben Messfühlern kleine Löcher zum Absaugen der sogenannten laminaren Grenzschicht, also der Luftschicht, die unmittelbar auf der Oberfläche aufliegt. Wo sie abreißt, entstehen Luftwirbel und der Luftwiderstand des Flugzeugs steigt. Saugt man sie ab, bleibt die Grenzschicht stabil, und der Luftwiderstand wird geringer. Das wiederum senkt den Spritverbrauch. Außerdem wird das ganze Flugzeug leiser. Die Testkampagne ist Teil eines größeren Projekts mit 40 Partnern aus 15 Ländern, das von Airbus koordiniert wird.

In 15 Minuten vom Flughafeneingang bis in den Himmel

Airbus selbst hat zum gleichen Zweck auch ein ganzes Flugzeug umgerüstet – eine vierstrahlige A340-300, die seit September 2017 fliegt. Die A340 BLADE hat komplett neue Flügelendsegmente bekommen. Diese Segmente haben neue laminare Flügelprofile. Außerdem sind sie mit Messfühlern zur Strömungsmessung versehen. Es ist weltweit das erste Flugzeug mit vollständigen laminaren Flügelsegmenten. Im März 2018 erhielt Airbus dafür den Aviation Week Laureates Award for Technology, der von der US-Zeitschrift „Aviation Week“ verliehen wird. BLADE ist EU-gefördert. Neben Airbus sind 21 weitere Industriepartner beteiligt, darunter der deutsche Zulieferer GKN Aerospace und der schwedische Saab-Konzern.

Das DLR wartete mit einer Weltneuheit auf. Forscher zeigten die erste aus hitzeformbarem, kohlefaserverstärktem Kunststoff (KFK) geschweißte Druckkalotte. Das ist das Teil, das die Flugzeugkabine zum Heck hin druckfest abschließt. Bislang sind solche Teile aus Metall. Die leichteren KFK-Teile könnten zur Gewichtsreduktion der Flieger beitragen.

Das Münchener Bauhaus Luftfahrt stellte sein Konzept eines zentralen Flughafens, der gleichzeitig ein Regionalbahnhof ist, vor. Auf der untersten Ebene dieser „CentAirStation“ fahren die Züge ein, während auf der obersten Ebene Flugzeuge starten und landen. Am Bauhaus entstand dazu der „CityBird“-Entwurf, ein elektrisch angetriebenes Passagierflugzeug, das mit kurzen Start- und Landestrecken auskommt. Idealerweise sollen Passagiere nicht mehr als 15 Minuten vom Betreten des Gebäudes bis zum Abflug brauchen. Hintergrund ist das von der EU ausgegebene Ziel, die Reisezeiten über 1000 Kilometer auf vier Stunden von Tür zu Tür zu reduzieren. Diese City-Flughäfen könnten die großen Flughäfen entlasten.

Das Bauhaus zeigte zudem den ersten rein mit Solarenergie produzierten Flugkraftstoff. Beim Prozess sind Kohlendioxid, Wasser und Sonnenlicht nötig, um synthetisches Kerosin zu erzeugen. Mit Solarenergie wird ein Synthesegas erzeugt, aus dem wiederum das eigentliche Kerosin entsteht. Ob es das Fliegen auch billiger macht? *Friedrich List*



Bild: Imago

Vorzeigemodell: Wirtschaftsminister Peter Altmaier (M.) am DLR-Stand mit einer Miniatur des Forschungsflugzeugs A320 D-ATRA

Forschungshilfe für Deutsche aus Frankreich

Die vielfältige Welt der Forschungsfliegerei zieht selten dieselbe Aufmerksamkeit auf sich wie Kampfjets oder riesige Transportflugzeuge. Dabei entstehen bei vielen Testserien Technologien, die dann später ihren Weg in die Serienflugzeuge finden. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), wie immer in Berlin präsent, verfügt über die größte Flotte dieser Art in Europa. Diese Flotte bekommt Zuwachs, denn auf der ILA schloss das DLR mit dem französischen Luftfahrtkonzern Dassault einen Vertrag über die Lieferung eines neuen Forschungsflugzeugs.

Dassault wird ein speziell umgerüstetes Geschäftsreiseflugzeug vom Typ Dassault Falcon 2000XL an das DLR liefern. Die Maschine war bisher für den französischen Flugzeugbauer als Erprobungsmaschine unterwegs. Nun erhält die Falcon bis 2020 spezielle Elektronik und Steuerklappen, mit denen Wissenschaftler das Flugverhalten anderer Maschinen simulieren können.

Eine Maschine, viele Flugzeuge

„Dassault gewährt dem DLR Zugang zu seinem internen Entwicklungs-Know-how und seiner umfangreichen Erfahrung in der Aerodynamik“, sagte die Vorsitzende des DLR, Pascale Ehrenfreund. Die zweistrahlige Falcon 2000 „iSTAR“ kann nach dem Umbau so programmiert werden, dass sie wie ein völlig anderes Flugzeug fliegt.

Die Abkürzung „iSTAR“ steht für „in-flight Systems and Technology Research“. Mit diesem Flugzeug kann im realen Flug untersucht werden, wie sich ein nur als Entwurf existierendes bemanntes oder unbemanntes Flugzeug in der Luft verhält. Auch neue Komponenten existierender Flugzeuge können so getestet werden, bevor man sie tatsächlich baut. Zudem soll dieses Flugzeug neue Flugsteuersysteme für bemannte und unbemannte Flugzeuge testen. Die Falcon ersetzt damit ein Testflugzeug mit ähnlichen Aufgaben vom Typ VFW 614. Diese Maschine war aus Altersgründen bereits 2012 außer Dienst gestellt worden. *F.L.*

Eine Messe mit Geschichte

Nicht die größte, dafür die älteste Luftfahrtschau der Welt: die ILA

Die alle zwei Jahre in Berlin stattfindende Internationale Luftfahrtausstellung (ILA) zählt neben dem Pariser Aerosalon und der Farnborough Air Show in Großbritannien zu den wichtigsten Luft- und Raumfahrtmessen der Welt. Gleichzeitig ist sie auch weltweit die älteste Veranstaltung ihrer Art, obwohl die beiden europäischen Messen in Paris und Farnborough größer und für die weltweite Industrie auch bedeutender sind.

Die Geschichte der ILA begann 1909 in Frankfurt. Damals zeigten vom 10. Juli bis 17. Oktober rund 500 Aussteller Ballone, Luftschiffe und erste Flugzeugtypen. Etwa 1,5 Millionen Menschen besuchten diese erste Internationale Luftschifffahrts-Ausstellung. Unter den Ausstellern waren Luftfahrtgrößen wie Graf Ferdinand von Zeppelin und August von Parseval, die damals bekanntesten Luftschiffsbauer in Deutschland.

Der Flugpionier August Euler regte 1910 in Frankfurt die Gründung des Verbandes der deutschen Flugzeugindustriellen, einer der Vorläuferorganisationen des heutigen Bundesverbands der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) an. Bereits dieser erste Industrieverband richtete die nächste Luftfahrtschau aus. Sie fand im April 1912 in Berlin statt und präsentierte bereits mehr Flugzeuge als Luftschiffe und Ballons. Der Erste Weltkrieg und seine Folgen verhinderten bis 1928 weitere Ausstellungen. Im Oktober 1928 fand die Internationale Luftfahrtausstellung in den Messehallen am Funkturm statt. Vier Jahre später folgte die Deutsche Luftsport-Ausstellung am gleichen Ort. Dann allerdings sorgten das Dritte Reich und der Zweite Weltkrieg für eine erneute Unterbrechung.

Als Graf Zeppelin den Berlinern seine Zeppeline vorstellte

1957 fand im Rahmen der Hannover-Messe eine Flugzeugschau statt, aus der in den folgenden Jahren die eigenständige Deutsche Luftfahrtschau wurde. Ausrichtungsort war der Flughafen Hannover-Langenhagen. Den heutigen Namen erhielt die Messe 1978 zum 50. Jahrestag. 1992 kehrte die ILA nach Berlin zurück und wird seitdem alle zwei Jahre auf dem Flughafen Schönefeld ausgerichtet. Seit 2010 findet die ILA im eigens errichteten „Berlin Expo Center Airport“ statt. *F.L.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Blanke Nerven bei Schwarz-Rot-Grün

In Sachsen-Anhalts »Kenia-Koalition« wird der Ton immer rauer – Knallt es bald?



Diese Harmonie war einmal: Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) und seine zweite Stellvertreterin und Umweltministerin, Claudia Dalbert (Bündnis 90/Die Grünen), unterhalten sich im Plenarsaal des Landtages

Bild: pa

Es kriselt in der schwarz-rot-grünen „Kenia-Koalition" von Sachsen-Anhalt. Was 2016 manchem als „Modell der Zukunft" erschien, könnte vorzeitig an die Wand fahren.

Im Frühjahr 2016 war die Stimmung rund um den Magdeburger Landtag ziemlich getrübt. Denn die AfD erzielte mit 24,2 Prozent ihr bis heute bestes Ergebnis und führte alle bisher dagewesenen Koalitionsmöglichkeiten ad absurdum. Am Ende einigten sich CDU, SPD und die Grünen auf ein Bündnis des Minimalkonsenses unter Führung des Christdemokraten Rainer Haseloff.

Siegfried Borgwardt, Fraktionschef der CDU, bewertet das Regierungsbündnis nüchtern „als Zweckverbindung auf Zeit". Er sei aber davon überzeugt, dass die Koalition zu einem erfolgreichen Ende geführt werde. Die Partner hätten alle sehr unterschiedliche Wahlprogramme gehabt. „Demzufolge musste auch die Erkenntnis reifen, dass es keine Liebesheirat ist", sagte er dem MDR. Man habe immer nach der Devise gehandelt: in der Sache hart verhandeln, aber persönlich nicht verletzen.

Doch das ist in der vergangenen Woche ziemlich schiefgegangen. Nils Leopold von den Grünen sollte neuer Datenschutzbeauftragter des Landes werden. Es war ein gemeinsamer Vorschlag der drei Fraktionen und der Landesregierung. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit schien damit sicher. Dass der 46-Jährige im ersten Wahlgang durchfiel, wurde noch als Betriebsunfall abgetan. Doch auch im zweiten reichte es nicht. Nun werfen sich die Fraktionen gegenseitig vor, den jeweils anderen ausgetrickst zu haben. Die Grünen verdächtigen die Union. Diese hält die SPD für den Spielverderber, weil diese das ohnehin gespannte Verhältnis der Schwarzen zu den Grünen weiter belasten wollte. Die CDU macht zudem interne Spannungen bei der Ökopartei für den GAU verantwortlich.

Die Dessauer Grünen-Bundestagsabgeordnete Steffi Lemke stellte öffentlich die Regierungsfähigkeit der Koalition infrage. Es gebe „Kräfte, die dieses Land beschädigen wollen und die so mutig sind, in einer geheimen Wahl dem Ministerpräsidenten die Arschkarte zu zeigen", tobte sie gegenüber dem „Spiegel".

Grüne sauer: CDUler stimmen für AfD-Anträge

Die Grünen haben zwar mit 5,2 Prozent den Einzug in den Landtag nur gerade so geschafft. Sie sind aber das Zünglein an der Waage. Die Schwäche der einstigen Volksparteien, die außer einer Koalition von Christdemokraten und AfD nur die Kenia-Option zuließ, verschaffte den Grünen eine starke Verhandlungsposition. „Ein grüner Koalitionsvertrag", sei es geworden, triumphierte die Fraktion nach Abschluss der Verhandlungen. Keine neuen Tagebauaufschlüsse und Kohlekraftwerke, kein Elbeausbau, mehr Radwege. Grünen-Fraktionschefin Cornelia Lüddemann erklärte kürzlich zwar, es sei schwerer als gedacht, aber es sei schön, Dinge umsetzen zu können. „Wir haben mehr Personal im Forst, wir haben das Umweltsofortprogramm durchexerzieren können, wir konnten das Kompetenzzentrum Jugend und Kommunen an den Start bringen und noch vieles mehr wie Radverkehr."

Doch die Euphorie der Fraktion teilen nicht alle. Bereits im Januar musste ein Landesparteitag die Wogen glätten. „Das Fass ist voll", hieß es in einem Positionspapier des Landesvorstands. Schon damals erwogen einige einen Austritt aus der Koalition. Im Zentrum der Kritik steht die grüne Umweltministerin Claudia Dalbert. Ihr Leitbild „Landwirtschaft 2030 Sachsen-Anhalt" entfachte einen handfesten Koalitionszoff. Ihre Zielsetzung: Der Tierschutz solle bei der Tierhaltung im Vordergrund stehen. Der Ökolandbau müsse umfänglich gefördert werden, die konventionellen Landwirte dagegen sollten sich den veränderten Bedingungen anpassen.

15 Landwirtschaftsverbände protestierten gegen diese Pläne, darunter der mächtige Bauernverband Sachsen-Anhalt, an dessen Spitze CDU- und SPD-Kommunalpolitiker stehen. Ministerpräsident Haseloff musste die aufgebrachten Funktionäre besänftigen und Zugeständnisse machen. Ohne die Zustimmung der CDU werde nichts umgesetzt. Kurz zuvor musste Haseloff seine Stellvertreterin Dalbert einfangen, als diese einen Flächentausch zugunsten eines von den Grünen verhassten Skigebiets verhindern wollte. Dies war ein Wunsch der Grünen-Basis. Die ist seitdem immer noch verstimmt.

Über all den Querelen kreisen die Gerüchte über eine mögliche Zusammenarbeit von CDU und AfD. Viele Christdemokraten schimpfen auf den Fluren des Magdeburger Landtags über die permanente Rücksichtnahme auf die Grünen. Zudem zählen die Ost-Verbände ohnehin zu den konservativeren innerhalb der Union. Immer wieder stimmen Christdemokraten AfD-Anträgen zu. Das regt die Grünen mächtig auf, verärgert aber auch die SPD-Genossen.

SPD-Landeschef Burkhard Lischka drohte unlängst sogar schon offen damit, die „Kenia-Koalition" aufzukündigen. „Ich toleriere in Zukunft keine Abweichungen mehr." CDU-Ministerpräsident Reiner Haseloff müsse seinen Landtagsabgeordneten jetzt deutlich machen, dass man mit Rechtspopulisten nicht gemeinsame Sache mache. Sollte die CDU Verabredungen nicht einhalten, könne die Koalition scheitern, warnte Lischka. Dass die AfD den polternden Frontmann André Poggenburg zugunsten des moderater wirkenden Oliver Kirchner ausgetauscht hat, werten Beobachter bereits als Türöffner für eine künftige Zusammenarbeit mit der CDU.

Peter Entinger

Schlechte Noten für den Senat

Von Theo Maass

Seit rund zwei Jahren leidet Berlin unter einer linken „Nichtpolitik". Kein Wohnungsbau, keine Verkehrspolitik, Tage der offenen Türen in den Gefängnissen und gefühlte Abschiebeverweigerungshauptstadt.

Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 18. September 2016 kamen die drei regierenden Koalitionäre auf zusammen 52,4 Prozent Stimmenanteil (SPD 21,6, Linkspartei 15,6 Prozent und Grüne 15,2). Die drei bürgerlichen Parteien CDU, AfD und FDP erreichten zusammen nur 38 Prozent. Ist Berlin eine rote Stadt? Tatsächlich wurde der Westteil der Stadt in den 80er und Gesamtberlin in den 90er Jahren von einem CDU-Bürgermeister regiert. Aber will die CDU überhaupt? Eine wirklich Wende zu anderen politischen Verhältnissen wird es nicht geben, solange die CDU in der Hauptstadt nach Rot-Schwarz oder Schwarz-Grün strebt.

In unguter Erinnerung ist vielen Berlinern noch die jüngste „Große Koalition", in der sich der CDU-Innensenator Frank Henkel zum politisch korrekten Hampelmann machen ließ. Dabei ist der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) so unbeliebt wie fast kein anderer Regierungschef einer Landesregierung bundesweit – 52 Prozent der Berliner lehnen ihn ab.

Noch größer ist die Unzufriedenheit mit der Arbeit der Regierungskoalition. Vergangenen Dezember fällten zwei Drittel der Befragten eine negatives Urteil über die Leistung der Senatskoalition. Paradox: Trotz allem konnte Rot-Rot-Grün – glaubt man der jüngsten Umfrage – gegenüber den letzten Abgeordnetenhauswahlen insgesamt zulegen. Allerdings nicht die SPD. Die verlor noch einmal 2,6 Prozentpunkte gegenüber der vergangenen Wahl.

Dass die Bausenatorin Katrin Lompscher von der Linkspartei den Wohnungsbau in der Stadt fast zum Erliegen brachte, fällt der Anhängerschaft ihrer Partei nicht auf. Die demonstriert lieber gegen hohe Mieten und berauscht sich an Enteignungsphantasien, die Lompscher in die Welt setzt.

Aber ist die Situation in Berlin zum jetzigen Zeitpunkt nicht etwas ähnlich wie in Hamburg, bevor Schill kam? Damals, mit dem populären „Richter Gnadenlos" als potenziellem Koalitionspartner, wurden viele Nichtwähler mobilisiert. Darauf scheint die Berliner AfD zu hoffen. Auf ihrem Parteitag am Wochenende wollte sie vor allem Politikfähigkeit demonstrieren. So fordern die Alternativen ein Programm zum Erwerb von Wohnungseigentum auch für Leute, die weniger Geld in der Tasche haben. Aber bei viel Licht gibt es auch Schatten. Genüsslich walzen die Hauptstadtmedien Skandale und Skandälchen der Jungpartei wie die Spaltung der Neuköllner AfD-Fraktion aus.

SPD beendet ihren Krach

Wegen schlechter Umfragen: Berlins Sozialdemokraten einigen sich

Wenn am 2. Juni die Berliner SPD ihren Landesvorstand neu wählt, wollen die Genossen ein Bild der Einigkeit bieten. Der Regierende Bürgermeister und SPD-Landesvorsitzende Michael Müller und der linke Flügel haben sich auf einen gemeinsamen Vorschlag geeinigt. Zuvor hatte es heftigen Krach gegeben.

Müllers Vize Mark Rackles, Exponent des linken Flügels, hatte seinen Rücktritt sowie den Verzicht auf eine erneute Kandidatur erklärt und „Mehltau" über der von Müller geführten Partei kritisiert. Die SPD – die in Berlin mit der Linkspartei und den Grünen regiert – müsse linker werden, forderte Rackles.

Seine Sorge erscheint, sieht man die Umfragen an, durchaus berechtigt. Nach dem ohnehin schlechten Ergebnis von 21,6 Prozent bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 2016 liegt die SPD derzeit nur noch bei 19 Prozent. Aber was noch viel schlimmer ist: Die Partei wäre nicht mehr stärkste Kraft, CDU und Linkspartei liegen gleichauf mit je 19 Prozent, gefolgt von den Grünen mit 18. Damit erlischt der automatische Anspruch der SPD auf den Bürgermeisterposten.

Selbst die Stellung als stärkste Partei ist in latenter Gefahr

In dieser Not wissen die Genossen nicht mehr ein noch aus und einigten sich auf den Status quo. Müller bleibt Vorsitzender, zwei „rechte" und zwei „linke" Stellvertreter und ein „rechter" Schatzmeister bilden wie bisher den engeren Vorstand. Dem voraus ging ein Spiel von Intrigen und Fingerhakeln. Unter den vier Stellvertretern sollen sich zwei Frauen und unter diesen wiederum eine mit „Migrationshintergrund" befinden. Müller versuchte, Juso-Bundeschef Kevin Kühnert auf dem linken Ticket unterzubringen. Dafür verzichten die Linksflügler darauf, die aus Ost-Berlin stammende Stellvertreterin Iris Spranger abzuschießen. Müller soll Kühnert sogar versprochen haben, er werde ihn irgendwann zu seinem Nachfolger machen.

Nach einem Konsenspapier werden nun Innensenator Andreas Geisel, Iris Spranger sowie die früheren Juso-Funktionäre Julian Zado und Ina Czyborra vom linken Flügel nominiert. An ihrer Wahl gibt es kaum Zweifel. Nachdem die linke Abgeordnete Ülker Radziwill auf eine Kandidatur als Landesschatzmeisterin zugunsten der gemäßigten Amtsinhaberin Angelika Schöttler verzichtete, stand der zur Schau getragenen großen Eintracht der Genossen nichts mehr im Wege. Über den Erfolg der Einigung entscheidet der Wähler.

Frank Bücker

»Story of Berlin« droht Aus

Beliebtes Museum im Fadenkreuz von Investoren und Politik

Das Museum „Story of Berlin" im Ku'damm-Karree ist in Gefahr. Das Haus verzeichnet jährlich rund 250 000 Besucher. Teil der Ausstellung ist ein Atomschutzbunker aus den 70er Jahren, der sich im Keller des Karrees befindet.

Damit könnte im Herbst Schluss sein. Der Eigentümer, der Investor Cells Bauwelt, hat den Mietvertrag zum 31. Oktober gekündigt. Anlass ist die Umgestaltung des Karrees, dem schon die beiden Boulevardtheater am Kurfürstendamm zum Opfer gefallen sind. Cells hatte vorgeschlagen, die Ausstellung auf die Kellerräume zu reduzieren.

Zusätzlich gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen über die künftige Miethöhe. Die anderen Räume will Cells vermutlich teurer vermieten. Pikant daran ist, dass die drei politischen Entscheidungsträger, Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann, Kulturstadträtin Heike Schmitt-Schmelz (beide SPD) und Baustadtrat Oliver Schruoffeneger (Grüne) dem Plan zugestimmt haben. Vertreter von Parteien also, die gern das soziale Gewissen für sich in Anspruch nehmen.

Von den beiden Theatern kann eines nach dem Umbau an den alten Standort zurückkehren – allerdings in den Keller. Was aus der Ausstellung wird, ist unklar. Schruoffeneger: „Ich freue mich, dass nun alle Weichen auf Grün gestellt wurden. Die langfristige Absicherung eines Ku'damm-Theaters und die Absicherung einer ‚zeitgeschichtlichen Erlebnisausstellung', die sich an der bisherigen Konzeption der ‚Story of Berlin' orientiert, sind ein großer Erfolg." Mit anderen Worten: Es kommt vielleicht irgendeine Ausstellung, die so ähnlich sein soll wie die bisherige. In dem Umbau ist eine Fahrradstation mit zirka 800 Stellplätzen, davon mindestens 25 Prozent für Elektro-Räder mit den dazugehörigen Ladestationen, eingeplant. Bei den Autoparkplätzen sind 25 Prozent für E-Autos mit Ladestationen und noch einmal fünf Prozent für Carsharing-Angebote reserviert.

Grüner Baustadtrat flüchtet sich in wolkige Formulierungen

Weiterhin hat das Bezirksamt durchgesetzt, dass bei den angebotenen Waren im neu gestalteten Karree mindestens zehn Prozent „fair gehandelt" sein müssen. Dafür wird die Ausstellung „The Story of Berlin" den 20. Jahrestag seines Bestehens wohl nicht mehr erleben. Schulkassen, die dorthin geführt werden, müssen sich dann andere Ziele suchen. Schruoffeneger ist zufrieden. Es sei ein zukunftsfähiges Projekt auf den Weg gebracht, das für den Bezirk imagebildend werden könne. *F.B.*

MELDUNGEN

Illegale kommen über Land

Athen – Die Immigrantenzahlen in Griechenland steigen wieder. Allerdings kommen die Zuwanderer jetzt über die Landgrenze, nicht mehr über das Mittelmeer. Nach Angaben der griechischen Regierung bringen Schleuserbanden seit einigen Wochen immer mehr Illegale über den griechisch-türkischen Grenzfluss Evros nach Griechenland. Im März hatten die griechischen Behörden rund 1600 Menschen gezählt, im April waren es schon Hunderte am manchen Tagen. Die 446 Kilometer lange EU-Außengrenze zwischen Griechenland und Bulgarien zur Türkei ist wieder zum wichtigsten Einfallstor in die EU geworden. *B.B.*

Realo regiert Innsbruck

Innsbruck – Als Teil des „größten Comebacks seit Lazarus" beschwört Werner Kogler, Bundessprecher der österreichischen Grünen, den Erfolg seiner Partei bei den Bürgermeisterwahlen in Innsbruck. Dort wurde Georg Willi mit 52,9 Prozent der Stimmen ins Amt gewählt und ist damit der erste grüne Bürgermeister in einer österreichischen Großstadt. Der 59-Jährige gilt als Vertreter eines sehr bürgerlichen, grün motivierten politischen Kurses, was ihm – neben seiner Tätigkeit als Kirchenchorleiter – viel Sympathie außerhalb des eigenen Lagers eintrug. Für ihn ist der Wahlausgang ein klares Zeichen dafür, dass „es mit den Grünen wieder aufwärts geht". Großes Lob erhält das neue Stadtoberhaupt von dem auch in Deutschland bekannten Schauspieler Tobias Moretti: Willis Aussage, dass den Wählern das leistbare Dach über dem Kopf wichtiger sei als das Binnen-I oder die Ehe für alle, sei Zeugnis für dessen politischen Pragmatismus. Kogler preist ihn als „gerecht, liberal, hemdsärmelig, sozial und ökologisch denkend". *J.H.*

Sieg nach Punkten für Kim Jong-un

Doch beide koreanische Staatsführer werten ihr Gipfeltreffen als Erfolg

Die beiden Staatsführer Koreas haben ihr erstes Treffen in Panmunjom an der innerkoreanischen Grenze zu einem Erfolg erklärt. Gerade der südkoreanische Präsidenten Moon Jae-in braucht einen solchen für seine misstrauische Bevölkerung. Allerdings ist die Begegnung eher als ein Sieg des nordkoreanischen Staats- und Parteichefs Kim Jong-un zu werten.

Statt entsprechend der koreanischen Tradition dem fast doppelt so alten Moon großen Respekt zu erweisen, trat Kim recht selbstbewusst als Herrscher Gesamt-Koreas auf und verweigerte der südkoreanischen Ehrenwache den militärischen Gruß. Moon dagegen erweckte eher den Eindruck des Unterlegenen. Verletzungen der Menschenrechte in der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK), die er noch Wochen zuvor attackiert hatte, fanden faktisch keine Erwähnung. Das Wurzelwerk der von beiden gepflanzten Bäume wurde mit der Erde des nordkoreanischen „Heiligen Berges" Päktu und des Vulkans Halla, von dem die Familie Kim kommt, bedeckt und stellte eine unnötige symbolische Konzession dar. Dass die südkoreanische Kulturministerin sich dreimal vor dem Diktator verbeugte, kennzeichnet die Atmosphäre.

Nahziel Seoul ist nach Jahren der Zwangspause ein Zusammentreffen von seit 1953 in beiden Landesteilen getrenntlebenden Familien, deren Zahl inzwischen sehr gering geworden ist. Unlängst noch hatte Kim dies abgelehnt, nun aber hat er ein Wiedersehen am 15. August gestattet. Keine Rede war von einer Wiederaufnahme des 1947 seitens Pjöngjangs eingestellten Postverkehrs mit dem Süden. Einig ist man sich über eine neue Seegrenze, die sich gegen die vor Korea sehr aktive Fischereiflotte Chinas richtet, zugleich will die DVRK ihren Hafen Heaju am Gelben Meer ausbauen. Der jetzige Grenzverlauf ist allerdings Teil des nach wie vor gültigen Waffenstillstandsabkommens, bedarf also der Zustimmung der UN und der USA. Die Wiedereröffnung der südkoreanischen Wirtschaftszone, in der 53 000 nordkoreanische Arbeiter für Seouler Firmen Produkte für den Weltmarkt herstellen, dürfte bald erfolgen, denn angesichts der erfolgreichen UN-Sanktionen braucht Pjöngjang dringendst Devisen aus Südkorea. Kapital von Peking würde die bereits bestehende Abhängigkeit von China weiter erhöhen. Ohnehin ist das Verhältnis heute nur noch ein Zweckbündnis. Viel Geld soll auch ein verstärkter Tourismus bringen. Jeder Südkoreaner darf nun – wie es heißt – frei zum „Heiligen Berg" reisen, was bedeuten könnte: ohne die bislang übliche von der DVRK gestellte Begleitung. Über Reisemöglichkeiten von Nordkoreanern in den Süden fiel kein einziges Wort.

An erster Stelle für beide Seiten steht das Militärische. Unbestritten hat Pjöngjang bisher über 80 Raketentests sowie vier Atomversuche durchgeführt. Verlockend klingt das Versprechen Kims, sein einzig bekanntes Testgelände Punggye-ri zu schließen, obwohl es laut chinesischen Geologen inzwischen ohnehin unbrauchbar ist. Zur Kontrolle sind Experten und Journalisten eingeladen – indes nicht aus Peking. Kims weitere Verheißungen, alle Raketentests aussetzen zu wollen, bedeutet jedoch keine endgültige Einstellung, keinen gänzlichen Verzicht oder gar die Vernichtung seiner Raketenbestände.

Kernpunkt sämtlicher Verhandlungen ist „die vollständige Denuklearisierung zu einer atomfreien Zone". Kim versteht darunter nicht die Preisgabe seiner Nuklearrüstung. Wohl ließ er bisher Inspektoren in Yongbyon zu, verwehrte aber jeglichen Zugang zu unterirdischen Teilen. Entgegen allen Friedensparolen ist die Anlage gegenwärtig in Betrieb. Entscheidend für den Westen ist die vollständige, überprüfbare und umkehrbare Aufgabe aller Nuklear- und anderer Massenvernichtungswaffen. Die DVRK will auf Atomwaffen verzichten, wenn ihre Sicherheit garantiert ist. Kim zählt hierzu den Rückzug aller US-Atomwaffen, die seinen Staat erreichen könnten – also von Japan, auf Guam sowie von Flugzeugträgern. Einen Abzug der US-Truppen aus Südkorea fordere Kim nicht, so Moon.



Zur Schau gestellte Harmonie: Kim Jong-un und Moon Jae-in in Panmunjom (von links) Bild: Imago

Der lediglich bestehende Waffenstillstand soll noch dieses Jahr in einen Friedensvertrag umgewandelt werden. In ihm will Pjöngjang verankern, dass „nie wieder irgendwelche Atomwaffen in die Nähe der DVRK" gebracht werden und alle Truppen der USA aus dem Süden abziehen, was Washington bislang scharf abgelehnt hat. Die ebenfalls geforderte Nichtangriffsgarantie soll wohl das Überleben der Kim-Dynastie sichern. Juristisch wären diese Verträge nur zwischen den beiden koreanischen Staaten, der UN und den USA zu schließen. Von daher gehören Peking und Moskau streng genommen nicht dazu, auch wenn die Chinesen damals sogenannte Kriegsfreiwillige entsandten, deren Waffen sie von der UdSSR kauften. Dennoch drängt Peking auf Teilnahme an den Verhandlungen. Es wünscht die DVRK als Pufferzone, nicht aber die Existenz von deren Nuklearwaffen. Letzteres liegt daran, dass dann auch Japan und Südkorea zur Wiederherstellung des Gleichgewichts nach Atomwaffen streben könnten. Ebenfalls bemüht sich Russland neuerdings um Einfluss in beiden Teilen Koreas.

Der US-Präsident Donald Trump wertete das Ergebnis als positives Ohmen für sein Treffen mit Kim am 12. Juni in Singapur. Es ist durchaus möglich, dass sich Trump und Kim dabei auf eine Vernichtung der nordkoreanischen Langstreckenraketen einigen könnten. Kim scheint zu diesem beschränkten Zugeständnis bereit und Trump würde dies ausreichen, um sich entsprechend seiner „America first"-Politik damit zu rühmen, die Gefahr für die Vereinigten Staaten gebannt zu haben. Dass er damit die DRVK als Atommacht anerkannt hätte, dürfte für Trump im Gegensatz zu Kim zweitrangig sei. Da die weitere Existenz von nordkoreanischen Mittelstreckenraketen aber auch zukünftig Japan und Südkorea bedrohen, würde ein derartiger „Deal" dort angesichts der bestehenden US-amerikanischen Verpflichtungen als Verrat an den Verbündeten Washingtons gewertet werden müssen. Bisher jedenfalls hat Trump keine einzige Sanktion gegen den Norden aufgehoben. Eine tragfähige Lösung der Korea-Frage dürfte noch Jahre benötigen, falls eine solche angesichts der derzeitigen Rahmenbedingungen überhaupt möglich ist.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Das Geld der Kuomintang

Aufklärer aus Taiwan wollen von Deutschland lernen

Taiwans Jagd nach den Kuomintang-Milliarden" hieß 2017 ein Beitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung". Darin beschrieb der in Taipeh lebende deutsche Journalist Klaus Bardenhagen, wie vor allem die Demokratische Fortschrittspartei (Democratic Progressive Party, DPP), die 2016 sowohl das Präsidentenamt als auch erstmals gleichzeitig die Parlamentsmehrheit auf der Insel errang, dem Vermögen der früheren jahrzehntelangen Regierungspartei Kuomintang (KMT) auf der Spur ist.

Wie Bardenhagen schrieb, gehörte der KMT auf dem Höhepunkt ihrer Macht ein Firmenimperium aus Rundfunksendern, Filmstudios und Kinos, Banken und Fabriken. Bis heute halte die KMT zahlreiche Firmenbeteiligungen in einer Holdinggesellschaft. Die in Singapur erscheinende Zeitung „The Strait Times" nannte 2017 ein aktuelles Vermögen der KMT von 815 Millionen US-Dollar. Andere Schätzungen nennen zweistellige Milliardenbeträge.

Die KMT war die Staatspartei Tschiang Kai-scheks, der nach seiner Flucht nach Taiwan die Insel autoritär regierte. 1987 wurde das Kriegsrecht aufgehoben. Taiwan ist heute eine lebendige Demokratie. Aber es gilt noch vieles aufzuarbeiten – moralisch, politisch, historisch, juristisch. Doch auch finanziell: Nicht unähnlich der SED hatte die KMT den Staat quasi als ihr Eigentum betrachtet. Die DDP sorgte 2017 für ein Gesetz über die „Übergangsjustiz" (transitional justice), das der juristischen Aufarbeitung dient.

Zudem berief man ein Untersuchungskomitee, das unrechtmäßig erworbenes Parteivermögen der KMT aufdecken soll. Dabei wollen die Taiwaner auch von deutschen Erfahrungen bei der Suche nach den SED-Milliarden profitieren. Deshalb war nun der Vorsitzende des Komitees, Lin Feng-Jeng, gemeinsam mit dem Ausschussmitglied Cheng-Chung Lo und einem wissenschaftlichen Mitarbeiter auf Erkundung in Berlin. Lin Feng-Jeng, ein früherer Menschenrechtsanwalt, ist Mitglied der erst 2015 gegründeten Partei der neuen Kraft (New Power Party, NPP) und im Rang eines Ministers.



Lin Feng-Jeng Bild: Leh

Auf dem Programm der Taiwaner in Berlin standen Gespräche mit dem früheren Generalstaatsanwalt in Berlin Christoph Schaefgen, der besonders für die Aufarbeitung von DDR-Unrecht zuständig war, mit Vertretern der Stasi-Unterlagenbehörde, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben sowie ein Besuch in der Stasi-Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen.

Wie schwierig – und unzureichend – bereits in Deutschland die Aufklärung über den Verbleib des SED-Vermögens war, kann man im Kapitel „Der Milliardenschatz" im Buch von Hubertus Knabe „Die Wahrheit über die Linke" nachlesen. Knabe schreibt: „Um welche Summen es ging, weiß bis heute niemand genau zu sagen." Auf die Frage der *PAZ* nach der mutmaßlichen Höhe von allein in die USA verschobenen KMT-Vermögens, wagte denn auch Lin Feng-Jeng keine Schätzung. Sein Komitee veröffentlicht halbjährliche Berichte. Die Aufklärer aus Taipeh haben es insofern noch besonders schwer, als die KMT die große Oppositionspartei in Taiwan ist. *Michael Leh*

Abwahl undenkbar

Dabei liegt Erdogan bei den Umfragen nur um die 40 Prozent

In gut einem Monat, am 24. Juni, sind in der Türkei Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Der türkische Staatschef Tayyip Erdogan hofft, dass ihn die Türken für eine weitere Amtszeit zum Präsidenten wählen, und seiner konservativ-islamischen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) wieder eine absolute Mehrheit im Parlament verschaffen. Mit der Doppelwahl soll der Wechsel zum Präsidialsystem in der Türkei in Kraft gesetzt werden. Erdogans Erfolg scheint bereits arrangiert – allerdings subtiler als im Russland von Wladimir Putin.

Für viele Türken ist die Vorstellung skurril, dass der türkische Staatspräsident die Wahl verlieren könnte und danach still und leise seinen für sich selbst gebauten Palast verlassen und in sein Istanbuler Elendsviertel Kasımpasa zurückkehren könnte, um dort wie viele alternde Politiker seine Memoiren zu schreiben. Erdogan braucht kein Ergebnis von 80 Prozent wie Putin. Ein derart überwältigender Sieg wäre gar nicht in seinem Interesse. Es könnte sogar sein Herrschaftssystem untergraben. Erdogan hat, anders als Putin, ein Interesse daran, die Opposition im Spiel zu halten. Im Laufe seiner fast 20-jährigen politischen Karriere hat er öfters die Erfahrung gemacht, dass eine in Frage gestellt Macht die Reihen der eigenen Anhänger schließen kann. Und sollte es knapp werden, kann er sicher gewisse Rädchen in Bewegung setzten, die dafür sorgen, dass es immer noch reicht.

Erdogan weiß, dass man Wahlen nicht nur mit gefälschten Stimmzetteln in der Wahlurne manipulieren kann. Es geht auch um gleiche Bedingungen beim Zugang zur Öffentlichkeit oder um die Möglichkeit, Wahlkampfversammlungen zu organisieren. So wurden beispielsweise ein Großteil der Führung der prokurdischen Demokratischen Partei der Völker (HDP) unter Terrorvorwürfen verhaftet und die Pressefreiheit massiv eingeschränkt. Der Ausnahmezustand, der weiterhin gilt, hat die Kontrolle der Regierung über die Medien noch mehr gefestigt. Dazu kommt noch eine Reihe von Reformen bei den Wahlgesetzen, die der regierenden AKP ohnehin bereits einen großen Vorteil verschafft.

> Notfalls wird die Türkei einfach noch undemokratischer

Auch wenn ihm die Umfragen derzeit nur um die 40 Prozent geben, denkt Erdogan nicht einmal an eine Abwahl. Er glaubt, dass er den nationalen Willen verkörpert, so etwa wie Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk seinerzeit, der keine freien Wahlen zu Lebzeiten geduldet hat und erst im Sarg aus seinem Amtssitz getragen wurde. Atatürk kam allerdings aus der Militärführung und hatte ein weit gestecktes Reformziel. Dieses hat Erdogan nicht, eher möchte er die Zeit wieder um 100 Jahre auf die Zeit vor Atatürk zurückdrehen. Auch als Rückwärtsgewandter glaubt Erdogan jedoch, wie Atatürk ein historischer Führer seines Landes geworden zu sein. Als solcher glaubt er, dass er seine Macht von Gott bekommen hat und es nahezu undenkbar ist, dass er seine Macht durch demokratische Wahlen wieder verlieren könnte. Bei all den Willkürmaßnahmen der letzten Jahre ist es nur schwer vorstellbar, dass es in der Türkei eine Machtablösung geben könnte, die nicht zu einer strafrechtlichen Verfolgung Erdogans führen würde, dazu hat er den Bogen des Rechtsstaats in den letzten Jahren zu stark überspannt. *Bodo Bost*

Der tiefe Fall des Martin Winterkorn

Dem Ex-VW-Vorstandsvorsitzenden droht neben Entschädigungsforderungen auch Freiheitsentzug

Der frühere VW-Chef Martin Winterkorn war einer der mächtigsten Männer der Bundesrepublik. Damit ist es vorbei. Seine politischen Freunde gehen auf Distanz, sogar der Ruin könnte ihm drohen.

Winterkorn drohen nämlich nicht nur strafrechtliche Konsequenzen, sondern auch der Verlust seines Vermögens. Der VW-Konzern prüfe, ihn für den entstandenen Milliardenschaden des Dieselskandals haftbar zu machen, berichtete die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ kürzlich.

Wie das Blatt hinzufügte, habe Winterkorn während seiner Tätigkeit innerhalb des VW-Konzerns mehr als 100 Millionen Euro verdient. Allein seine Pensionsansprüche summieren sich auf knapp 30 Millionen Euro. „Dieses Geld wäre im Extremfall komplett weg“, sagte der Berliner Rechtsprofessor Gregor Bachmann der Zeitung.

Vorausgegangen waren eine Anklage in den USA sowie ein in den Staaten ausgestellter Haftbefehl gegen den 70-Jährigen. Experten kritisieren seit Längerem, dass die deutschen Behörden die strafrechtliche Aufklärung nur schleppend betreiben würden. Die neue Wendung aus den USA könnte nun auch in Deutschland Staub aufwirbeln und Maßnahmen gegen Winterkorn befeuern. Betrug und Verschwörung lauten die Anklagepunkte in den Staaten. „Die Anklage enthält den Vorwurf, dass Volkswagens Plan zu betrügen bis ganz an die Spitze des Unternehmens reichte“, sagte US-Justizminister Jeff Sessions. Es handle sich um ernste Anschuldigungen, „und wir werden sie mit der ganzen Härte des Gesetzes verfolgen“.

Die niedersächsische Staatsanwaltschaft nahm die Anklage in den USA nach eigener Aussage „interessiert zur Kenntnis“. Zwar ermitteln die Strafverfolger im Stammland von Volkswagen ebenfalls, auch gegen Winterkorn, doch obwohl es immer mehr Belege dafür gibt, dass den ehemaligen Konzernchef frühzeitig Informationen über die Manipulationen erreicht haben müssen, reicht es den Staatsanwälten hierzulande bisher nicht zur Anklage. Das Land ist zweitgrößter Anteilseigner des Konzerns.

Früher galt Winterkorn als moderner Wirtschaftsführer mit besten Kontakten zur Politik. Doch das ist längst vorbei. Seit drei Jahren gilt er als Schlüsselfigur des Dieselskandals. Zwar dürfte ihm eine direkte Beteiligung am Betrug nur schwer nachzuweisen sein, aber für eine zivilrechtliche Verurteilung könnte schon ausreichen, wenn er seinen Kontrollpflichten nicht nachgekommen wäre. Und dass Winterkorn früher als zugegeben von den Abgasmanipulationen gewusst hatte, gilt mittlerweile als sicher. Das Land unterstützt daher die Prüfung von Schadenersatzansprüchen gegen den ehemaligen Konzernchef. Der VW-Aufsichtsrat habe in diesem Zusammenhang eine Anwaltskanzlei beauftragt, sagte Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil. „Das geschieht mit ausdrücklicher Unterstützung der Vertreter Niedersachsens im Aufsichtsrat von VW“, meinte der SPD-Politiker gegenüber dem „Manager-Magazin“.

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ ließ zwischenzeitlich den Mannheimer Staranwalt Markus Wintterle ein düsteres Szenario über Winterkorns Zukunft entwerfen. Der Jurist berät Vorstände, Geschäftsführer und Angestellte in Führungspositionen regelmäßig zu Haftungsfällen bei Pflichtverletzungen und Gesetzesverstößen. Winterkorn drohe eine harte Strafe und könne Deutschland nicht mehr verlassen. „Man liefert ihn nur deshalb nicht aus, weil im Grundgesetz steht, dass der deutsche Staat seine Bürger zu schützen hat und nicht an andere Staaten ausliefern darf. Würde Winterkorn zum Beispiel die Grenze zu Frankreich überqueren, müsste er damit rechnen, sofort festgenommen zu werden. Und der Haftbefehl in den USA erhöht auch den Druck auf die deutsche Staatsanwaltschaft.“ Wintterles hartes Fazit: „Für einen Menschen wie Winterkorn ist die aktuelle Situation schon der Super-GAU. Er ist wirtschaftlich geächtet, seine Vita verbrannt.“

Ein Vorsitzender müsse mittlerweile nicht nur beweisen, dass er sich pflichtgemäß verhalten, sondern auch, dass er nicht schuldhaft etwas unterlassen habe. Der Mannheimer Jurist ist sich sicher, dass Winterkorn auch in Deutschland zu einer Freiheitsstrafe verurteilt werden wird: „Und ich sehe derzeit nicht, dass diese zur Bewährung ausgesetzt werden kann.“

Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft sagte der „Frankfurter Allgemeinen“, dass den Verteidigern der Beschuldigten „im Sommer“ Akteneinsicht gewährt werden solle. „Wenn man sich die Ermittlungen, die im Dieselverfahren Vorgänge bei VW aus etwa zwölf Jahren aufklären sollen, als Marathonlauf vorstellt, beginnt damit quasi die Runde im Stadion mit Sicht auf die Ziellinie.“

In Braunschweig zeigte man sich nicht überrascht von der Anklage und dem Haftbefehl gegen Winterkorn. Man habe schon seit längerer Zeit sehr gute Rechtshilfebeziehungen mit den US-amerikanischen Kollegen. „Die Quellen der Erkenntnis sprudeln auf beiden Seiten des Atlantiks und wir tauschen regelmäßig Informationen aus.“ Derzeit wird neben Winterkorn gegen 49 mutmaßlich weitere Beteiligte ermittelt, bei 39 wegen Software-Manipulationen zum Stickstoffdioxid-Ausstoß, bei sechs im Zusammenhang mit falschen Kohlendioxid- und Verbrauchsangaben. In drei Fällen geht es um Marktmanipulation, in einem Fall um einen Mitarbeiter, der zur Datenlöschung aufgerufen habe.

Winterkorn, so heißt es aus Justizkreisen, sei als ehemaliger Vorstandsvorsitzender aber der Hauptverantwortliche. Die Schadenersatzansprüche könnten sich auf bis zu einer Milliarde Euro belaufen. *Peter Entinger*



Hat schon mal bessere Zeiten erlebt: Martin Winterkorn

Bild: Imago

MELDUNGEN

Boomender Tourismus

Frankfurt am Main – Die deutsche Fremdenverkehrsbranche hat 2017 zum achten Mal in Folge einen Zuwachs der Zahl ausländischer Gäste verzeichnet. Nach Angaben der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) wurden 84 Millionen Übernachtungen gezählt, was im Vergleich zu 2016 einer Steigerung um vier Prozent entspricht. 75 Prozent der Besucher kommen aus europäischen Nachbarländern, doch sieht die DZT Indien, China, Südostasien und Südamerika als Herkunftsregionen mit künftig erheblichem Wachstumspotenzial. Von den ausländischen Gästen haben 88 Prozent, von den Besuchern aus europäischen Nachbarländern 84 Prozent online gebucht. *J.H.*



35 000 Pfleger fehlen

Berlin – In Deutschland waren 2017 im Jahresdurchschnitt rund 35 000 Stellen in der Pflegebranche nicht besetzt. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Fraktion hervor. Demnach meldete die Bundesagentur für Arbeit in der Altenpflege 23 319 offene Stellen, darunter 14 785 für Fachkräfte und 8443 für Pflegehelfer. In der Krankenpflege waren es 12 227 offene Stellen, darunter 10 814 für Fachkräfte und 1413 für Helfer. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.964.142.640.552 €
Vorwoche: 1.964.190.800.197 €

Verschuldung pro Kopf:
23.722 €
Vorwoche: 23.722 €

(Dienstag, 15. Mai 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Warum die Bundeswehr tatsächlich in Mali ist

Von Florian Stumfall

Sage niemand, Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen sei nicht für eine Überraschung gut. Just sie, der es bislang kaum je schnell genug gehen konnte, wenn von einem neuen Kriegseinsatz für die Truppe die Rede war – Formtief hin oder her – wartet nun mit dem Vorschlag auf, die Bundeswehr könnte sich künftig mehr mit der Landesverteidigung als mit der Verbreitung demokratischer Wohltaten in aller Welt befassen. Ganz so will es ja eigentlich auch das Grundgesetz – wie gesagt: von der Leyen ist durchaus dafür gut, plötzliches Erstaunen auszulösen.

Wer sich vor Augen führen will, wie die militärische Konzeption Deutschlands derzeit noch aussieht, findet in Mali ein gutes Beispiel, und es ist nicht recht, dass davon allzu wenig die Rede ist. Schließlich handelt es sich dabei um den größten und, wie es heißt, gefährlichsten Einsatz der Bundeswehr. 1450 deutsche Soldaten sind in dem westafrikanischen Land stationiert, 1100 von ihnen in Gao, wo es heiß hergeht, nicht nur klimatisch. Die UN will dort eine „Stabilisierung" herbeiführen, die nicht derart in Frage stände, wenn es im Lande keine fremden Soldaten gäbe.

Gut – die Tuareg zündeln gerne und wollen den Einfluss der Zentralregierung auf ihr Wüstendasein eindämmen. Im Jahre 2012 erklärten sie sich für unabhängig, was auch für Niger und Algerien hätte gelten sollen, doch der Westen erkannte diese Separation nicht an. Umgekehrt sehen die Tuareg nicht ein, warum sich in diesen Streit fremde Menschen in New York, Paris oder Berlin einmischen. Denn bei aller Wildheit der Berber, eine unmittelbare Bedrohung für Deutschland stellen sie nicht dar, jedenfalls solange sie in ihrer Heimat bleiben. So aber stehen in Mali seit 2013 fast 12 000 Blauhelmsoldaten, und sie tun dies, ohne den geringsten Erfolg bei der vorgeblichen Zweckbestimmung des Einsatzes zu erzielen: Stabilisierung und Frieden. Bei derartigen Absichten allerdings wären andere Einsatzorte dringlicher: der Jemen, Somalia, Libyen, Palästina, der Kongo und andere mehr.

Tatsächlich ist in Mali weniger die Entwicklung von Frieden, Demokratie und Menschenrechten von Belang als die Sicherung von Rohstoffen für westliche Industriestaaten. Vor allem Frankreich als ehemalige Kolonialmacht ist sehr darauf bedacht, alte Kontakte nicht abreißen zu lassen und neue zu knüpfen. Ein ganz wesentlicher Grund für diese Anhänglichkeit sind die großen Goldvorkommen des Landes. Mali liegt im sogenannten Goldgürtel Westafrikas. Mit im Fokus liegt dabei das benachbarte Niger mit wahrscheinlich noch ergiebigeren Minen. Es versteht sich am Rande, dass auch dort die Bundeswehr nach Recht und Ordnung sieht.

Was Mali angeht, so werden die Goldreserven auf 800 Tonnen geschätzt, das Land ist der drittgrößte Goldproduzent Afrikas. Wer aber meint, der Segen komme dem Land und seinen Menschen zugute, der täuscht sich. Internationale Großkonzerne wie der US-Finanzinvestor Randgold Resources Ltd. – mit Sitz auf Jersey, der Steuer wegen – räumen ab. Mit dabei sind auch die Orano-Gruppe, ein staatlicher Industrie-Konzern mit Sitz in Paris, der auf dem Gebiet der Herstellung und des Verkaufs von Nukleartechnikanlagen und -brennstoff tätig ist und aus der ehemals börsennotierten Areva-Gruppe hervorgegangen ist, sowie die Pearl Gold AG mit Sitz in Frankfurt. Diese deutsch-französische Firma hat Probleme mit der Ausbeutung der „Kodieran-Goldmine", und zwar wegen des Bürgerkriegs im Lande. Hier bedarf es der Stabilisierung. Ein Schelm, der das mit dem Plan in Verbindung bringt, in Mali zusätzlich eine deutsch-französische Brigade einzusetzen.

Was für Gold gilt, gilt ebenso für Uran. In Mali gibt es 5000 Tonnen davon, das Land deckt 40 Prozent des Bedarfs der französischen Kernkraftwerke. In Niger sind die Vorkommen noch erheblich reicher. Und ein Weiteres haben Niger und Mali gemeinsam: Hier wie dort gibt es Bürgerkrieg, hier wie dort kämpfen radikale Moslems und daher gilt in beiden Ländern die westliche Lesart, dass man dort Krieg gegen den Terror führen müsse.

Damit aber hat es eine eigene Bewandtnis. Nachdem die NATO Libyen zerstört hatte, gelangten Kämpfer und Waffen auch nach Mali. Dort wurden die Kämpfer von Geheimdiensten vor allem Frankreichs und der USA als malische al-Kaida aufgebaut, wie das anderswo, etwa in Afghanistan oder dem Irak, auch schon geschehen war. Das Vorhandensein von Terroristen ist ja unerlässlich für alle, die Krieg dagegen führen wollen oder wenigstens einen Vorwand benötigen, in einem Land militärisch einzugreifen.

Darauf aber, dass die Tuareg einmal politische Selbstständigkeit erlangen, können sie lange warten. Denn in diesem Fall wäre der Zugriff der multinationalen Großkonzerne auf die Bodenschätze der betroffenen Länder in Frage gestellt. Außer Gold und Uran gibt es in Mali noch Bauxit, Phosphate, Eisen, Blei, Zink und verschiedene Salze. Damit kann man nebenher auch noch kleinere Geschäfte machen. Rendite einer „Friedens-Mission".

Wie fast immer bei solchen Gelegenheiten, ist es auch in Mali die einfache Bevölkerung, welche die Zeche zahlt. Zu einem Drittel hat sie keinen Zugang zu sauberem Wasser, und die Lebenserwartung beträgt keine 50 Jahre. Angesichts dieser Armut kann es nicht verwundern, dass bei den Präsidentschaftswahlen im vergangenen Jahr eine Wählerstimme für umgerechnet 1,50 Euro zu haben war. Malis Patronatsmacht Deutschland bezeichnete die Wahl eilends als fair und demokratisch.

Außer Niger hat auch die Zentralafrikanische Republik die Aufmerksamkeit Frankreichs in erhöhtem Maße auf sich gezogen. Man wird auch dort wohl bald den Terrorismus bekämpfen müssen. Denn in diesem Land gibt es ebenfalls große Uranvorkommen und dazu noch erhebliche Mengen an Diamanten. Man darf guter Hoffnung sein. Die Orano-Gruppe ist schon im Land.



Bundeswehr in Mali: Feldgottesdienst mit Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen zum Gedenken einer im Einsatz verstorbenen Hubschrauberbesatzung

Bild: action press

Frei gedacht



Das ZDF und seine kruden Philosophen

Von Eva Herman

Eine düstere Stunde politisch korrekter Ver(w)irrungstechnik hat sich kürzlich das ZDF geleistet mit der Sendung des stets smart daherkommenden Philosophen Richard David Precht, der ein ziemlich krudes Interview führte mit dem Physiker Harald Lesch. Das Thema: „Verschwörungstheorien". Im Ankündigungstext hieß es: „Die erste Mondlandung hat nie stattgefunden, Nine-Eleven war das Werk der CIA und Kondensstreifen vergiften uns. Verschwörungstheorien haben Hochkonjunktur."

Es gehört zu den Zeichen heutiger verstörender Zeit, dass sich grundverschiedene Weltbilder im öffentlichen Raum geradezu feindlich gegenüber stehen (was in dieser Sendung mitnichten geschah): das politisch korrekte Medienkartell und die von ihm gehassten angeblichen Verschwörungstheoretiker. Letztere werden seit einiger Zeit argwöhnisch von der Gegenseite beäugt. Warum? Weil diese Szene seit Jahren wächst, sie erhält zunehmend Macht, wird durch das Internet zu einer echten Gefahr für die standardisierten Alltagslemminge. Letztere werden von der Bevölkerung mehr und mehr abgelehnt, man erkennt es an der Unzufriedenheit der Menschen, die mit dem politisch korrekten Establishment immer weniger übereinstimmen. Der Ärger des Medienkartells darüber ist inzwischen derart groß geworden, dass man Hunderte neuer Arbeitsplätze schuf, just zur engeren Kontrolle und Überwachung der Querdenker; ebenso wurden neue Gesetze erdacht gegen Fake News und Hate Speech. Oder man produziert eben solche Sendungen wie die hier genannte im ZDF, um die gewünschte Massenmeinung gegen die bösen Verschwörer herzustellen.

Der ZDF-Moderator Precht will clever wirken, doch ist eine latente geistige Abwesenheit spürbar. Bei seinem Gesprächspartner Lesch spürt man eine gewisse Hilflosigkeit, wenngleich dieser, oft eilfertig nickend, versucht, Haltung zu wahren und tapfer das verinnerlichte ZDF-Schild in die Luft zu recken, frei nach dem Motto: Gewiss, gewiss, ich bin und bleibe politisch korrekt. Beide scheinen in der Sache völlig einig, sie bestätigen sich dauernd gegenseitig, stimmen sich freundschaftlich zu. Und immer wieder triefend vor Selbstüberschätzung machen sie dem erstaunten Zuschauer klar, dass die Zwei wohl die richtige Lebensentscheidung getroffen haben müssen, indem sie, für jedermann sichtbar, auf der richtigen Seite des Gerichtssaals sitzen, nämlich dort, wo die Macht ist und das Urteil gesprochen wird: Verschwörer sind inakzeptabel! In diesen durch Gebühren finanzierten Fernsehstudios sitzt es sich erfahrungsgemäß in der Tat ruhig und warm, die von den Zuschauern hochbezahlte Zeit widmet man hier vornehmlich der eigenen Eitelkeit.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind" gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht" hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Da stochern sie herum und tun das Gleiche wie ihre ins Visier genommenen Kontrahenten: Sie vermischen die Themen, stempeln auf unzulässige Weise pauschal alle Andersdenkenden ab. Wer sich um Chemtrails (giftige Kondenzstreifen) sorge, glaube auch, die Erde sei eine Scheibe. Wie auf einem anderen Planeten hocken sie da und plaudern arglos über eine angebliche Welt ohne Gott. Niemand da, der die Welt je erschaffen? Ihre armselige Meinung: nein. Die Wahrheit gebe es gar nicht, nur die Suche danach, da sind die politisch korrekten Herren sich einig. Wie Zwerge auf Stelzen wirken sie. Genüsslich zitiert man den angeblichen Verschwörungswahn, dass die Amerikaner nicht auf dem Mond gewesen seien, dass Chemtrails die Menschen vergifteten und dass der 11. September 2001 sich anders zugetragen habe als offiziell besiegelt. Bei der Ermordung John F. Kennedys wird interessanterweise eine Ausnahme gemacht, Lesch zieht hier durchaus in Betracht, dass hinter dem Mord noch andere Täter gesteckt haben mochten. Wie das denn jetzt? Alles in allem jedoch ist der Wissenschaftler Lesch überraschend unkritisch. Sowohl er als auch der Moderator können es beispielsweise kaum glauben, dass Großkonzerne zu bestimmten Zwecken Studien mit zielorientiertem Ergebnis in Auftrag geben. Ach was, Herr Klimaforscher Lesch, tatsächlich nicht?

Bei den beiden müht sich der Verstand, das rein materielle Denken. Von Intuition, von wahrem Geisteswissen oder tiefer Lebensweisheit keine Spur. Man versucht sich zwar ungelenk an René Descartes und Baruch de Spinoza, und dringt doch nicht zum wahren Kern des Menschseins vor, das sich ohne einen seelischen, innerpersönlichen Abgleich niemals denken lässt.

Zwar wird im Einleitungstext der ZDF-Sendung gefragt: „Braucht der Mensch trotz Aufklärung und dem hohen Stellenwert der Vernunft irgendein emotionales, wenn nicht gar irrationales Gegengewicht?" Doch eine schlüssige Antwort kann von Leuten dieser Klasse nicht gefunden werden. Der Moderator versucht sich an einer Beschreibung des gebräuchlichen Verschwörungstheoretikers: „Man kann der Öffentlichkeit nicht trauen, man kann den Medien nicht trauen, man kann Regierungen nicht trauen, die Macht der Geheimdienste ist so groß – man kann nur dem eigenen Bauchgefühl trauen." Und da käme man ja auf ganz viele Verschwörungstheorien, „denn die sind ja nur deswegen plausibel, weil die ja viele Menschen auch bei ihrem Bauchgefühl abholen". Und so ergehen sich die selbstzufriedenen Männer dann in der abfälligen Erkenntnis, dass die Verschwörungstheoretiker mit ihrem Bauchgefühl wohl auf dem Holzweg seien. Offenbar haben die Zwei wirklich jeden wesentlichen Lebensbezug verloren.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Denn hier liegt tatsächlich der allergrößte Fehler, nicht nur diese Diskussion betreffend, sondern den derzeitigen Zustand unserer Welt in Gänze meinend. Zunehmend driften Gesellschaft, Politik und Arbeitswelt in maschinelle, mechanische, kalte Verstandesstrukturen ab. Der arbeitende Mensch als seelenlose Hülle, der die erforderlichen Bedürfnisse zu erfüllen hat, die das global gelenkte Kapitalsammelbekken vorgibt. Immer weniger Hyper-Reiche ordnen an, was immer mehr Verarmende zu leisten haben. Über die Seele, das Herz der Menschen, wird nicht mehr gesprochen: Man hat zu funktionieren, ist ein kleines Rädchen im Getriebe, das laufen muss. Man nennt so etwas auch Sklaverei.

Nein, platt wird über alles hinweg palavert, was wirklich Sinn machen könnte. Über den notwendigen inneren Halt der Menschen ist bei den beiden Experten nichts verlautbart worden. Wie auch? Der systembedingte politisch-medial gesteuerte Gesinnungskomplex, dem beide Herren gleichermaßen dienen, erlaubt keine innere Betrachtung, kein Bauchgefühl. Über die wachsende Befremdung des Menschen in dieser vorsätzlich kalt und brutal gesteuerten Welt wurde auch nicht geredet. Im Gegenteil, man konstatierte wie selbstverständlich, dass sich große Weltlenker, Konzernbosse und Industriegiganten regelmäßig träfen, um ihre durchaus „akzeptablen" Absprachen zu treffen. Dass diese Abstimmungen meist zu Lasten des kleinen Mannes gehen, wurde dabei nicht erörtert, lediglich, dass das Volk dahinter sofort eine Verschwörung wittere. Was ein Wunder.

Es hätte eine interessante Sendung werden können. Doch die Chance ist vertan. Beide ZDF-Darsteller arbeiteten auf demselben Niveau wie zahlreiche Verschwörungstheoretiker es tun, die tatsächlich oft reflexartig ein Komplott hinter jedem neuen Geschehen wittern. Verstand *und* Geist sind es, die den Menschen die Dinge richtig prüfen lassen und ihn damit erst zu einem vollwertigen Zeitgenossen machen.

Trier sieht rot

Moselstadt huldigt dem Sozialismus – Landesausstellung zu Karl Marx zeichnet ein recht einfarbiges Bild

Den 200. Geburtstag von Karl Marx konnte sich Trier nicht entgehen lassen. Der Geburtsort des Kapitalismuskritikers feiert diesen mit einer umfangreichen Landesausstellung. Von den Sünden, die in seinem Namen später unternommen wurden, wird er wohlweislich reingewaschen.

Die historische Person Karl Marx hat unter ideologischer Vereinnahmung und politischer Verdammung schwer zu leiden. Das soll nun anders werden, wie Beatrix Bouvier verspricht. Sie ist die wissenschaftliche Leiterin der Landesausstellung, die zum 200. Geburtstag von Marx am 5. Mai in seiner Heimatstadt Trier eröffnet wurde. Die Schau und der sie begleitende Katalog wollen ein neues Bild von Karl Marx zeichnen, das in das Zeitpanorama des 19. Jahrhunderts eingebettet ist.

Die erste kulturhistorische Ausstellung über Marx bietet rund 400 Gemälde, Grafiken und Objekte sowie persönliche Dokumente und Manuskripte des Philosophen und Universalgelehrten, Journalisten und politischen Aktivisten auf. Das Rheinische Landesmuseum zeichnet dessen intellektuellen und politischen Werdegang nach. Den setzt die Schau in Beziehung zu Industrialisierung, Demokratiebestrebungen, der Revolution von 1848/49, sozialen Missständen und der sich organisierenden Arbeiterbewegung. Das Stadtmuseum Simeonstift stellt hingegen den Menschen Marx, seine Familie, Lebensstationen und Weggefährten vor. Vertiefende Einblicke bietet auf fast 400 Seiten der reich bebilderte Katalog mit Beiträgen von 23 Wissenschaftlern.

Karl Marx wuchs mit seinen acht Geschwistern im damals preußischen Trier auf. Sein Vater Heinrich war Anwalt am Landgericht. Auf dessen Wunsch studierte er in Bonn und Berlin Jura sowie aus eigenem Interesse Philosophie. Präsentiert wird sein Doktordiplom. Überraschend bot ihm der preußische Staat eine Beamtenstelle an. Vermutlich auf Betreiben Ferdinand von Westphalens, damals Regierungspräsident im niederschlesischen Liegnitz und später preußischer Innenminister. Er war der Halbbruder von Jenny, mit der Marx von 1843 an verheiratet war.

Marx lehnte die Beamtenstelle ab und ging als Chefredakteur der „Rheinischen Zeitung“ nach Köln. Seine sozialkritischen Artikel erregten den Unwillen der preußischen Regierung. Sie verbot die Zeitung.

Das Ehepaar zog nach Paris, dann nach Brüssel, wo Marx seine preußische Staatsbürgerschaft aufgab und trotz späterer Anträge auf Wiedereinbürgerung nicht zurückerhielt. Mit Ausbruch der revolutionären Unruhen in Deutschland begab er sich 1848 nach Köln. Als führender Kopf der „Neuen Rheinischen Zeitung“ betrieb er eine Steuerverweigerungskampagne. Nach dem Zusammenbruch der Revolution wurde er 1849 aus Preußen ausgewiesen. Marx ließ sich in London nieder, wo er 1883 starb.

Da Marx mit seiner Gattin und den sieben Kindern, von denen nur drei Töchter das Erwachsenenalter erreichten, ein gutbürgerliches Leben führen wollte, plagten ihn ständig Geldsorgen. Über Wasser hielt ihn der wohlhabende Sohn eines Textilunternehmers: Friedrich Engels. Marx und Engels verband eine enge Freundschaft und Arbeitsgemeinschaft. Ausgestellt ist ein Entwurf zum Kommunistischen Manifest in der für Außenstehende unleserlichen Kritzelschrift von Marx. Er und Engels verfassten das 1848 veröffentlichte Manifest im Auftrag des Bundes der Kommunisten. Dessen Zweck war laut Statuten der „Sturz der Bourgeoisie, die Herrschaft des Proletariats, die Aufhebung der alten, auf Klassengegensätzen beruhenden bürgerlichen Gesellschaft und die Gründung einer neuen Gesellschaft ohne Privateigentum“.

Engels machte Marx auf das Wissenschaftsgebiet der politischen Ökonomie aufmerksam. In der Ausstellung legt der Trierer Historiker Lutz Raphael dar, warum sich Marx damit beschäftigte: Er wollte den Gang der Geschichte, insbesondere die Entwicklung und den Wandel von Gesellschaftsordnungen und Wirtschaftsformen nachvollziehen und deren Fortschreiten bis hin zur klassenlosen Gesellschaft prognostizieren. Sein Hauptwerk ist „Das Kapital“.



Wie ein Gespenst des Kommunismus scheint Marx in der Ausstellung im Stadtmuseum Trier umzugehen (l.). Oben: Die Erstausgabe von „Das Kapital“ mit handschriftlichen Vermerken des Autors von 1867

Bilder: Karl Marx Landesausstellung Trier; Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam

Nachfolgend zeichnet der Berliner Marx-Forscher Rolf Hecker den unvollendeten Weg des „Kapitals“ nach. Am Anfang der Bestrebungen von Marx stand das Studium der Fachliteratur. Diesbezüglich schrieb er 1851 an Engels: „Ich bin so weit, daß ich in 5 Wochen mit der ganzen ökonomischen Scheiße fertig bin.“ Da hatte er sich aber gründlich verkalkuliert. Die Studien und die eigenen Ausführungen zogen sich bis zum Lebensende hin – und blieben doch nur Fragment. Marx schrieb 1865 an Engels, „daß alles geschieht, um möglichst bald zu Ende zu kommen, denn das Zeug lastet auf mir wie ein Alp“.

Den ersten Band des „Kapitals“ legte er 1867 vor. Ausgestellt ist eine Erstausgabe mit handschriftlichen Korrekturen von Marx. Erst nach seinem Tod erschienen der zweite und dritte Band, die Engels auf der Grundlage der hinterlassenen Manuskripte erstellte.

Im Katalog schreibt der Düsseldorfer Ökonom Malte Faber über Marx: „Man fragt sich beim Lesen seiner Schriften: Sind sie das Werk eines Philosophen, eines Wissenschaftlers oder eines politischen Agitators? So wirkt das Werk an vielen Stellen überkomplex und dadurch schwer verständlich.“ Aber: „Nichtsdestotrotz ist seine Gesamtsicht von Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte und Philosophie unübertroffen.“

Faber wertet Marx als Kritiker des Kapitalismus, nicht aber als Theoretiker des Sozialismus. So habe Marx im Nachwort der zweiten Auflage des „Kapitals“ betont, keine Rezepte für die Garküche der Zukunft verschreiben zu wollen. *Veit-Mario Thiede*

Die Landesausstellung läuft vom 5. Mai bis 21. Oktober im Rheinischen Landesmuseum sowie im Stadtmuseum Simeonstift, jeweils geöffnet Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr. Kombiticket: 16 Euro. Der Katalog aus dem Theiss Verlag ist im Buchhandel für 39,95 Euro erhältlich. Internet: www.karl-marx-ausstellung.de

Reumütiger Frauenversteher

Roman Polanskis Leben ist selbst reif für den Oscar. Der polnischstämmige Regisseur wird von Kinofreunden gefeiert für solche großartigen Filme wie „Tanz der Vampire“, „Rosemaries Baby“ oder „Chinatown“. Und er wird von Sexismusgegnern gehasst, seit man ihm die Vergewaltigung einer Minderjährigen vorwirft. Die Anklage läuft in den USA seit 1977, aber erst jetzt hat man den 84-Jährigen infolge der Sexismus-Hysterie aus der Amerikanischen Filmakademie ausgeschlossen, welche die Film-Oscars verleiht.

Polanski hatte 2002 für das Holocaustdrama „Der Pianist“ einst selbst den Regie-Oscar erhalten. Sein neuer Film „Nach einer wahren Geschichte“, der jetzt in den Kinos läuft, ist zwar handwerklich solide, aber sicher kein Oscar-Kandidat. In dem nach einem Roman der französischen Bestsellerautorin Delphine de Vigan gedrehten Werk spielt Polanskis Frau Emmanuelle Seigner die unter Schreibhemmung leidende Autorin Delphine, der die rätselhafte Ghostwriterin Elle (Eva Green) zu Hilfe kommt. Bald stellt sich die Frage, ist Elle, die sogar die Identität von Delphine annimmt, real oder Einbildung.

Statt auf spannenden Psychothrill zu setzen, enträtselt Polanski das letztlich belanglose Geheimnis dieser beiden „elles“ („elle“ heißt im Französischen schlicht „sie“), als sanfter Frauenversteher, was man auch als sein Einknicken vor der „MeToo“-Kampagne werten mag. *H. Tews*



Bild: Carole Bethuel/Studiocanal

Wer ist „sie“? Elle (Eva Green) gibt Rätsel auf

Parallele Spuren

Mal-Theorie und Mal-Praxis – Ferdinand Hodlers Kunstästhetik

Bereits zu Lebzeiten zählte Ferdinand Hodler zu den bekanntesten Malern der Schweiz. Als er mit 65 Jahren am 19. Mai 1918 in seiner Wohnung am Quai de Mont-Blanc in Genf starb, war aus dem armen Berner Jungen ein dreifacher Millionär geworden. Bis heute erzielen Hodler-Bilder Spitzenpreise und gelten als sichere Wertanlange. 2007 etwa wechselte das Gemälde „Der Genfersee von Saint-Prex aus“ bei Sotheby's in Zürich für einen Rekordpreis von 10,9 Millionen Franken den Besitzer.

Anlässlich seines 100. Todestags zeigen das Museum Rath in Genf bis 19. August und im Anschluss das Kunstmuseum Bern vom 14. September bis 13. Januar 2019 eine Wanderausstellung, die sich auf Hodlers „Theorie des Parallelismus“ konzentriert und das Schaffen des Malers anhand von über 100 Werken aus diesem ungewohnten Blickwinkel heraus neu interpretiert.

Die Sehnsucht nach Ordnung mag Hodlers Biografie erklären. Armut und Elend, Krankheit und Tod waren seine Begleiter von Kindheit an. Früh verlor er den Vater, später die Mutter und alle neun Geschwister und Stiefgeschwister, allesamt an Tuberkulose. Die Mutter sei, so heißt es, tot auf einem Stück Armenland der Allmend von Thun bei Bern zusammengebrochen und von den entsetzten Kindern auf einem Holzkarren nach Hause gefahren worden.

Einzig Ferdinand erwies sich als robust. Mit 15 Jahren ging er in die Lehre eines Dekorations- und Vedutenmalers in Thun und lernte, die Schweizer Bergwelt auf Postkarten zu bannen. Mit 18 Jahren begab er sich nach Genf, schlug sich als Maler von Firmenschildern und Dekorationen

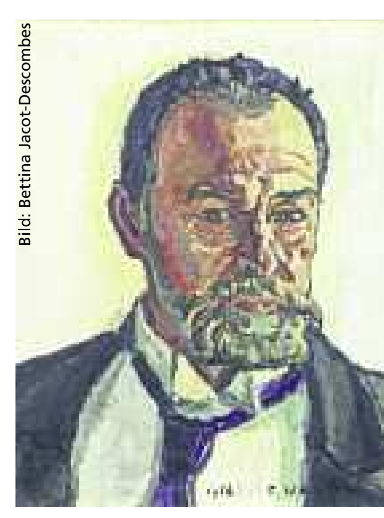


Bild: Bettina Jacot-Descombes

Hodler-Selbstporträt von 1916

durch, lernte mühsam Französisch, kopierte im Museum Rath Landschaftsbilder, wurde von Barthélemy Menn entdeckt, fand in dem bedeutenden Genfer Maler seinen Lehrer und Förderer, ging sechs Jahre auf die Kunsthochschule und machte Karriere.

In einem Interview für die „Wiener Feuilletons- und Notizen-Correspondenz“ sagt er 1904: „Ich liebe die Klarheit in einem Gemälde und darum liebe ich den Parallelismus. .... Als ich zu malen anfing, wandte ich mich dem Impressionismus zu. Langsam aber, durch Studium und Beobachtung, geriet ich in mein jetziges Fahrwasser: klare Formen, einfachste Darstellung, Wiederholung des Motivs.“

Seit den späten 1890er Jahren infiltriert Hodlers Theorie des naturgegebenen Parallelismus sein gesamtes Œuvre: „Entweder ist der Parallelismus, wie ich ihn erkannt, umschrieben und angewandt habe, ein Weltgesetz von allgemeiner Gültigkeit und dann ist mein Werk von universeller Bedeutung; oder aber ich habe mich geirrt und in diesem Fall ist mein Schaffen lauter Selbsttäuschung und Trug.“

Die Ausstellung „Hodler//Parallelismus“, die bisher umfangreichste zu diesem Thema, beleuchtet Hodlers Theorie formal und inhaltlich von allen Seiten, bis hin zur Parallelität der Empfindungen. *Helga Schnehagen*

„Hodler//Parellelismus“, Musée Rath, Place Neuve, CH-1204 Genf, geöffnet Dienstag bis Sonntag 11 bis 18 Uhr; Eintritt 15/10 CHF, frei bis 18 Jahre und am ersten Sonntag des Monats. Katalog: „Hodler//Parallelismus“, Scheidegger & Spiess Verlag, 192 Seiten, 150 farbige Abbildungen, Ausgabe auf Deutsch, 49 CHF.

Total »fontastisch«

Fontane-Jahr 2019 wirft Schatten voraus

Auf das Marx-Jahr folgt 2019 das Fontane-Jahr. Der Autor von „Effi Briest“, den „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ und des „Birnbaum“-Gedichts („Herr von Ribbeck auf Ribbeck im Havelland / Ein Birnbaum in seinem Garten stand“) kam am 30. Dezember 1819 in Neuruppin zur Welt. Doch noch ehe am 30. März 2019 das Fontanejahr 2019 offiziell in der Neuruppiner Kulturkirche und mit der Leitausstellung „fontane.200/Autor“ im Museum von Neuruppin eröffnet wird, wirft der 200. Jahrestag seine Schatten schon in diesem Jahr voraus.

Vom 19. bis 20. Mai kündigen die diesjährigen Fontane-Festspiele in Neuruppin unter dem wortspielreichen Motto „Absolut fontastisch“ die Vielfalt des kommenden Fontanejahres an. Zum Programm gehören Jürgen Kuttners Uraufführung der Fontane-Video-Schnipsel-Show, Frank Matthus' Vorschau auf sein opulentes Theaterprojekt 2019, das „Fontane-Lyrik-Projekt No. 5“ sowie das Europäische Festival der Reiseliteratur „Neben der Spur“.

Eine weitere Aussicht auf das Jubiläumsjahr geben erste Wanderungen auf Fontanes Spuren im Spreewald und in Paretz im Herbst dieses Jahres. Das Spreewald-Museum in Lübbenau stellt vom 10. November bis 24. März 2019 in einer Ausstellung den Berliner Maler und Grafiker Manfred Pietsch als Chronisten der Mark Brandenburg vor. Zur Weihnachtszeit erfahren die Besucher des Schlosses Lübben bei einer Lesung alles über „Weihnachten im Hause Fontane“ (4. Dezember). Und das Schloss Paretz begleitet am 30. Dezember mit einer musikalischen Lesung den 199. Geburtstag des Autors und folgt ihm nach Schottland.

Die Festivitäten in Fontanes Geburtsstadt Neuruppin bilden 2019 unter dem Titel „fontane.200“ den zentralen Ausgangspunkt weiterer Aktivitäten im ganzen Land. Das Kulturland Brandenburg präsentiert 2019 das Themenjahr mit rund 40 Partnerprojekten, die unter dem Titel „fontane.200/Spuren“ gebündelt sind. Im gesamten Bundesland finden Ausstellungen, Konzerte, Lesungen, Theater, Tanz, Film und zeitgenössische Kunst sowie kulturtouristische Angebote statt.

Höhepunkte sind dabei jeweils in Potsdam die Ausstellung „fontane.200/Brandenburg – Bilder und Geschichten“ des Hauses der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte sowie ein wissenschaftlicher Kongress zum Thema „Fontanes Medien 1819–2019“ vom 13. bis 16. Juni. *H. Tews*

Das ausführliche Programm im laufenden und im Fontanejahr befinden sich auf den Webseiten www.fontane-200.de sowie auch www.fontane-festspiele.com

MELDUNGEN

Barockwunder im Mittelpunkt

Neuzelle – Das südlich von Eisenhüttenstadt in der Niederlausitz gelegene Kloster Neuzelle ist Schauplatz des Themenjahres Kulturland Brandenburg 2018 „wir erben. Europa in Brandenburg – Brandenburg in Europa“. Dazu finden dort vom 19. Mai bis 16. September im klösterlichen Museum Himmlisches Theater die Ausstellung „theatrum sacrum“ und vom 19. Mai bis 10. Juni in der Orangerie im Klostergarten die Ausstellung „Der junge Blick auf Altes – Schlösser und Herrenhäuser in Polen und Deutschland“ statt. Das als Barockwunder bezeichnete Kloster Neuzelle feiert aktuell sein 750. Jubiläum. www.kulturland-brandenburg.de *tws*

Ein Rossini in Salzburg

Salzburg – Der 150. Todestag Gioachino Rossinis steht im Fokus der vom 18. bis 21. Mai laufenden Pfingstfestspiele. In dessen Oper „Die Italienerin in Algier“ singt Festspielleiterin Cecilia Bartoli die Isabella. Als weitere Opernaufführung steht Jacques Offenbachs „La Périchole“ auf dem Programm, das auch Orchester- und Solokonzerte sowie eine geistliche Matinee umfasst. Internet: www. salzburgerfestspiele.at *tws*

»Das Ding muss weg«

Ulbrichts »Turmrede« führte zur Zerstörung von 60 Gotteshäusern, auch Leipzigs Paulinerkirche

Wie durch ein Wunder blieb die mittelalterliche Paulinerkirche beim Bombenangriff auf Leipzig 1943 unversehrt. Das DDR-Regime ließ das ihm verhasste Gotteshaus jedoch am 30. Mai vor 50 Jahren sprengen.

Die Rede, die Walter Ulbricht am 7. Mai 1953 in Stalinstadt, dem heutigen Eisenhüttenstadt, hielt, hörten die Leitungen der Kirchen in der Ostzone mit Entsetzen. Der Staatsratsvorsitzende sagte über den geplanten Wiederaufbau Ost-Berlins und der Bezirksstädte: „Ja, wir werden Türme haben, zum Beispiel einen Turm fürs Rathaus, einen Turm fürs Kulturhaus, andere Türme können wir in der sozialistischen Stadt nicht gebrauchen.“

Die sogenannte Turmrede kündigte das Ende jahrhundertealter Gotteshäuser an, die den Krieg überstanden hatten und nur beschädigt worden oder gar intakt geblieben waren. Von 1947 bis 1987 ließ das SED-Komitee etwa 60 sakrale Bauwerke vernichten. Als Ulbricht 1960 seine Vaterstadt besuchte, um die Oper einzuweihen, fiel sein Blick auf die 1240 geweihte Paulinerkirche. Turm und gotische Spitzgiebel ragten neben den Trümmern der Universität empor. „Das Ding muss weg“, ordnete Ulbricht an und fügte hinzu, dass er keine Kirche sehen wolle, wenn er aus der Oper komme. Sein Begleiter, der Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig, Paul Fröhlich, stimmte seinem Chef eilfertig zu.

Beide mussten den Anblick der Paulinerkirche noch acht Jahre lang ertragen. Die Planung für den Wiederaufbau des Leipziger Zentrums und des Campus am Augustusplatz, nun wie die Universität nach Karl Marx benannt, zogen sich hin. Architektenbüros reichten fünf Entwürfe ein. Bei einem blieb die Paulinerkirche erhalten. Wie zu erwarten, entschied sich das Politbüro Anfang Mai 1968 für ihre Sprengung.

Leipzig sollte eine sozialistische Vorzeigestadt werden. Euphorisch berichtete Paul Fröhlich in der SED-Zentrale von dem Berliner Beschluss. „Genossen, das Politbüro hat die Vorlagen der Bezirksleitung über den Aufbau des Zentrums der Stadt Leipzig bestätigt. Das bedeutet aber, dass die gesamte Altbausubstanz, also auch die Kirche, aus raum- und städtebaulichen Erwägungen keinen Platz mehr haben wird ... Nun, die Stadtverordneten werden morgen beschließen, dann wird das durchgeführt. So etwas ist einmalig, Genossen, städtebaulich, architektonisch, künstlerisch.“

Am 23. Mai 1968 stimmte die Leipziger Stadtverordnetenversammlung dem Bebauungsplan samt Kirchensprengung zu. Über die Rede des damaligen Oberbürgermeisters Walter Kresse schrieb die „Leipziger Volkszeitung“ am Tag darauf: „Er entwirft ein imponierendes Bild der Entwicklung unserer Stadt in den nächsten Jahren ... In diesem Zusammenhang stellt er fest, dass die Abgeordneten in ihrer Entscheidung darüber absolut souverän sind. Der Redner wendet sich energisch gegen Versuche einzelner Kirchenvertreter, Sachentscheidungen zu politischen Entscheidungen ummünzen zu wollen ... Nachdrücklich erklärt der Oberbürgermeister, dass solchen Machenschaften alle Mittel der Gesetzlichkeit entgegengestellt werden.“

Gerüchte über die geplante Sprengung machten bereits seit Mitte der 60er Jahre die Runde. Proteste der Kirchengemeinden blieben ohne Erfolg. Echte Diskussionen in der Bevölkerung wurden unterdrückt. Die Mehrheit der Leipziger empörte das Schicksal ihrer Kirche, in der Johann Sebastian Bach musiziert und Martin Luther gepredigt hatte. Die Paulinerkirche, auch St. Pauli genannt, gehörte bis zur Reformation zum Konvent der Dominikaner. 1545 ging sie im Zuge der Säkularisierung in den Besitz der Universität über. Offenen Widerstand gegen die Sprengung gab es von Studenten der Theologischen Fakultät. Bei einer Kundgebung wurden die jungen Leute von Polizisten verjagt, einige wurden festgenommen.



Sprengung der Paulinerkirche in Leipzig am 30. Mai 1968: Standbilder aus einem Dokumentarfilm über den „Neubau“ der Universität Bild: pa

Die Sache musste nun schnell über die Bühne gehen. Es blieben nur zwei Tage, um wertvolles Inventar herauszuschaffen. Dabei kam es zu skandalösen Vorfällen. Bodenplatten über der dreistöckigen Gruft wurden herausgerissen und Gräber geplündert. Die Auswahl der zu rettenden Epitaphien überließ man Handwerkern. Trotz des Chaos konnten noch rund 80 zum Teil mittelalterliche Kunstwerke gerettet werden, darunter der spätgotische Paulineraltar, Grabplatten, Holzfiguren aus dem 14. Jahrhundert und liturgische Gerätschaften.

Es war die zweite Sprengung eines sakralen Bauwerks innerhalb weniger Wochen. Als ob es auch in der Zerstörung von Gotteshäusern einen Jahresplan zu erfüllen galt, wurden die beschädigte Potsdamer Garnisonkirche und ihr intakter Turm ab dem 14. Mai in die Luft gejagt. Die Sprengung der Paulinerkirche erfolgte am 30. Mai um 9.58 Uhr. Als das Dynamit an den historischen Mauern angebracht wurde, läuteten alle Glokken der Stadt. Unter den tausenden Zuschauern waren der Schriftsteller Erich Loest und seine Frau. „Wir standen am Grassi-Museum und sahen, wie der Dachreiter einknickte und die Kirche in einer gewaltigen Staubwolke versank“, erinnerte sich der 2013 verstorbene Autor. „Wir wussten, das war eine Barbarei, und wir wussten, wir können nichts dagegen machen. Das ganze Leben ist weitergegangen ohne einen richtig großen Protest, darunter haben wir Leipziger 20 Jahre lang gelitten, dass wir uns das haben bieten lassen.“ Die Trümmer der Paulinerkirche wurden in der Etzoldschen Sandgrube in Leipzig-Probstheida entsorgt.

International publik wurde die Sprengung beim III. Bachwettbewerb fünf Wochen später. Von einer Automatik betrieben entrollte sich ein großes gelbes Plakat mit den Umrissen der Paulinerkirche in der voll besetzten Leipziger Kongresshalle. Darauf stand: „Wir fordern den Wiederaufbau.“ Einer der Urheber, ein junger Physiker, wurde denunziert und verhaftet.

Die Gebäude der Karl-Marx-Universität waren bald marode. Die Arbeiten für einen Neubau der Universität Leipzig begannen 2005. Was aus DDR-Zeiten blieb, ist ein denkmalgeschütztes Bronzerelief von Karl Marx. Es steht auf dem neuen Campus. Am 1. Advent vergangenen Jahres weihten die Leipziger das „Paulinum – Aula und Universitätskirche St. Pauli“ ein. Es enthält architektonische Elemente der gotischen Paulinerkirche.

Klaus J. Groth

Das Gesamt(kunst)werk des »roten Grafen« Kessler

Der Tausendsassa, Dandy, Kunstsammler, Mäzen, Schriftsteller, Publizist, Pazifist und Diplomat verkehrte mit fast jedem

„Rote Barone“ hatten die Deutschen gleich zwei: den Flieger roter Jagdmaschinen Manfred Albrecht Freiherr von Richthofen und den Physiker und Erfinder Manfred Baron von Ardenne, der nach dem Zweiten Weltkrieg, zumindest äußerlich, Affinitäten zum politischen System der Sowjetunion und später der DDR zeigte. Einen berühmten „roten Grafen“ hatten die Deutschen hingegen nur einen: Harry Graf Kessler.

Kessler war sicherlich politisch roter als andere Grafen seiner Zeit. In den Revolutionswirren nach der Abdankung des Kaisers unterstützte er die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, um dann schließlich doch der neu gegründeten linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei beizutreten. Ungeachtet dieser Parteimitgliedschaft ist es allerdings schwierig, auch nur zu einem Zeitpunkt in seinem Leben einen Mittelpunkt auszumachen.

Örtlich und bezüglich seiner Interessen war Kessler im besten Sinne umtriebig und vielseitig. Der Kunst gehörte seine Leidenschaft, als Mäzen, Sammler, Organisator und Förderer. Publizistisch betätigte er sich auf diesem Feld und im Bereich der Politik, ebenso als Reiseschriftsteller und Biograf. Mit der Diplomatie liebäugelte er immer wieder, hier sollte er auch zum Zuge kommen, jedoch nie in dem von ihm angestrebten Maße. Offenheit und Aufgeschlossenheit gegenüber dem Neuen, künstlerisch sowie gesellschaftlich, unterschied ihn von vielen seiner Zeit- und Standesgenossen. Angesichts der fast unüberschaubaren Vielzahl der Namen, welche sein über 57 Jahre akribisch geführtes Tagebuch nennt, bedarf es wohl einer gewissen Anstrengung, diejenigen Künstler, Politiker oder anderweitig bedeutenden Persönlichkeiten der Epoche auszumachen, mit denen Kessler nicht bekannt war.

Geboren wurde er am 23. Mai 1868 in Paris. Die Erhebung seines Vaters, eines deutschen Bankiers, in den erblichen Grafenstand erfolgte erst 1881. Dessen hinterlassenes Vermögen sicherte Kessler die Möglichkeit, sich nach seinen Vorstellungen zu betätigen. Die Mutter, ebenfalls künstlerisch ambitioniert, war anglo-irischer Herkunft. Dem nachmaligen Kaiser Wilhelm I. war sie eng verbunden, dies reichte bis hin zu Gerüchten, dass Kessler dessen unehelicher Sohn sei.

Die Schulausbildung erfolgte in Ascot und am Hamburger Johanneum. Das Studium in Bonn und Leipzig beendete er mit dem juristischen Staatsexamen. Genutzt hat er diese Zeit aber auch zur Vertiefung seiner umfangreichen kulturellen Neigungen. Eine Weltreise folgte, dann der Militärdienst.



Bild: https://strangeflowers.wordpress.com/2016/05/23/flaneur-through-modernity/#jp-carousel-23422/CF

Harry Graf Kessler

Die klassische Diplomatenkarriere blieb Kessler verschlossen. Die nun verfolgten künstlerischen und mäzenatischen Interessen als „Ersatz“ zu bezeichnen, würde seinem Wesen nicht gerecht werden. Er wirkte an der – auch materiell – aufwendigen Zeitschrift „Pan“ mit. In Weimar leitete er nach der Jahrhundertwende für einige Jahre das Großherzogliche Kunstmuseum und beeinflusste die Entwicklungen weit über die von ihm initiierte Ausstellungen hinaus.

Einfluss nahm er beispielsweise auch auf das Theater. Nicht nur an der Spitze des „Deutschen Künstlerbundes“, den er selbst mitinitiiert hatte, verhalf er modernen Strömungen zum Durchbruch. Die „Cranach-Presse“, ein von ihm begründeter Verlag, hatte sich dem bibliophilen Buch als Einheit von Inhalt, Gestaltung und Material verschrieben.

Vor allem aufgrund seiner vielfältigen internationalen Verbindungen wurde Kessler während des Ersten Weltkriegs dann doch zu diplomatischen Sondierungen eingesetzt. Nach Kriegsende fungierte er kurzzeitig als deutscher Vertreter in Polen. Zum Republikaner gewandelt und nun auch der pazifistischen Bewegung nahestehend, war er später wiederholt im Auftrag des Auswärtigen Amtes tätig, um am Abbau der Haupthypothek des neuen Staates, den Reparationsansprüchen des Versailler Vertrages, mitzuwirken. Einen Gegenentwurf zum Völkerbund lieferte Kessler. Nach seinen Vorstellungen wäre es zukunftsweisender gewesen, verschiedene Interessen übernational zu bündeln und entsprechende Institutionen zu bilden.

Kessler wurde zwar gehört, seine politischen Ideen und Initiativen blieben jedoch weitgehend folgenlos. Resigniert und auch gesundheitlich angeschlagen zog er sich in der zweiten Hälfte der 20er Jahre aus diesem Bereich zurück. 1933 verließ er Deutschland, bereits zuvor hatte sich seine materielle Lage erheblich verschlechtert. Am 30. November 1937 ist er in Lyon, im Land seiner Geburt, gestorben.

Gekannt hat er sie alle: Henry van de Velde konnte sein gestalterisches Wirken auch dank Kessler und nicht zuletzt dessen finanzieller Unterstützung entfalten. Josephine Baker hat in Kesslers Wohnung getanzt, auch wenn er weiblichen Reizen eher weniger zugänglich war. Maßgeblicher Mäzen war Kessler für den Maler und Bildhauer Aristide Maillol.

Mit Hugo von Hofmannsthal arbeitete Kessler am Libretto für den „Rosenkavalier“, Hofmannstahl konnte sich allerdings nicht dazu durchringen, ihn als Co-Autor zu nennen. 1919 wollte Kessler Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau zum Staatsstreich bewegen. Die Bismarck-Bewunderin Hildegard von Spitzemberg mokierte sich 1900 über seine Berliner Wohnung und die dort präsentierte freizügige Kunst. Über den 1922 ermordeten Außenminister Walther Rathenau schrieb er eine Biografie, in die persönliche Erinnerungen einflossen und die noch heute Beachtung verdient. Obwohl literarisch sehr verschieden, so vereint den Naturalisten Gerhart Hauptmann, den zeitweise den Symbolisten nahestehenden André Gide und den Expressionisten und späteren DDR-Kulturfunktionär Johannes R. Becher doch die Verbindung mit Kessler. Edvard Munch porträtierte ihn mehrfach. Mit Elisabeth Förster-Nietzsche, der alleinigen Nachlassverwalterin ihres Bruders Friedrich Nietzsche, bemühte er sich um die Pflege des Andenkens des großen Philosophen, auch wenn weitreichende Denkmalspläne letztlich scheiterten.

Zurück zu den „roten“ Adeligen: Richthofen war Soldat, Ardenne Naturwissenschaftler. Und wofür steht Kessler? Hier wäre weit auszuholen. Abgeschlossene Projekte stehen neben temporären und gescheiterten, seine Visionen hielten nicht immer Schritt mit seinen Möglichkeiten. In erster Linie ist sein Wirken wohl durch seine vermittelnden Verdienste charakterisiert. Kessler selbst fühlte sich immer wieder von dem Gedanken getrieben, etwas „Eigenes“ zu schaffen. Gelungen ist ihm dies am ehesten mit seinem Leben als Gesamt(kunst)werk.

Erik Lommatzsch

Ein Fenstersturz löst ein Massensterben aus

Dem Prager Gewaltakt mit dem Dreißigjährigen Krieg eine der größten Katastrophen der deutschen Geschichte

Bereits 1419 und 1483 hatten böhmische Rebellen Vertreter des Katholizismus aus dem Fenster des Prager Rathauses geworfen. Im erstgenannten Falle folgten die Hussitenkriege. Ungleich folgenschwerer geriet der Prager Fenstersturz, der sich am 23. Mai zum 400. Mal jährt. Er führte zur Entfesselung des Dreißigjährigen Krieges, der Europa von Grund auf veränderte und einen Tiefpunkt in der deutschen Geschichte darstellt.

Durch die im 16. Jahrhundert in Gang gekommene Reformation hatten sich auch in Böhmen zwei Lager gebildet. Auf der einen Seite standen die protestantischen Böhmischen Brüder, welche die Mehrheit im Lande bildeten, auf der anderen Seite die römisch-katholische Kirche und deren relativ kleine Anhängerschar.

Diese genoss aber die Unterstützung der Habsburger in Wien, deren Statthalter ab 1526 das Sagen in Böhmen hatten. Hieraus resultierten vielfältige Konflikte – bis es ab 1609 zu einer Verbesserung der Situation kam, weil Kaiser Rudolf II., der auch König von Böhmen war, den protestantischen Ständen im „Majestätsbrief" Religionsfreiheit zusicherte.

Allerdings währte die Ruhe nur kurz, denn Rudolf verlor 1611 die böhmische Krone und starb im darauffolgenden Jahr. Anschließend betrieb Rudolfs Bruder Matthias, der 1611 den böhmischen und 1612 den römisch-deutschen Thron bestieg, mit seinem Neffen Ferdinand, der 1617 König von Böhmen wurde, eine rigide Rekatholisierung. Ausdruck derselben war unter anderem die Entlassung von Protestanten aus königlichen Ämtern sowie die Schließung beziehungsweise der Abriss der evangelischen Kirchen in Braunau und Klostergrab.

Das veranlasste den nichtkatholischen Adel Böhmens im März 1618 zu einem Protestschreiben an den Kaiser, in dem zugleich mit der Einberufung einer Ständeversammlung gedroht wurde. Als der Kaiser hierauf barsch antwortete, er werde jeden Organisator einer derartigen Zusammenkunft vor Gericht stellen lassen, eskalierte der Streit. Unter der Führung von Heinrich Matthias von Thurn kamen am 21. Mai 1618 um die 200 böhmische Adlige im Prager Karolinum zusammen und beschlossen dort eine Strafaktion gegen die beiden Statthalter der Habsburger. Jaroslav Borsita Graf von Martinic sowie Wilhelm Slavata von Chlum und Koschumberg hatten sich den besonderen Hass der Böhmischen Brüder zugezogen, weil sie einerseits als die eigentlichen Verfasser des provozierenden kaiserlichen Schreibens galten und anderseits für ihr intolerantes Vorgehen gegen Protestanten berüchtigt waren. Man sagte ihnen beispielsweise nach, sie ließen Menschen mit Hunden in die katholischen Kirchen hetzen, wo die Priester den Bedrängten mit Gewalt Hostien in die Münder stopften.

Also zog zwei Tage später, am 23. Mai 1618, eine wütende Menge auf die Prager Burg hinauf – an deren Spitze Thurn sowie Albrecht Jan Smirický von Smirice, Graf Joachim Andreas von Schlick, Wenzel Wilhelm von Roupov, Graf Wilhelm Kinsky von Wchinitz und Tettau, Leonhard Colonna von Fels sowie Wilhelm Popel von Lobkowitz. Was dann geschah, wird in den verschiedenen zeitgenössischen Quellen unterschiedlich geschildert. Wahrscheinlich liefen die Ereignisse folgendermaßen ab: Nachdem die aufgebrachten Protestanten in den großen Sitzungssaal der böhmischen Hofkanzlei eingedrungen waren, improvisierten sie einen Schauprozess gegen die beiden dort angetroffenen königlichen Statthalter, wobei Thurn den eher besonnen vorgehenden Ankläger spielte, während die anderen Adligen – vermutlich aufgepeitscht durch Roupov – immer drängender forderten: „Wozu die Umstände? Man werfe sie nach altböhmischem guten Brauch zum Fenster hinaus!"

Und genau so passierte es auch: Obwohl die „Verurteilten" um ihr Leben flehten, wurden sie ohne viel Federlesens aus einem etwa 17 Meter über dem Burggraben liegenden Fenster gestürzt. Dabei müssen sich hässliche Szenen abgespielt haben. Martinic erfuhr nur kaltherzigen Spott, als er im Angesicht des Todes nach einen Beichtvater rief, und Slavata zerschlugen die böhmischen Adligen sämtliche Finger der Hand, mit der er sich in höchster Not am Fenstersims festkrallte. Außerdem warfen die zuletzt offenbar völlig enthemmten Angreifer auch noch den unbeteiligten königlichen Kanzleisekretär Philipp Platter alias Fabricius in die Tiefe.



Der Prager Fenstersturz: Kolorierter Stich nach Matthäus Merian (1593–1650)

Bild: pa

Wie durch ein Wunder überlebten alle Defenestrierten die Tat. Der protestantischen Legende nach milderte ein Misthaufen ihren Sturz, während die Katholiken auf das Eingreifen der Jungfrau Maria verwiesen. Tatsächlich nahmen aber wohl die dicken Mäntel der Betroffenen viel von der Fallenergie auf. Darüber hinaus war die Wand unter den Fenstern leicht angeschrägt, sodass die Drei eher in die Tiefe rutschten als frei hinabfielen.

Am Tage nach dem Gewaltexzess konstituierten die Verantwortlichen ein 30-köpfiges Direktorium, das unter dem Vorsitz von Roupov stand, und enthoben die bisherigen Regenten ihrer Macht. Außerdem formierten sie eine Armee, deren Kommando Thurn erhielt. Anschließend wurde damit begonnen, die Jesuiten aus Böhmen zu vertreiben und katholisches Eigentum zu beschlagnahmen. Und dann wählten die aufständischen Protestanten am 26. August 1619 schließlich auch noch den überzeugten deutschen Calvinisten Friedrich von der Pfalz zum neuen böhmischen König.

Die Wahl des sogenannten Winterkönigs sollte ihnen Verbündete unter den nichtkatholischen Mächten Europas bescheren. Trotzdem gerieten sie zunehmend in die Isolation. Die Konsequenz hieraus war eine vernichtende Niederlage gegen die Katholische Liga in der Schlacht am Weißen Berg bei Prag am 8. November 1620. Nach diesem Debakel floh Friedrich mit einem Teil des Direktoriums ins Ausland, während die Habsburger andere Führer des Aufstandes dingfest machen konnten. Dem folgte am 21. Juni 1621 deren groß inszenierte öffentliche Hinrichtung auf dem Altstädter Ring in Prag. An diesem Tag starb unter anderem der Rädelsführer des Fenstersturzes Schlick. Die Habsburger hatten die Rebellion niedergeschlagen.

In der „Verneuerten Landesordnung" wurde 1627 das Erbrecht der Habsburger auf den böhmischen Thron festgeschrieben. Anschließend zerschnitt der alte und neue böhmische König Ferdinand demonstrativ den „Majestätsbrief" seines Onkels und Vorvorgängers Rudolfs II. Damit standen die Protestanten in Böhmen nun deutlich schlechter da als vor dem Prager Fenstersturz.

Die Herrschaftsfrage in Böhmen schien damit vorerst zugunsten der Habsburger gelöst. Der durch den Prager Fenstersturz entfesselte Dreißigjährige Krieg war damit allerdings noch lange nicht zu Ende. Er verwüstete das Zentrum Europas und schwächte das Reich. Ausländische Mächte setzten sich in Deutschland fest, und an der Peripherie kam es zu Abspaltungen. Da die Habsburger seit 1438 die römisch-deutschen Könige und Kaiser stellten, bedeutete die Schwächung des Reiches auch ihre Schwächung.

Wolfgang Kaufmann

Deutsche Technologie für sowjetische Raketen

Die Russen nahmen vom A4-Projekt mit, was die US-Amerikaner ihnen übriggelassen hatten

Wie der Flugzeug- basierte auch der Raketenbau der Supermächte auf vorher im besiegten und besetzten Deutschland gemachter Kriegsbeute. So waren die V1 und die V2 Vorläufer der Raketen, mit denen die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten ihren Wettlauf um die Eroberung des Weltraums austrugen.

Bei der durch die Propaganda als V1 bekannt gewordenen sogenannten Vergeltungswaffe Fieseler Fi 103 handelte es sich um den weltweit ersten militärisch eingesetzten Marschflugkörper. Ende 1942 fand auf dem Luftwaffenerprobungsgelände in Peenemünde der erste Katapultstart der Flugbombe statt. Als der Krieg bereits entschieden war, begann der Einsatz Mitte 1944 mit Angriffen auf London.

Parallel dazu hatte eine große Mannschaft von Wissenschaftlern und Ingenieuren unter Wernher von Braun in Peenemünde ab 1939 an einer weltweit ersten funktionsfähigen Großrakete mit Flüssigkeitstriebwerken gearbeitet. Ihren Jungfernflug absolvierte die Rakete am 3. Oktober 1942. Die Aggregat 4 (A4) genannte und von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels als V2 bezeichnete Rakete durchstieß am 20. Juni 1944 zum ersten Mal die Grenzen des Weltraums und erreichte eine noch nie vorher erzielte Höhe von 174,6 Kilometern. Damit war die Orbitfähigkeit bewiesen. Dem Militär ging es aber vorrangig um eine zielgenaue Steuerung der A4, an der weiter gearbeitet wurde.

Raketenforschung und -bau wurden aufgrund der Luftangriffe und der Luftüberlegenheit der Alliierten von dem offenen Gelände in Peenemünde wegverlegt. Das Militär entschied sich für Bergwerkstollen und noch von Häftlingen zu bauende unterirdische Fertigungsstätten im thüringischen Bleicherode. Bis Kriegsende wurden von den Häftlingen des KZ Dora Mittelbau Nordhausen noch unglaubliche 5000 V2 gebaut. Brauns Mannschaft arbeitete weiter an der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung bis zur A9 und A10. Diese Arbeiten konnten bis zum Kriegsende nicht abgeschlossen werden, bildeten jedoch einen nicht unwichtigen Teil der Wissenschaftsbeute der Alliierten.

Den größten Nutzen brachte den US-Amerikanern, die 1945 noch vor den Sowjets in Thüringen eintrafen, die Beute von 100 kompletten A4. Auch die Fertigungseinrichtungen und unvollendeten Bauteile wurden umgehend in die USA verschifft. Ähnlich wichtig waren Braun und seine hochqualifizierte Wissenschafts- und Ingenieursmannschaft, die ebenfalls in die USA verschifft wurden. Sie entwickelten die US-Raketentechnik bis zum Trägersystem „Saturn", das den Flug zum Mond ermöglichte.

Der erst zwei Monate nach der US Army einrückenden Roten Armee blieben nur einzelne Aggregatteile und von den US-amerikanischen Verbündeten zurückgelassene Mitarbeiter Brauns, von denen einige immerhin noch Skizzenbücher hatten. Diese zweite Garnitur schaffte es mit deutscher Akribie, Zähigkeit, Wissen und Können, die A4 in den noch vorhandenen Zulieferbetrieben für Brennkammern, Triebwerken und Bodenausrüstung unter der Aufsicht von Sergei Koroljow neu zu erschaffen.

Anfang Juli 1945 war der damals erst 38-jährige Ukrainer, der nach dem Zweiten Weltkrieg zum Chefkonstrukteur des zunächst nur militärisch orientierten sowjetischen Raketenprogramms innerhalb des NII (Wissenschaftliches Forschungsinstitut) aufstieg, aus der UdSSR angereist, um die Deutschen zu kontrollieren. Josef Stalin war der Bau der A4 in der Nachbarschaft der westlichen Alliierten jedoch suspekt, und so ordnete er an, alles in die Sowjetunion zu transportieren. Im Oktober 1946 fuhr Koroljow deshalb mit einem eigenen Zug einschließlich Fertigungstechnik, fertiggestellter Raketen, Raketenteilen, Plänen, Konstruktionszeichnungen, Laborbüchern und vor allem der besten deutschen Köpfe des A4-Projekts, derer man habhaft geworden war, mit deren Familien in die UdSSR zurück. 1947 startete die erste der unter Koroljows Aufsicht in Thüringen gefertigten A4 vom Testgelände Kapustin Jar in den Himmel, 1948 die erste R-1, ein in sowjetischen Industrieanlagen produzierter Nachbau der A4. Von der R-1 bis zur „Sojus" basierte alles auf deutscher Technologie.

Auch die Raketentechnik der Volksrepublik China basiert auf deutscher Technologie

Als die Chinesen den Sowjets noch als Brudervolk galten, erhielten erstere von letzteren zwei R-1 und die Techniker dazu, um eigene Entwicklungen beginnen zu können. Das Ergebnis war die Trägerrakete „Langer Marsch". So basiert auch die chinesische Raketentechnik auf deutscher Technologie. Mit Recht wird folglich die deutsche A4 als Mutter aller (modernen) Raketen bezeichnet.

Das Land der unbegrenzten Möglichkeiten, in dem Milch und Honig zu fließen schienen, hatte gegenüber dem selbsternannten Paradies und Vaterland der Werktätigen den Vorteil, dass es auf die meisten Deutschen anziehender wirkte. Die US-Amerikaner hatten deshalb ungleich stärker die Möglichkeit, die ins eigene Land verbrachten Deutschen als Mitbürger zu integrieren, die freiwillig langfristig ihr Bestes für das Raketenprogramm ihrer neuen Heimat geben.

Wegen mangelnder Attraktivität konnte die Sowjetunion hingegen kaum auf eine freiwillige konstruktive Mitarbeit setzen und beschränkte sich deshalb eher darauf, das Wissen ihrer menschlichen Kriegsbeute mehr oder weniger mit Gewalt abzuschöpfen und sie dann nach Hause zu schicken, als sie vertrauensvoll in die eigene Raketenentwicklung zu integrieren. 1951 bis 1957 kehrte das Gros der deutschen Spezialisten aus der Sowjetunion nach Deutschland zurück. *Albrecht Willebrand/PAZ*



Aggregat 4 (A4)

Bild: CF

Foto: pa

Moment der Woche

Der Dank an das deutsche Volk

In der öffentlichen Debatte bleiben sie fast unsichtbar, stellen keine Forderungen, fallen kaum auf – und wenn, dann positiv: In Deutschland leben mehr als hunderttausend Vietnamesen oder Deutsche mit Wurzeln in dem südostasiatischen Land.

Ihre Geschichten sind sehr unterschiedlich. Da sind zum einen diejenigen, die als „Vertragsarbeiter“ aus dem kommunistischen Land in die damalige DDR kamen. Viele von ihnen blieben 1990 in Deutschland hängen, schlugen sich mit kleinen Geschäften durch, bis sich die meisten von ihnen mühsam nach oben gearbeitet hatten.

Andere wurden als sogenannte „Boat People“ Ende der 1970er Jahre von der Bundesrepublik aufgenommen. Am Hamburger Hafen errichteten diese Bootsflüchtlinge später ein Denkmal des Dankes an das deutsche Volk, das sie damals in seine Arme schloss. Derzeit ist dieses Denkmal wegen umfangreicher Bauarbeiten an der Promenade hinter den Landungsbrücken nicht zu sehen. *H.H.*

»Hinauf, Patrioten, zum Schloss!«

Wenn die Antifa Gülle spuckt: Impressionen vom »Neuen Hambacher Fest«

Es gibt Ereignisse, die eine magische Wirkung entfalten. Das „Neue Hambacher Fest“, das auf Initiative von Professor Max Otte stattfand, gehört dazu. Auf allen Bildern, die davon veröffentlicht wurden, ist das Besondere zu spüren. Etwas von dem Glücksgefühl, das auf dem Hambacher Schloss herrschte, überträgt sich auf den Betrachter.

Von diesem Fest geht ein Impuls aus. Ich kann sagen, ich bin dabei gewesen. Ich kann mich nicht erinnern, in den letzten Jahren so entspannte, frohe Gesichter gesehen zu haben, die mit der Sonne um die Wette strahlten. Selbst in bemüht kritischen Beiträgen musste eingeräumt werden, dass die frohe Stimmung der Teilnehmer ungetrübt die Atmosphäre prägte. Nichts von den Mühen und Widerständen, die während der Vorbereitung des Festes zahlreich auftraten, war am Tag zu spüren.

Lange keine so entspannten, fröhlichen Gesichter gesehen

Im Vorfeld wurde alles Mögliche unternommen, um das Vorhaben zu diskreditieren. Erst diskutierte man in den Medien, ob es nicht eine Möglichkeit gäbe, das Fest zu verbieten beziehungsweise die Zusage der Stiftung, das Schloss an diesem Tag für den Besucherverkehr zu sperren und den Festteilnehmern zur Verfügung zu stellen, rückgängig zu machen. Als sich das als unmöglich erwies, wurde in der Medienberichterstattung so lange hartnäckig darauf verwiesen, dass sich auf dem Hambacher Schloss „Rechte“ treffen wollten, aber immer noch keine Gegendemonstration geplant sei, bis diese endlich angemeldet wurde.

So stand am Vorabend eine „Mahnwache“ vor dem Rathaus in Neustadt. Aus vielleicht 50 Gesinnungswächtern wurden in der Berichterstattung 100, als die Truppe am nächsten Tag auf dem Parkplatz unterhalb des Schlosses stand, wurden aus den höchstens 50 bei „Focus online“ sogar 150. Wozu an Fakten kleben, wenn es um die Verteidigung der wahren Gesinnung geht? Die hauptsächlich aus Karlsruhe angereisten Antifanten wurden zur „Neustädter Jugend“ verklärt. Ihre geringe Anzahl resultierte daraus, dass in Kandel am selben Tag wieder eine „Kandel ist überall“-Demonstration stattfand.

Die arme Antifa ist in diesen Tagen schwer beschäftigt. Im ganzen Land sprießen Demonstrationen für die Wiederherstellung des Rechtsstaats wie Pilze nach einem warmen Regen aus dem Boden. Das überfordert allmählich. Eigentlich wäre eine kräftige Erschwernis-Zulage aus dem Finanztopf für den „Kampf gegen Rechts“ fällig.

Am Morgen hatten sich zahlreiche Festteilnehmer und mehrere Hundert Menschen, die keine der begehrten Einlasskarten mehr ergattern konnten, in Neustadt versammelt, um, wie beim historischen Ereignis 1832, gemeinsam zum Schloss zu ziehen. An der Spitze der Initiator Max Otte, der am Beginn das von Johann Siebenpfeiffer komponierte „Hinauf Patrioten, zum Schloss“ intoniert hatte. Dank starker Polizeipräsenz und geringer Antifa-Anzahl, gab es nur einen unschönen Zwischenfall.

Ein innovativer Kämpfer „gegen Rechts“ verteilte eine Ladung Gülle auf der Straße. Danach stand er mit einem Schlauch bereit, weil er Wasser auf die Gülle und damit auf die Wanderer spritzen wollte.

Allerdings traf er nur eine bedauernswerte Frau mit voller Ladung, da hatte ihm die Polizei schon das Handwerk gelegt. Was im Kopf eines solch hasszerfressenen Typen vor sich geht, möchte man gar nicht wissen. Allerdings muss man hinzufügen, dass die Redner der Mahnwache vom Vorabend, darunter auch ein Gewerkschaftsfunktionär und Grünen-Politiker, verbal tüchtig angeheizt hatten. Da kann sich ein schlichterer Geist schon mal befugt sehen, mit Gülle gegen die angeblichen Rassisten und Fremdenfeinde anzustinken.

Auf dem Weg zum Schloss hatte die Antifa etliche Parolen auf den Asphalt geschmiert und dabei vor allem dokumentiert, dass sie weder der Grammatik noch Rechtschreibung beherrscht. Außerdem zeigte sie, dass sie an Ausgrenzung, nicht am Dialog interessiert ist. „Europa ohne Euch“, stand an einer Stelle.

Wohin wollen sie uns verbannen? Nach Sibirien? Auf dem Parkplatz unterhalb des Hambacher Schlosses klang das Gegröle, mit dem die Antifa die Festbesucher empfing, ziemlich kläglich. Manche Marschteilnehmer wagten sich näher heran, um ein Foto fürs Familienalbum zu schießen. Zu Gesprächen kam es dabei kaum. Lange hielten es die „Aktivisten“ nicht aus. Sie zogen kurz nach der Eröffnung des Festes um 11 Uhr ab. Die weiße Farbe, mit der sie ihre Parolen auf den Asphalt der Zufahrtsstraße gesprüht haben, wird noch eine Weile zu sehen sein, bevor die Botschaften unter den Reifen der Autos und den Füßen zukünftiger Schlossbesucher zerrieben sind.

Auf dem Schloss konnten sich die Polizisten erholen. Für sie war der Einsatz eine verdiente Pause von ihrem sonst so anstrengenden Dienst. Auch die zahlreichen Rote-Kreuz- und Katastrophenhelfer, die laut Auflage anwesend sein mussten, konnten Sonnenbäder nehmen.

Alles Mögliche versucht, das Fest zu verhindern

Die Reden im Saal wurden auf eine Leinwand im Schlosshof übertragen. Sowohl drinnen als auch draußen lösten die Redner große Begeisterung aus. Otte hatte eine glückliche Hand bei der Auswahl, die Reden ergänzten sich so gut, dass sie eine Art Gesamtkunstwerk bildeten.

Der Tag klang mit einem gemeinsamen Singen aus. Mit dem Schlussakkord „Kein schöner Land in dieser Zeit“ wurde noch einmal klar:

Wir werden unser Land nicht kampflos seinen Verderbern überlassen. Das ist die Botschaft, die vom Neuen Hambacher Fest ausgeht und die ihre Wirkung breit entfaltet. *Vera Lengsfeld*

Das Geburtsfest der Kirche

Pfingsten mahnt die Christen, den Missionsbefehl des Heiligen Geistes wieder ernst zu nehmen

Das Pfingstfest ist weit in den Hintergrund getreten. Dabei birgt es für Christen Botschaften, die gerade heute aktueller und dringender denn je erscheinen.

Machen wir doch die Probe aufs Exempel: Was fällt den Menschen von heute beim Stichwort „Pfingsten“ ein? Da kommen selbst Christen leicht ins Stottern. Weihnachten, da erinnert man sich der Geburt Jesu, da sind die Kirchen voll. Ostern schon weniger. Und dann erst Pfingsten! Die Thematik dieses Hochfestes der Christenheit, die „Herabkunft des Heiligen Geistes“, betont zu sehr den Bereich des Himmlischen, des Transzedenten, ist deshalb vielen Zeitgenossen schwer zu vermitteln.

Es ist zwar das Geburtsfest der Kirche, ein Gemeinschaft stiftendes Ereignis, aber es ist fremd geworden. Ein Zeichen von Geistesvergessenheit in einer Zeit, die oftmals süchtig ist nach Spiritualität. Die Jünger, so die Bibel, wurden mit „Heiligem Geist“ erfüllt und begannen in fremden Sprachen zu reden.

Dieses Sprachenwunder gilt als Auftrag, die christliche Botschaft aller Welt zu verkünden: ein Missionsbefehl. Geist, das können auch die religiös weniger Musikalischen nachvollziehen, ist immer Aufbruch, Neuanfang, Wagnis, das Gegenteil von Pessimismus, Verdrossenheit, Kleinmut – Eigenschaften, die oftmals die befreiende Botschaft verdunkeln. Man kann es so sagen: Hätten die Apostel in Verzagtheit verharrt wie viele Christen heute, ja sogar Amtsträger ihrer Kirchen, das Christentum hätte sich nicht über den Erdball ausbreiten können.

Der Pfingstgeist will Trennungen überwinden, Kommunikation schaffen. Er ist, wie der Berliner evangelische Altbischof Wolfgang Huber sagt, das Gegenteil geistloser Uniformität. Dieser Geist holt die Menschen nicht dort ab, „wo sie stehen“, wie es – geistvergessen – modisch von manchen Kanzeln tönt. Er verspricht ihnen nicht Selbsterlösung wie die Esoterik, sondern stellt Forderungen. Er ist ein unbequemer Geist und bleibt ein Geheimnis.

Mischung von Religion und Politik ist ein Abweg

Man muss nicht lange grübeln, warum das Pfingstfest in der Wahrnehmung auch von Christen stark abgefallen ist. Kirche wird nicht immer als geisterfüllt, schon gar nicht als begeisternd erlebt. Der Vorsitzende der (evangelischen) Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis, der Hamburger Pastor Ulrich Rüß, beklagt die Entwicklung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hin zu einer „Zivilreligion“. Die Fragen nach Klima und sozialer Gerechtigkeit verdrängten die Themen von Glauben, Himmel, Heil und Christus. „Als wäre das Reich Jesu von dieser Welt.“

Der Theologe Karl Richard Ziegert, viele Jahre Beauftragter für Weltanschauungsfragen seiner pfälzischen Kirche, kritisierte den politischen Machtanspruch: „Die EKD-Elite sieht sich tatsächlich als die ‚moralische Avantgarde der Gesellschaft‘ und als politische Vorhut für die Verwirklichung einer ‚Vision der menschlichen Gesellschaft‘.“ Sie betrachte sich als „Wächterrat der deutschen Gesellschaft, der allen letztlich erklärt, was sie zu tun und zu lassen haben“. Die Vermischung von Religion und Politik widerspreche der Zwei-Reiche-Lehre Luthers.

Auch die Ausgrenzung als unliebsam empfundener Meinungen lässt sich nicht mit dem Pfingstgeist verbinden. Das hat sich noch nicht überall in den Kirchenkanzleien herumgesprochen. Geht es etwa um die AfD, geben sich Bischöfe, die bei jedem Anlass den „Dialog“ fordern, als Dialogverweigerer. Die EKD-Spitze hat aber keine Probleme, sich mit der Linkspartei zu treffen. Gelegentlich kommen selbst hohen Würdenträgern Worte des Zweifels an der richtigen Auslegung der christlichen Botschaft über die Lippen.



Herabkunft des Heiligen Geistes: Historische Darstellung des Pfingst-Ereignisses *Bild: CF*

So hat Kardinal Reinhard Marx, Erzbischof von München und Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, vor Jahren die Frage gestellt: „Kann es sein, dass ein Teil der Krise unseres kirchlichen Lebens auch darin besteht, dass unsere Rede von Gott manchmal zu verharmlosend, zu kitschig, zu banal, zu kleinkariert, zu sentimental, zu gedanklich anspruchslos war?“ Gute Frage, Eminenz! Ein klassisches Thema für kirchliche Selbstvergewisserung – gerade und vor allem zu Pfingsten. „Alle Jahre wieder hip billiger Trivialmoral“, schrieb der inzwischen emeritierte evangelische Theologieprofessor Friedrich Wilhelm Graf (München) in seinem Buch „Kirchendämmerung“. Weniger egoistisch solle der Mensch sein, friedfertiger und gütiger. „Das kann man auch in der ‚Zeit‘ lesen oder im Bundestag hören.“

Die Krise der Kirche gründe in der Schwäche ihrer Theologie. Die religiöse Rede solle auch Trost spenden, aufbauen. Doch davon, so Graf, sei in vielen Predigten nicht mehr die Rede. Stattdessen werde die Bewahrung der Schöpfung – eine „theologisch nur gedankenlose Formel aus dem politischen Betrieb“ – beschworen oder die Mülltrennung im Dreitonnensystem zum großen Thema stilisiert.

Protestantismus durch »Nachhaltigkeit« ersetzt

Der Publizist Gustav Seibt hat vor Jahren geschrieben: „Den Protestantismus als Religion und Lebensführung gibt es nicht mehr, dafür haben wir die Nachhaltigkeit.“ Der damalige EKD-Ratsvorsitzende Manfred Kock hat 1998 die Fehlentwicklungen vorausgesehen und angeprangert: „Wir trauen der biblischen Botschaft nicht zu, die Ohren und Herzen der Zeitgenossen zu erreichen und stürzen uns deshalb auf die aktuellen Fragen.“ Pfingsten, das Fest der „Ausgießung“ des Heiligen Geistes, hat mit Mission zu tun. „Gehet hin und taufet alle Völker!“ An der Ausführung dieses Befehls scheiden sich die Geister. Wer kirchliche Verlautbarungen oder die Synoden-Debatten verfolgt, hat den Eindruck, auch hier solle der unscharfe „Dialog“-Begriff den Missionsgedanken ersetzen. „Eine strategische Islammission oder eine Begegnung mit Muslimen in Konversionsabsicht bedroht den innergesellschaftlichen Frieden und ist entschieden abzulehnen“, dekretierte eine von der rheinischen Landeskirche, immerhin zweitgrößte Gliedkirche der EKD, verbreitete Broschüre „Weggemeinschaft und Zeugnis im Dialog mit Muslimen“.

Da klang 2016 der Greifswalder evangelische Bischof Hans-Jürgen Abromeit fast wie der sprichwörtliche Rufer in der Wüste: „Wir sind nicht frei, um des lieben innerreligiösen Friedens willen auf Mission, die allen Menschen gilt, zu verzichten.“ Es gehe um Treue zum Auftrag Christi.

Tröstlich, dass in dieser Zeit neue, auch protestantische Missionsbewegungen entstehen. So senden koreanische Kirchen derzeit Tausende Missionare in die Welt aus, auch nach Europa. Die größte Dynamik sehen evangelische Missionsexperten gegenwärtig in China. Missionare aus der roten Volksrepublik sind inzwischen überall, auch in Deutschland. Auch in Afrika entstehen Missionsbewegungen, die für eine „Erweckung Europas“ beten. Sie wissen, dass der alte Kontinent herrliche Kirchengebäude hat, die aber kaum noch mit Leben gefüllt sind. Auch das ist ein Pfingstthema. *Gernot Facius*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 20 – 18. Mai 2018

MELDUNGEN

Kläranlage wird modernisiert

Goldap – In Goldap werden umgerechnet rund 1,9 Millionen Euro in die Modernisierung der Kläranlage und den Ausbau des Wasserversorgungsnetzes investiert. Die Modernisierung umfasst zunächst einen Teil der Kläranlage, die künftig Rückstände wie Dünger verwerten kann. Dabei kommen moderne Einrichtungen zum Einsatz. Anschließend wird das Wasserversorgungs- und Kanalnetz in der Friedhofstraße und in zwei weiteren Straßen in der Nähe des Bahnhofes ausgebaut. *PAZ*

Neuartige Fahrradstationen

Lyck – An drei Punkten im Stadtgebiet kann man an speziellen Stationen kostenlos sein Fahrrad aufpumpen, den Sattel richten und die Schrauben anziehen. Diese neuartigen Fahrradstationen mit Selbstbedienung sind nach einer Idee von Fahrrad-Liebhabern in der Stadt entstanden Da beim Radfahren verschiedene Pannen auftreten können, sind solche Anlaufpunkte eine willkommene Neuerung, gerade auf der Seepromenade, auf der die meisten Radfahrer unterwegs sind. Zwei der Stationen befinden sich auf der Seepromenade und die dritte in der Siedlung „Jeziorna“ („See-Siedlung“) nahe der eingemeindeten Ortschaft Walden. *PAZ*

Kleinbahn ist in Betrieb

Lyck – Die bei Touristen beliebte Lycker Kleinbahn hat am 1. Mai die diesjährige Saison eröffnet, die bis zum 2. September dauert. Die Kleinbahn wurde in den Jahren 1912 bis 1918 erbaut. Über eine lange Zeit spielte sie eine wichtige wirtschaftliche Rolle für die Stadt. 1991 wurde sie unter Denkmalschutz gestellt. Die Lycker Kleinbahn ist eine touristische Attraktion im südlichen Ostpreußen. 2017 wurden 139 Fahrten durchgeführt mit insgesamt 16 620 Passagieren. Touristen aus Krakau, Breslau und Warschau, aber auch aus den USA, Kanada, Italien, England und Deutschland nutzten sie. Die Bahn verkehrt in den Sommermonaten auf der Trasse Lyck–Vierbrücken [Sypitki]. Abfahrt in Lyck ist um 10 Uhr, in Vierbrücken um 12.15 Uhr. Im Angebot befinden sich verschiedene Ausflugsarten wie individuelle Fahrten an verschiedenen Tagen, Gruppenfahrten sowie Kinder- und Schulausflüge. Die Telefonnummer aus der Bundesrepublik ist (0048) 87-6100000. Wenn eine telefonische Vereinbarung nicht klappt, kann man sich an Rafal Zytynied, E-Mail-Adresse: R.Zytyniec@MHE-ELK.PL, wenden, der sehr gut Deutsch spricht. Er ist stellvertretender Direktor des Lycker Historischen Museums, in dessen Zuständigkeit auch die Lycker Kleinbahn fällt. *PAZ*

Königsberg mit neuem Bürgermeister

Alexej Silanow löste das langjährige Stadtoberhaupt Alexander Jaroschuk ab

Königsberg hat einen neuen Bürgermeister. Der 57-Jährige Alexej Silanow löst Alexander Jaroschuk ab. Er ist kein Unbekannter, da er bereits vor Jahren in der Stadtverwaltung leitende Funktionen innehatte.

Königsberg hat einen neuen Bürgermeister. Als vor einem Monat Alexander Jaroschuk sein Amt niedergelegt hat, wurde schon bald bekannt, wer sein Nachfolger sein wird. Deshalb wurde das Wahlverfahren, das genau nach dem Szenario von vor fünf Monaten ablief (die *PAZ* berichtete), als Ritual mit vorhersagbarem Ergebnis gesehen.

Im letzten Stadium der Bürgermeisterwahl waren drei von zehn Kandidaten übrig: Der Abgeordnete der Staatsduma aus dem Königsberger Gebiet Alexej Silanow, der Leiter der städtischen Wahlkommission Jewgenij Tschernyschew und die Unternehmerin Jelena Nilowa. Die Wettbewerbskommission bestand aus drei Abgeordneten des Stadtrates und zwei Vertretern der Regionalregierung.

Die Abgeordneten des Stadtparlaments unterstützten fast einstimmig Silanow, 26 stimmten für ihn, nur einer gegen ihn. Silanow ist kein Neuling und vielen Bürgern der Stadt wohlbekannt. Er war Direktor der Mittelschule in Ebenrode [Nesterow], der dortigen Oberschule, Leiter der Bezirksabteilung für Bildung sowie erster stellvertretender Chef der Verwaltung in Ebenrode gewesen, bevor er nach Königsberg ging, wo er noch unter dem damaligen Bürgermeister Jurij Sawenko die städtische Bildungsbehörde leitete. Dann wurde er stellvertretender Leiter der Stadtverwaltung Königsberg und beschäftigte sich mit sozialen Fragen.



Inspizierten gemeinsam das Stadtzentrum: Alexej Silanow (l.) und Anton Alichanow (r.) Bild: J.T.

Später wurde ihm die Stelle als Vize-Gouverneur für soziale Fragen angeboten, und vor zwei Jahren wurde er von der Partei Einiges Russland zum Mitglied der Staatsduma nominiert. Im September 2016 zog er nach Moskau, wo er bis vor Kurzem im Parlament saß.

Silanow sagte, dass er nicht vorhabe, große personelle Änderungen in der Stadtverwaltung vorzunehmen. Als Schwerpunkt seiner Tätigkeit nannte er die Themen „Wohlstand, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, Ökologie und das moderne Erscheinungsbild der Stadt“.

Der neue Bürgermeister sprach nicht zufällig vom Wohlstand. Seit der Zeit, als die Gebietsduma die Regierungsgewalt zwischen der Stadtregierung und der Gebietsregierung zugunsten letzterer teilte, befindet sich die Städtebaupolitik

> »Mit der Hilfe Gottes und des Gouverneurs«

in der Hand der Gebietsregierung. Das bedeutet: Die Entscheidung über Bauvorhaben und die Ausstellung von Genehmigungen für den Straßenbau treffen Gebiets- und nicht Stadtbeamte. Die Stadtverwaltung hat nur eingeschränkte Möglichkeiten, den Zustand der Straßen und allgemein genutzter Flächen zu verbessern, kann selbstständig weder ein Konzept für die Stadtentwicklung erarbeiten noch umsetzen, was aber zweckdienlicherweise im Entscheidungsspielraum der Stadt liegen müsste.

In der Tat kann man von einer Wahl mit besonderer Bedeutung sprechen. Konnte Jaroschuk diese Wahlprozedur und die eingeschränkte Macht noch mit seiner Erfahrung, seinem Einfluss und seinem Charisma kompensieren, so hat Silanow diese Möglichkeit nicht. Man kann daher mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass Silanow die langjährige Konkurrenz zwischen Gebiets- und Stadtregierung beenden wird. Bislang hat der Bürgermeister eine vollkommen untergeordnete Position gegenüber dem Chef der Gebietsregierung. Der erste Rundgang Silanows mit Gouverneur Anton Alichanow hat das plastisch vor Augen geführt. Silanow lief hinter dem Gouverneur, der nur etwa halb so alt ist wie er, her und hatte Mühe mit dessen schnellen und großen Schritten mitzuhalten. Der Rundgang durch die Stadt, der teils zu Fuß, teils mit der Straßenbahn stattfand, erinnerte an die Unterhaltung eines jüngern Lehrers mit einem älteren Schüler.

Alichanow hielt ständig an den Baustellen, an neuen Bordsteinen, neu gepflanzten Bäumen, neu aufgestellten Bänken an und gab dem Bürgermeister Anweisungen – warum und wofür es notwendig sei, dieses oder jenes zu tun. Der Rundgang des Gouverneurs und des Bürgermeisters ging über den Steindamm bis zum Hansaplatz. Beide kommentierten das Aussehen der zentralen Straßen der Stadt.

Einige Tage nach dieser Inspektion wurde der neue Bürgermeister feierlich in sein Amt eingeführt. Die Zeremonie fand im Haus der Künste statt, genau wie vor fünf Monaten. Deshalb wirkte die ganze Veranstaltung wie ein Déjàvu. Der einzige Unterschied war, dass an der Feier der scheidende Bürgermeister Jaroschuk teilnahm, der wie immer beste Laune zu haben schien. Es war nicht erkennbar, ob er über irgendetwas verärgert war. „Es gibt die Unterstützung von Gott und dem Gouverneur, das ist sehr wichtig“, sagte er und fügte hinzu: „Wenn es nötig ist, helfe ich dem neuen Bürgermeister so gut ich kann.“

Jurij Tschernyschew

Pendler im Blick

Allenstein beteiligt sich am internationalen Projekt SUMBA

Die Stadt Allenstein hat entschieden, an dem von der EU geförderten Projekt SUMBA (Sustainable Urban Mobility and Commuting in Baltic Cities, zu Deutsch: Strategien für nachhaltige urbane Mobilität im Ostseeraum) teilzunehmen. Das Programm fördert eine länderübergreifende integrierte Kooperation und Entwicklung für einen nachhaltigen, innovativen und vernetzten Ostseeraum. Die Leitung obliegt der Freien und Hansestadt Hamburg.

Teilnehmer sind auch die estnischen Städte Reval und Dorpat, das lettische Riga, Schaulen das schwedische Växjö und andere. Der Fokus des Projekts liegt auf dem Problem des Pendelns im Stadtverkehr. Zunächst werden Analysen über das Verhalten von Pendlern durchgeführt, um eine Verbesserung des Verkehrs planen zu können und damit nachhaltige Lösungen auf den Weg zu bringen. Das Hauptproblem besteht darin, die Städte beim Wechsel vom Autoverkehr zum „intermodalen“ Verkehr zu unterstützen. Dabei geht es darum, verschiedene Verkehrsmittel zu kombinieren. Für das Projekt wurden Pilot-Regionen ausgewählt, in denen zunächst das Mobilitätsverhalten und die -bedürfnisse der Bevölkerung analysiert werden. Eine der ersten Aufgaben, die in Allenstein angegangen werden müssen, ist die Erstellung einer Studie von min-

> Verhalten von 500 Pendlern in Pilot-Region untersuchen

destens 500 Haushalten und deren Pendlerverhalten. Im Mittelpunkt stehen dabei die Bewohner der rund um Allenstein liegenden Gemeinden. Vor Ort wird die Gemeinde Allenstein mit der Straßen-, Grün- und Transportbehörde, den städtischen Transportunternehmen, dem Gemeinderat von Grunwald und anderer Dörfer, der südostpreußischen Filiale der polnischen Gesellschaft für Tourismus und Sehenswürdigkeiten sowie dem Verband lokaler Initiativen „Lokalvision“ zusam-menarbeiten.

SUMBA hat bereits im September des vergangenen Jahres begonnen. Es wird drei Jahre dauern und aus dem „Interreg-Programm für den Ostseeraum“ der EU finanziert werden. Das Gesamtbudget beläuft sich auf über drei Millionen Euro. Ein Teil dieses Geldes – ungefähr 127 000 Euro – wird nach Allenstein gehen. Die Hauptstadt der Woiwodschaft Ermland-Masuren ist der einzige polnische Partner, der Mittel für seine Aktivitäten in diesem Projekt erhalten hat. Die Stadtverwaltung von Allenstein glaubt, dass das Projekt dem „Programm für verantwortungsvolle Entwick-lung“ der Regierung entspricht. Man will von den durch das Projekt empfohlenen Verkehrslösungen profitieren und in Allenstein Lösungen für den öffentlichen Verkehr übernehmen, die bereits getestet und in vielen Städten auf der ganzen Welt eingeführt wurden. Das Projekt soll bis Ende September 2020 umgesetzt werden.

Leszek Chaburski

Ein Gerechter

Priester Adalbert Zink wurde ausgezeichnet

Priester Adalbert (Wojciech) Zink wurde in Warschau mit dem Titel eines „Gerechten“ ausgezeichnet. Diesen Titel vergeben das Warschauer Haus der Begegnungen mit der Geschichte und die italienische Stiftung „Garivo“ an Personen, die sich im 20. und 21. Jahrhundert totalitären Systemen, Massenverbrechen und der Missachtung der Menschenwürde widersetzt haben. Vorgeschlagen haben ihn das Gymnasium in Dietrichswalde, das seinen Namen trägt, die Gesellschaft „Woryty“, die Gesellschaft „Borussia“ in Allenstein und der Historiker Robert Traba. Neben der Auszeichnung wird für alle „Gerechten“ ein Baum im Garten der Gerechten in Warschau gepflanzt und ihr Name auf einem Obelisken verewigt. Dieser feierliche Akt ist für den 18. Juni geplant.

Zink wurde 1902 als Sohn Deutscher geboren. Vor dem Zweiten Weltkrieg hielt er als junger Priester Predigten auf Deutsch und auf Polnisch und setzte sich auch danach für die Ermländer beider Muttersprachen sowie die deutsch-polnische Verständigung ein. 1951 übernahm er die Funktion des Kapitelvikars in Allenstein und nahm dabei auch – das war die Bedingung der Zustimmung des polnischen Staates – die polnische Staatsbürgerschaft an. Kardinal Stefan Wyszynski übertrug ihm als Generalvikar des Primas die Leitung der Diözese. Im September 1953 unterzeichnete Zink als einziger im gesamten Episkopat Polens nicht die Einverständniserklärung mit der Verhaftung von Kardinal Wyszynski und landete dafür ebenfalls im Gefängnis. Er starb 1969 in Allenstein.

In Allenstein soll für Zink neben der Kathedrale ein Denkmal mit einer Büste aus Messing errichtet werden. Den Text, der auf dem Steinsockel stehen soll, hat Edward Cyfus entworfen, Autor der Biografie Zinks „Ein standhafter Ermländer“. Für das Denkmal setzt sich ein Komitee ein, dem auch Erzbischof Józef Górzynski und der Probst der Jakobskathedrale Andrzej Lesinski angehören. Von deutscher Seite macht sich der langjährige Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land Herbert Monkowski dafür stark.

Uwe Hahnkamp

Bordkommando: Zahlmeisterassistent

Ihr Chronist Heinz Schön erinnert sich an die »Rettung über See«

Heinz Schön überlebte im Januar 1945 als 18-Jähriger den Untergang der „Wilhelm Gustloff". Bei der Torpedierung des Schiffes vor der pommerschen Ostseeküste kamen mehr als 9000 Menschen ums Leben. Dieses Ereignis prägte sein Leben. Er galt als einer der besten Kenner der Geschichte des deutschen Ostseeraumes während des Dritten Reiches und der unmittelbaren Nachkriegszeit. Bereits kurz nach dem Krieg begann er, Dokumente, Fotos und Zeitzeugenberichte zu sammeln. Er war Verfasser zahlreicher Bücher über das Schicksal der Gustloff und der „Rettungsaktion Ostsee 1945" und war Fachberater bei vielen TV-Dokumentationen und Spielfilmen über die Schiffsuntergänge und Rettungsaktionen.

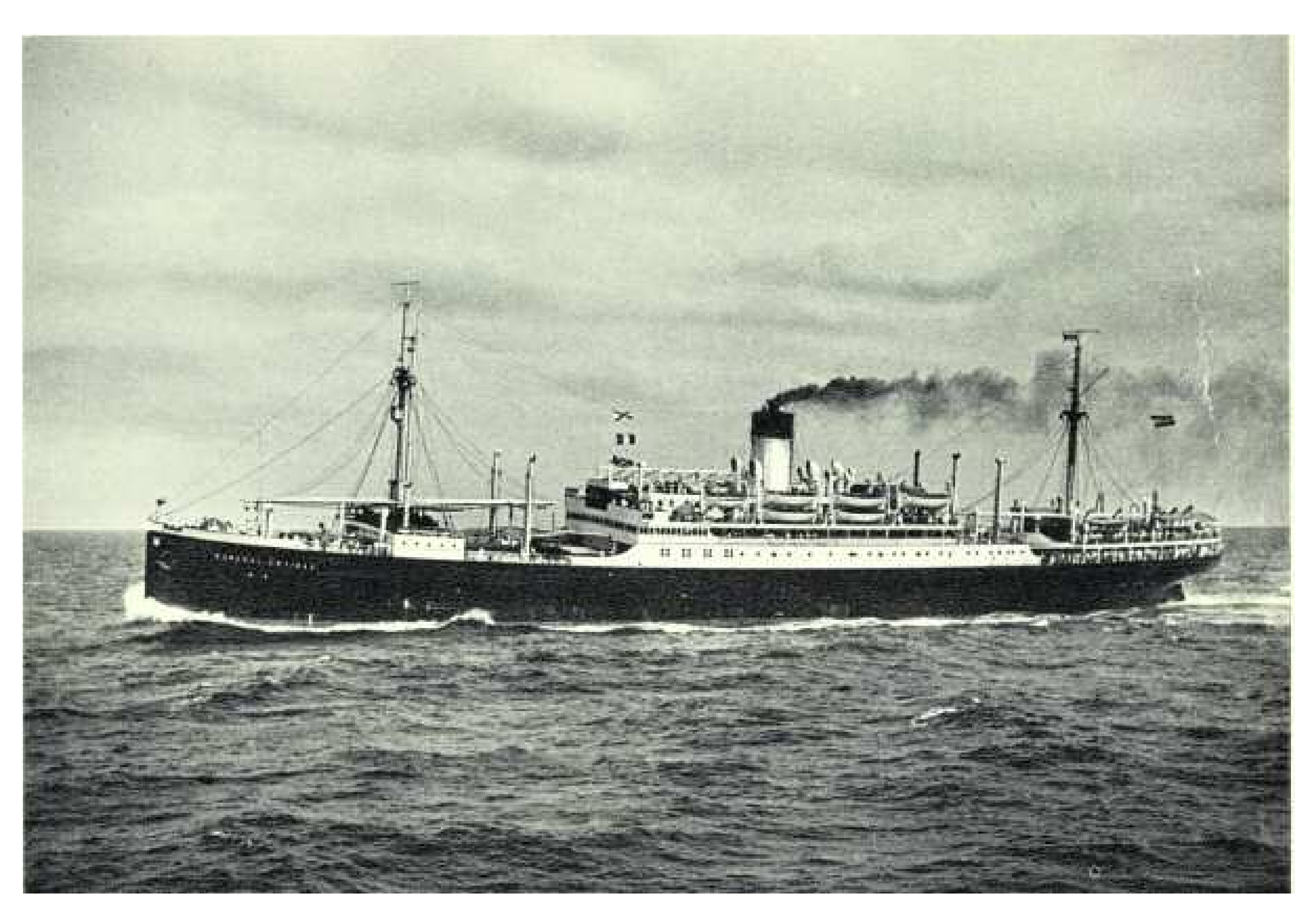
In der letzten Januarwoche 1945 wurde die „Wilhelm Gustloff" zum Flüchtlingstransporter umgerüstet und trat am Mittag des 30. Januar mit mehr als 10000 Menschen an Bord, darunter etwa 9000 Flüchtlingen, ihre Fahrt mit Ziel Swinemünde an. Noch am selben Abend, um 21.15 Uhr, zerstörten zwölf Seemeilen querab Stolpmünde drei Torpedos des sowjetischen U-Bootes „S 13" die Schiffswände. Die „Wilhelm Gustloff" sank innerhalb von 62 Minuten und riss mehr als 9000 Menschen, darunter mehr als 8000 Frauen und Kinder, mit in den Tod. Ich hatte großes Glück. Als einer von 1252 Überlebenden verließ ich am Mittag des 31. Januar im pommerschen Hafen Saßnitz auf Rügen das Torpedoboot „T 36", das mich aus den eiskalten Fluten der Ostsee gerettet hatte.

Wenige Wochen später stand ich erneut am Eisenbahnkai in Saßnitz, wieder mit einem Marschbefehl der Kriegsmarinedienststelle Hamburg. Dieses Mal ging es als Zahlmeister-Assistent auf das Verwundeten- und Flüchtlingstransportschiff „General San Martin". Der Dampfer lag auslaufbereit auf Reede. Ein Verkehrsboot brachte mich zum Schiff, das Verwundete und Flüchtlinge von Gotenhafen nach Saßnitz gebracht hatte. Seit Tagen bemühte sich die Schiffsleitung, die Menschen von Bord zu geben, was sich als sehr schwierig erwies. Erst als drei kleinere Schiffe, die „Wullenweber", die „Stettin" und die „Binz", die Verwundeten und Flüchtlinge übernommen und an Land gebracht hatten, war der Dampfer „General San Martin" auslaufbereit.

Durch die siebentägige Liegezeit auf der Reede waren die Proviantvorräte verbraucht. Sie wieder aufzufüllen, war eine meiner Aufgaben. Doch alle Bemühungen, in Saßnitz Verpflegung zu beschaffen, blieben erfolglos. Mein Chef, Zahlmeister Wurl, machte deshalb Kapitän Buuck den Vorschlag, auf der Rückreise nach Gotenhafen einen Zwischenstopp in Swinemünde einzulegen, um dort Verpflegung, Öl und Wasser an Bord zu nehmen. Als die „General San Martin" am frühen Abend des 5. März die Reede von Saßnitz verließ und Richtung Swinemünde dampfte, ahnte ich nicht, bald ein weiteres Mal dem Tod ins Auge sehen zu müssen, der in Gestalt eines britischen Luftangriffs über Swinemünde, den Hafen und die Reede hereinbrechen sollte.

Am 6. März in Swinemünde angekommen, mussten wir wie viele andere Schiffe auch auf Reede ankern und warten. In den folgenden Tagen bemühten wir uns um Öl, Wasser und Verpflegung. Öl und Wasser erhielten wir. Da jedoch alle auf Reede und im Hafen liegenden Schiffe Verpflegung angefordert hatten, wurden wir immer wieder auf den nächsten Tag vertröstet.

Endlich, am 12. März, sollte es klappen. Ein Verkehrsboot brachte mich und unseren Proviantmeister gegen Mittag in den Swinemünder Hafen. Als wir ausgestiegen waren und am Kai standen, gab es Fliegeralarm. Was danach kam, glich der Hölle. Fast pausenlos fielen Bomben auf die Trecks, die durch die Stadt zogen, auf die abfahrbereiten, mit Flüchtlingen überladenen Güterzüge, auf die Menschenansammlungen auf dem Bahnhof und im Hafen, auf die Hafenanlagen und die Schiffe auf Reede. Der Angriff der alliierten Bomber galt nicht militärischen Zielen, sondern wehrlosen Frauen und Kindern, alten und kranken Menschen. Zahllose verwundete, blutende Menschen, Tote und Trümmer. Ich entging dem Tod nur, weil ich mich in einen nahen Luftschutzbunker hatte retten können.



Dampfer „General San Martin" Bild: Imago

Am 14. März verließ unser Schiff im Geleit mit den Dampfern „Malgache" und „Masuren" die Reede von Swinemünde mit Fahrtziel Gotenhafen. Der Tod war unser ständiger Begleiter. Am 17. März entkamen wir einem Angriff sowjetischer U-Boote. Am 18. März erreichten wir Gotenhafen, nahmen Flüchtlinge und mehr als 3000 Verwundete an Bord und liefen unter russischem Artilleriebeschuss wieder aus. Zielhafen war noch einmal Saßnitz. Danach sollte es wieder zurück gehen.

Da die Häfen von Danzig und Gotenhafen inzwischen unter ständigem Artilleriebeschuss standen und Angriffen aus der Luft ausgesetzt waren, musste die „General San Martin" wie viele andere Schiffe auch auf der Reede von Hela ankern. Auf der Halbinsel Hela warteten etwa 200000 Flüchtlinge und Verwundete auf ihre Rettung über See. Ihre Anbordnahme wurde tagsüber immer schwieriger und erforderte immer mehr Zeit, weil sie durch ständigen russischen Artilleriebeschuss und Bomber- und Jagdfliegerangriffe behindert wurde. Wir mussten unser Schiff immer wieder auf der Reede verlegen, um zu verhindern, dass sich die russische Artillerie auf uns einschoss oder eine Fliegerbombe uns traf.

Nachdem wir die ganze Nacht geladen hatten, war am frühen Morgen des 7. April die „General San Martin" bis auf den letzten Winkel besetzt. An Bord befanden sich 800 liegende und 1300 sitzende Verwundete, zusätzlich rund 1400 Flüchtlinge. Dabei handelte es sich ausschließlich um Mütter mit Kindern und um 200 kinderlose Frauen und Mädchen, die sich zur Verwundetenbetreuung bereiterklärt hatten. Mit Sanitätspersonal, Kriegsmarine- und Zivilbesatzung waren mehr als 4000 Menschen an Bord. Gegen 16.00 Uhr erfolgte nochmals ein Fliegerangriff, der aber keinen großen Schaden anrichtete. Um 19.00 Uhr verließ das Schiff die Reede von Hela. Über Funk war der Schiffsleitung der Zielhafen benannt worden: Kopenhagen. Aufatmen unter den Flüchtlingen und Verwundeten, als er bekanntgegeben wurde.

Am 9. April kam die „General San Martin" im Hafen von Kopenhagen an. Sie wurde rasch entladen und konnte schon am Abend des 10. April den Heimweg antreten. Zurück auf Hela-Reede kamen erneut Verwundete und Flüchtlinge an Bord. Erst am 15. April konnte das Schiff im Geleit Hela-Reede verlassen, einen Tag vor dem Dampfer „Goya". Es war der 13. und letzte Flüchtlings- und Verwundetentransport der „General San Martin", die damit insgesamt 35111 Menschen über die Ostsee gerettet hatte.

Mit Genehmigung des Verlages entnommen dem Buch: „Pommern auf der Flucht. Rettung über die Ostsee aus den Pommernhäfen", 56 bisher unveröffentlichte Erinnerungen und Texte zu Fluchtorten und Fluchthäfen Pommerns, 444 Seiten, viele bislang unveröffentlichte Abbildungen, Karte Ostsee, Ortsregister, Namensregister, 2. Auflage Juli 2016, Zeitgut Verlag, Berlin, Klappenbroschur, 19,90 Euro

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Wer hat den größten Pilsudski?

Im Jubiläumsjahr der polnischen Unabhängigkeit schießen Denkmäler wie Pilze aus dem Boden

Zum 100. Jubiläum der Unabhängigkeit Polens will Präsident Andrzej Duda Polens exklusive Liste historischer Denkmäler auf 100 Objekte aufstocken. So ernannte er zehn neue geschichtlich relevante Stätten, welche die Liste vorerst auf 91 historische Denkmäler erweitern – fehlen also nur noch neun. Die zehn neuen Standorte sind das Pilgersanktuarium Heiligelinde im Kreis Rastenburg, die Bischofsburg in Heilsberg, Kloster Strelno in Kujawien, Burg Krasiczyn bei Premissel, die Festung Weichselmünde bei Danzig, der Domhügel zu Plotzk, Schloss und Park Groß Rogalin im Kreis Posen, das „Kreuzbeil-Schloss" in Ujazd in der Woiwodschaft Heiligkreuz, das Herrenhaus Koszuty, Gemeinde Schroda in Großpolen und die Burg Marienwerder.

Während der extra anberaumten Feierlichkeit zur Bekanntgabe der zehn neuen Orte auf der Denkmalliste sagte Duda: „Ich danke von Herzen für die Pflege der schönen, historischen Bausubstanz dieser Zeugnisse unserer Geschichte oder der Geschichte insgesamt, denn nicht alle diese Denkmäler wurden durch polnische Hand gebaut, manche wie beispielsweise in Marienwerder wurden von Kreuzrittern gegründet. Sie gehören zum europäischen Kulturgut, das heute in unserer Hand liegt, weil sie uns durch das Schicksal, den Geschichtslauf anvertraut wurden."

Unabhängig von der besonders exklusiven Liste der angestrebten 100 Denkmäler, die nur der Präsident selbst bestimmt, ist das Land derzeit ohnehin im Denkmalrausch. Hintergrund dafür ist die anhaltende „Entkommunisierung" von Denkmälern beziehungsweise die Entfernung kommunistischer Symbole. Hinzu kommt im Jahr 100 nach der Unabhängigkeit das Streben, Gedenken auch durch völlig neue Denkmäler zu implementieren. Dazu gehört das „Denkmal der polnischen See" in Gdingen. Dieses befindet sich jedoch noch in der Planungsphase. Im Rathaus hat man sich aber bereits für das Projekt des Krakauers Andrzej Getter entschieden, das einen zwölf Meter hohen Stahlmast mit polnischer Flagge vorsieht, der aus halbkreisförmigen Betonwellen herausragt. Das Denkmal soll im Herzen Gdingens auf dem Plac Kosciuszko entstehen. Dieser Platz galt schon 1920 als öffentliches Zentrum für Reden und Kundgebungen, denn das damals ausgebaute einstige kaschubische Fischernest wurde im sogenannten Korridor als polnischer Zugang zur See und in Konkurrenz zu Danzig überhaupt zum bedeutenden Hafen. Doch die Gdingener scheinen mit dem Denkmal so ihre Schwierigkeiten zu haben. Laut der Zeitung „Rzeczpospolita" meinen 62 Prozent von 700 Befragten, das Projekt passe vom Stil her nicht zur Umgebung.

Auch im benachbarten Zoppot soll unweit des Bahnhofs ein neues Denkmal entstehen. Gewidmet soll es dem 2015 verstorbenen Außenminister Wladyslaw Bartoszewski werden. Dieses Vorhaben löst weniger ästhetische, als vielmehr politische Debatten aus. Bartoszewski sei für die regierende Partei eine zu „kontroverse" Persönlichkeit, als dass man ihn mit einem Denkmal würdigen solle, berichtet das Portal Nasze Miasto.

In diesem Jahr sprießen polenweit Marschall-Jozef-Pilsudski-Denkmäler wie Pilze aus dem Boden. Auch wenn das Jubiläumsjahr in vollem Gange ist, werden immer wieder neue Anträge für Denkmalbaugenehmigungen gestellt. So auch in Stettin. Man weiß zwar noch nicht wo oder in welcher Form, aber ein „ordentlicher" Pilsudski, am besten mit Säbel in der Hand, muss es schon sein – auch wenn es bereits einen gibt. Im Jahre 2000 wurde das erste Pilsudski-Denkmal durch Bohdan Ronin-Walknowski aus rotem Granit geschaffen. Das zweite soll aber größer, monumentaler, dem Jubiläum würdiger sein. Ganz so wie der zehn Meter hohe, bereits bestehende „Marschall", wie man Pilsudski in Polen verkürzt nennt, in Köslin. So stellen sich das zumindest die Stettiner Stadträte im pommerschen Konkurrenzdenken vor.

Hinsichtlich eines Monuments aus der Vergangenheit liefert man sich in Posen heiße Debatten. Es geht dabei um den Wiederaufbau eines Denkmals, das aus Dankbarkeit für Polens Unabhängigkeit 1932 an Stelle eines Bismarck-Denkmals entstand und das 1939 von den Deutschen wieder abgerissen wurde. 2012 hat sich in Posen eine Bürgerinitiative gegründet, die das monumentale Herz-Jesu- oder Dankbarkeitsdenkmal, das Christus inmitten eines 12,5 Meter hohen und 22 Meter breiten Triumphbogens darstellte, wiedererschaffen möchte.

Eine fünf Meter hohe Christus-Replik entstand in einer Gießerei bei Krakau und wurde 2016 in Jersitz zwischengelagert. Es gibt nämlich Streit darübe, wohin mit der Replik, denn am historischen Standort stehen bereits zwei andere Denkmäler. Für die Wiederaufbauinitiatoren wäre der Malta-Stausee perfekt, aber es gibt Gegner. Zu ihnen gehören junge Historiker und Architekten, aber auch einige Posener, die sich für weniger monumentale Formen stark machen. Wie zum Beispiel für die Benennung einer Posener Gasse nach Krystyna Feldman – einer in Lemberg geborenen Schauspielerin, die 30 Jahre lang in Posen wirkte. In Stein gemeißelte Fakten wühlen die Gemüter eben mehr auf. *Chris W. Wagner*



ZUM 99. GEBURTSTAG

Paulsen, Anni, geb. **Bitschkat**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 20. Mai
Schunk, Hildegard, geb. **Fortak**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 24. Mai

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bombor, Ernst, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 21. Mai
Plauk, Edith, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 24. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Cramer, Ursula, geb. **Hecht**, aus Wehlau, am 21. Mai
Domnik, Werner, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 19. Mai
Hübner, Herbert, aus Rothenen, Kreis Fischhausen, am 22. Mai
Mai, Eva, geb. **Soltau**, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 19. Mai
Ziemba, Elisabeth, geb. **Müller**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 18. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bendig, Erich, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 23. Mai
Dagott-Becker, Ilse, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 21. Mai
König, Emma, geb. **Conrad**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Robbert, Hildegard, geb. **Mügge**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 19. Mai
Sareik, Hilde, geb. **Niedzkowski**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 18. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Baden, Elsbeth, geb. **Knopp**, aus Treuburg, am 22. Mai
Birkholz, Erika, geb. **Schäfer**, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 19. Mai
Gronau, Klaus, aus Dannenberg, Kreis Elchniederung, am 22. Mai
Joneleit, Irmgard, geb. **Emmenthal**, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 19. Mai
Leipacher, Edith, geb. **Schaade**, aus Gruten, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Mosner, Erna, geb. **Hoffmeister**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 21. Mai
Schiller, Elli, geb. **Tabel**, aus Taukitten, Kreis Fischhausen, am 18. Mai
Schmidt, Elisabeth, geb. **Lange**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 18. Mai
Schmidt, Gertrud, geb. **Tuthas**, aus Ortelsburg, am 18. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Achenbach, Werner, aus Ebenrode, am 18. Mai
Czieslik, Heinrich, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 20. Mai
Drewe, Gerda, geb. **Niederstrasser**, aus Dräwen, Kreis Ebenrode, am 20. Mai
Erith, Alfred, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 21. Mai
Koppetsch, Martha, geb. **Fuchs**, aus Mecken, Kreis Ebenrode, am 23. Mai
Penski, Werner, aus Lötzen, am 23. Mai
Sievers, Emmi, geb. **Kowalewski**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 22. Mai

ZUM 93. GEBURTSTAG

Albrecht, Erna-Gertrude, geb. **Wessel**, aus der Kirpehnen-Siedlung, Kreis Fischhausen, am 20. Mai
Eggert, Ursula, geb. **Karschau**, aus Heiligenkreutz, Kreis Fischhausen, am 24. Mai
Goretzki, Rosemarie, geb. **Strahlendorf**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 19. Mai
Kosrien, Erna, geb. **Taschinsky**, aus Parschwitz, Kreis Fischhausen, am 22. Mai
Masurek, Käthe, geb. **Sahmel**, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Pagio, Helene, aus Millau, Kreis Lyck, am 24. Mai
Rauch, Susanne, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 19. Mai
Regutzky, Walter, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 23. Mai
Roehl, Edith, geb. **Buttgereit**, aus Hellmahnen, Kreis Lyck, am 22. Mai
Ubben, Ruth, geb. **Hamann**, aus Rothenen, Kreis Fischhausen, am 21. Mai

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bickele, Herta, geb. **Szepan**, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 20. Mai
Crispien, Margot, geb. **Legien**, aus Elchdorf, Kreis Fischhausen, am 20. Mai
Eggers, Ruth, geb. **Lange**, aus Lyck, am 18. Mai
Eichmann, Edith, geb. **Leifert**, aus Neusorge/Kuckerneese, Kreis Fischhausen, am 24. Mai
Hebel, Herta, geb. **Kullik**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 24. Mai
Kolpazik, Marga, geb. **Wohlgethan**, aus Wormen, Kreis Preußisch Eylau, am 24. Mai
Kraus, Kurt, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 23. Mai
Manko, Walter, aus Talken, Kreis Lyck, am 23. Mai
Woywadt, Helmut, aus Kurrenberg, Kreis Elchniederung, am 18. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Ellermann, Marga, geb. **Erdmann**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 23. Mai
Klein, Charles N., aus Lyck, am 20. Mai
Pyrags, Friedrich, aus Kämpen, Kreis Elchniederung, am 22. Mai
Scharf, Käte, geb. **Habacker**, aus Stampelken, Kreis Wehlau, am 21. Mai
Schulz, Franz, aus Altdamm, Kreis Wehlau, am 22. Mai
Wilkens, Ursula, geb. **Jander**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 20. Mai

ZUM 90. GEBURTSTAG

Baginski, Edelfried, aus Ortelsburg, am 20. Mai
Döhring, Heinz, aus Groß Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 22. Mai
Dziengel, Peter, aus Lyck, Bismarckstraße 39, am 21. Mai
Fiebig, Charlotte, geb. **Sprengel**, aus Königsberg-Rossgarten, am 15. Mai
Hanschke, Hannelore, geb. **Davideit**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 24. Mai
Huhn, Anneliese, geb. **Kuchanzewski**, aus Rohrdorf, Kreis Ortelsburg, am 19. Mai
Jekubzik, Herta, geb. **Glodek**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai
Jellonnek, Margarete, geb. **Sobolewski**, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 19. Mai
Knura, Luise, geb. **Engelhard**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 21. Mai
Koslowski, Erich, aus Lyck, am 19. Mai
Kühn, Eitel, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 20. Mai
Lasarzik, Helga, geb. **Murawski**, aus Lyck, am 19. Mai
Lukowski, Paul, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai
Meier, Liesbeth, geb. **Kasuballa**, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai
Munier, Christa, geb. **Rieder**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 24. Mai
Pender, Irmgard, geb. **Rast**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 24. Mai
Plewka, Erich, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 21. Mai
Przytulla, Willi, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 24. Mai
Ratmann, Gerhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Mai
Rosin, Waltraud, geb. **Jeworrek**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 23. Mai
Schmid, Ruth, geb. **Nogga**, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 18. Mai
Zielonka, Walter, aus Ulrichsee, Kreis Ortelsburg, am 21. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Blankenstein, Horst, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Borchert, Werner, aus Neidenburg, am 21. Mai
Burghardt, Siegfried, geb. **Iwannek**, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 22. Mai
Funk, Ingelore, geb. **Preuß**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 19. Mai
Gottschalk, Günther, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 23. Mai
Grigoteit, Willi, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Kabela, Hanna, geb. **Kaiser**, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 19. Mai
Kukowski, Helmut, aus Martinshöhe, Kreis Lyck, am 23. Mai
Lissek, Margarete, geb. **Bertsch**, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai
Lueth, Christel, geb. **Rydzewski**, aus Kreuzfeld, Kreis Lyck, am 20. Mai
Nogga, Horst, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 24. Mai
Pitschel, Ursula, geb. **Drossmann**, aus Jürgenrode, Kreis Ebenrode, am 21. Mai
Plaga, Werner, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 20. Mai
Predehl de Ronero, Frieda, geb. **Brinkmann**, aus Grüneberg, Kreis Fischhausen, am 23. Mai
Sabadil, Dr. Heinz, aus Lyck, Bismarckstr. 4, am 24. Mai
Schäfer, Hanna, geb. **Warstat**, aus Wehlau, am 23. Mai
Schleg, Anni, geb. **Kowalewski**, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 21. Mai
Schröder, Martin, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 20. Mai
Skowron, Georg, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 20. Mai
Städter, Erika, geb. **Klein**, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 23. Mai
Thiel, Gerhard, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 19. Mai
Wittkowski, Helmut, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bahl, Gertraud, geb. **Tschorz**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 22. Mai
Bartschat, Dieter, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 21. Mai
Biekowski, Elisabeth, geb. **Knies**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 22. Mai
Blank, Alfred, aus Wachteldorf, Kreis Lyck, am 19. Mai
Borm, Hartmut, aus Argental, Kreis Elchniederung, am 18. Mai
Dust, Helga, geb. **Plenio**, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 20. Mai
Haar, Erika, geb. **Ipach**, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 21. Mai
Hampe, Jürgen, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 20. Mai
Kossakowski, Günter, aus Skomanten, Keis Lyck, am 20. Mai
Krafft, Brigitte, geb. **Kapteina**, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 23. Mai
Krawelitzki, Hubert, aus Lyck, am 23. Mai
Krohm, Günter, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 21. Mai
Kruska, Ulrich, aus Wehlau, am 22. Mai
Nikstat, Reinhard, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 24. Mai
Petrat, Kurt, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 24. Mai
Rosinowski, Klaus-C., aus Kreis Preußisch-Holland, am 24. Mai
Segatz, Dieter, aus Ramecksfelde, Kreis Lyck, am 20. Mai
Strasdas, Hanna, geb. **Szameitat**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 24. Mai
Thiel, Manfred, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 19. Mai
Treschanke, Joachim, aus Albrechtswalde, Kreis Mohrungen, am 24. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Fratzscher, Jürgen, aus Neidenburg, am 20. Mai
Gallein, Martin, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 19. Mai
Grütz, Ingrid, geb. **Kompa**, aus Alt Kykuth, Kreis Ortelsburg, am 20. Mai
Ijewski, Manfred, aus Seedanzig, Kreis Ortelsburg, am 20. Mai
Jungmann, Ursula, geb. **Wölck**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 21. Mai
Kindt, Erika, geb. **Schirweit**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 20. Mai
Kostrzewa, Elisabeth, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 21. Mai
Kuhnke, Margarete, geb. **Rudat**, aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 19. Mai
Schwittay, Klaus-Josef, aus Jomendorf, Kreis Wehlau, am 21. Mai



Strunk, Günter und Ehefrau Herta, geb. **Katzmarzik**, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 22. Mai

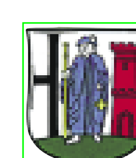
TERMINE DER LO

2018
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Osterode (Ostpreußen)
14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

Wahlaufruf

Entsprechend der Wahlordnung der Stadtgemeinschaft Allenstein e.V. rufen wir alle Mitglieder der Stadtgemeinschaft zur Wahl der Stadtversammlung auf. Als Mitglieder der Stadtgemeinschaft gelten gebürtige Allensteiner und frühere Bewohner der Stadt Allenstein, ihre Ehegatten und Nachkommen sowie diejenigen, die sich unserer Heimatstadt und der Stadtgemeinschaft besonders verbunden fühlen. Die Mitgliedschaft entsteht durch Aufnahme in die Allensteiner Heimatkartei und kann durch Anmeldung oder eine dieser gleich zu setzenden Erklärung, wie die Beteiligung an der Wahl der Stadtversammlung, erfolgen. Jedes Mitglied der Stadtgemeinschaft ist wahlberechtigt und auch wählbar. Die Wahl muss schriftlich erfolgen. Die Wahl ist gültig, wenn nicht mehr als zehn Kandidaten gewählt werden. Der Wahlbrief muss bis zum 30. Juni bei der Stadtgemeinschaft Allenstein e.V., Wahlausschuss, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, eingegangen sein. Auf dem Umschlag sind Name und Anschrift des Wählers anzugeben.

Folgende Mitglieder unserer Stadtgemeinschaft haben sich bereiterklärt, für die Wahl zur Stadtversammlung zu kandidieren: Dr. Alexander Bauknecht, Stefan Hein, Dr. Peter Herrmann, Gottfried Hufenbach, Artur Korczak, Waldemar Malewski, Thomas Nowack, Kristine Plocharski, Werner Schaffrin, Dagmar Urban. Der Allensteiner Heimatbrief Nummer 265 enthält einen Wahlschein mit den angegebenen Namen. Jedem Wähler ist es jedoch freigestellt, weitere Kandidaten zu benennen, sofern er nicht mehr als zehn Kandidaten wählt.

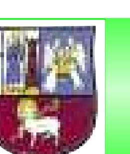
Der Wahlausschuss der Stadtgemeinschaft Allenstein e.V. – Hanna Bleck, Wahlleiterin, Eve Hufenbach, Beisitzerin, Bruno Mischke, Beisitzer

Zusendungen für Ausgabe 22

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 20/2018 (Erstverkaufstag: 1. Juni) bis spätestens Mittwoch, 23. Mai an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, z. Hd. Frau Christiane Rinser-Schrut, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Sonnabend, **26. Mai,** 10 bis 17 Uhr: Ehrenamt im Museum. Der Eintritt ist frei.
Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. Internet: www.allenstein-landkreis.de

Kirchspieltreffen

Bochum – Sonnabend, 26. Mai, Gemeindesaal, Herz-Jesu-Gemeinde, Hölterweg 4, 44894 Bo-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

chum: Kirchspieltreffen Göttkendorf. Informationen erteilt Gerd Sawitzki, Hölterweg 4, 44894 Bochum, Telefon (0234) 230624.

Bielefeld – Sonnabend, 2. Juni, Örkenweg 60, 33739 Bielefeld: Kirchspieltreffen Neu-Kaletka. Informationen erteilt Helene Gyborra, Westfalenstraße 20 A, 335647 Bielefeld, Telefon (0521) 431289.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Urlaubszeit

Es ist Urlaubszeit und deshalb ist unsere Geschäftsstelle mit Archiv in Rotenburg (Wümme) in der Zeit von Montag, 11. Juni, bis Montag, 2. Juli, nicht besetzt. Ab Dienstag, 3. Juli, sind wir wieder dienstags und mittwochs in der Zeit von 8.30 bis 12.30 Uhr unter Telefon (04261) 9833100 zu erreichen. Besucher werden um vorherige Anmeldung gebeten. Vielen Dank für Ihr Verständnis.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Versammlung

Winsen/Luhe – Sonnabend, 30. Juni, 14 Uhr, Brasserie am Schloß, Rathausstraße 5, 21423 Winsen/Luhe: Ordentliche Mitgliederversammlung. Gemäß § 8 Abs. 3 unserer Satzung vom 22. September 2012 laden wir hiermit zur ordentlichen Mitgliederversammlung ein.

Tagesordnung

1. Begrüßung, Protokoll, Beschlussfähigkeit,
2. Rechenschaftsberichte des Vorstands,
3. Bericht der Kassenprüfer und Antrag auf Entlastung des Vorstands,
4. Verschiedenes.

Wir bitten um zahlreiche Teilnahme. *Der Vorstand*

Ostpreußisches Landesmuseum auch im Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Schülertreffen

Hermannsburg – Freitag, 1., bis Sonntag, 3. Juni, Hotel Heidehof, Billingstraße 29, 29320 Hermannsburg: Schülertreffen. Anmeldung: Hotel Heidehof, Telefon (05052) 9700 oder E-Mail: info@heidehof.bestwestern.de.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Köln – Mittwoch, 23. Mai, Gaststätte Zirkel, Braunstraße 20, Köln-Braunsfeld (Haltestelle Aachener Straße/Maarweg). Anmeldung und nähere Informationen bei Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

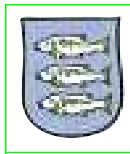
Hamburg – Mittwoch, 6. Juni, 12 Uhr: Videovortrag mit Autorenlesung.

Thüringen – Sonntag, 3. Juni, 14 Uhr, Garten der Familie Jung, Obergasse 17, 99100 Bienstädt: Treffen.

Westpreußisches Landesmuseum

Warendorf – Noch bis Sonntag, 7. Oktober, zeigt das Museum die Bernsteinausstellung „Das Gold der Ostsee aus dem Bernsteinmuseum Danzig".

Internet: www.westpreussisches-landesmuseum.de



LÖTZEN

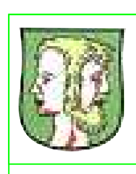
Dieter Arno Milewski (kommissarischer Kreisvertreter), Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: dieter.arno.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Carl Knauf - Reisebericht

Neumünster – Sonnabend, 26. Mai, ab 10 Uhr (Ausstellung) und 15.30 Uhr (Vortrag), Heimatmuseum, Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung), Neumünster: Begleitprogramm zur Carl-Knauf-Ausstellung „Nidden, die Kurische Nehrung und Memel – die schönen Seiten einer besonderen Region". Steffen Thomassek, aus Anklam und Hamburg, zeigt Fotos und berichtet von seinen Erkundungen dort im Jahr 2017.

An diesem Tag ist nicht nur Gelegenheit, schon ab 10 Uhr die Sonderausstellung „Carl Knauf – ein unvergessener Maler der Künstlerkolonie Nidden" zu besuchen. Passend zu den ausgestellten Gemälden (Leihgaben aus der privaten Sammlung Bernd Schimpke, Hamburg), die überwiegend Motive von der wunderbaren Kurischen Nehrung und aus dem Memelgebiet zeigen, wird Steffen Thomassek viele eindrucksvolle Fotos präsentieren, die er 2017 auf einer Reise durch das Memelgebiet mit einem Abstecher auf die Kurische Nehrung aufgenommen hat.

Ute Eichler wird den Gast vorstellen, der ostpreußische Vorfahren hat und sich als junger Malermeister eine Existenz in Hamburg aufgebaut hat. Mit seinem Interesse an der Geschichte einer besonderen Region und seinem guten Blick für die Spuren der deutschen Vergangenheit sind ihm eindrucksvolle Momentaufnahmen gelungen. Der Vortrag beginnt um 15.30 Uhr, der Eintritt ist – wie immer – frei.



LYCK

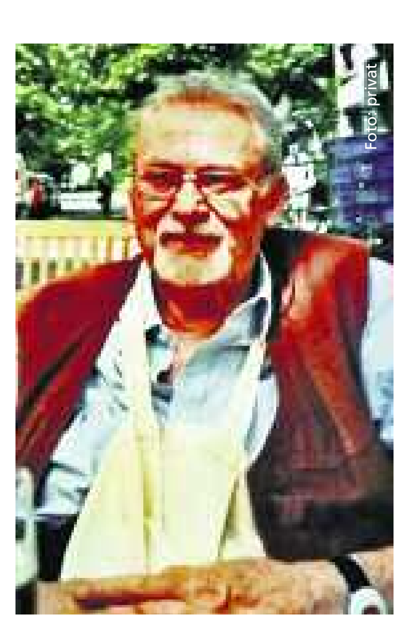
Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Seminarbericht

Bad Pyrmont – Die Kreisgemeinschaft Lyck veranstaltete vom 30. April bis zum 2. Mai in der DRK-Landesschule in Bad Pyrmont erfolgreich ein Seminar mit dem Titel „Ostpreußen, Grenzen, Land und Leute, Behörden und Landsmannschaft".

Die Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee eröffnete das Seminar. Referenten des Seminars waren Dr. Manuel Ruoff von der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, der Historiker und Autor Dr. Andreas Kossert, Kreisältester Gerd Bandilla und Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter Rastenburg.

Über das Seminar wird eine Dokumentation erstellt. Die Dokumentation kann in einigen Wochen zum Preise von fünf Euro plus Portokosten bestellt werden. Bitte melden Sie sich bei Michael Mader, Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen.



90 Jahre: Peter Dziengel

Jubilar Dziengel

Peter Dziengel wurde am 21. Mai 1928 als Sohn des Eisenbahnbeamten Alfred Dziengel in Lyck geboren. Beruflich war Peter Dziengel Polizeihauptkommissar in Berlin. Dort war er auch aktiver Sänger beim Polizeichor. Unvergesslich bleibt sein Engagement bei der 575-Jahrfeier im Jahre 2000 in Lyck.

Seit 1953 bis 2013 war Peter Dziengel zunächst als Sprecher der Berliner Kreisgruppe, dann als gewähltes Mitglied im Kreistag und Kreisausschuss der Kreisgemeinschaft Lyck. Von 1990 bis 2002 war er Protokollführer und redigierte von 1993 bis 2008 unseren Hagen-Lycker Brief.

Stadtsprecher der Lycker innerhalb der Kreisgemeinschaft und Kreisbetreuer der Lycker Gruppe in Berlin ist Peter Dziengel von 1986 bis heute.

Das Goldene Verdienstabzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen wurde ihm 2008 verliehen. Peter Dziengel lebt in Berlin.

Die Kreisgemeinschaft gratuliert Peter Dziengel zu seinem Geburtstag und wünscht ihm einen noch langen, gesunden Lebensabend.

Heimatbrief

Hagen-Lycker Brief 2018 erschienen. Vor wenigen Tagen ist der diesjährige Hagen-Lycker Brief mit lesenswerten Artikeln erschienen. Es ist der erste HLB, den unser neuer Schriftleiter Andreas Schenkewitz zu verantworten hat. Der Heimatbrief ist ihm gut gelungen. Wer den HLB noch nicht bekommen hat, wende sich an unseren Karteiwart Siegmar Czerwinski, Quittenstr. 2, 53340 Meckenheim.

Dem diesjährigen HLB liegt ein Stimmzettel bei. Turnusgemäß ist in diesem Jahr unser Kreistag neu zu wählen. Der Kreistag ist eine Mitglieder-Vertreterversammlung. Der Kreistag entscheidet in wichtigen Angelegenheiten für Sie, lieber Leser des Heimatbriefes. Machen Sie von Ihrem Stimmrecht Gebrauch. Wahlschluss ist der 30. Juni 2018.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Wahlen 2018

Dem Heimatbrief Nummer 150 liegen Karten für die diesjährigen Wahlen bei.

Folgende Kandidaten gehörten bisher dem Kreistag an: Ruth Bahr, Dr. Irmtraud Sigrid Bießner, Günther Ernst, Marion Haedge, Martin Hennig, Ulrich Hoffmann, Frank Jork, Reinhard Kayss, Lutz Knief, Jürgen Kowalek, Ingrid Laufer, Dr. Uwe Laurien, Werner Leben (Ersatzkandidat), Dietrich Olinski, Hans-Ulrich Pokraka und Jürgen Szepanek.

In seiner Sitzung am 2. September 2017 wählte der Kreistag zum Vorsitzenden des Wahlausschusses Günther Ernst sowie als Beisitzer Frank Jork und Ulrich Hoffmann. Der amtierende Vorstand bittet um eine rege Wahlbeteiligung und um möglichst umgehendes Verschicken der ausgefüllten Wahlkarten an den Vorsitzenden Günther Ernst in Dinslaken.



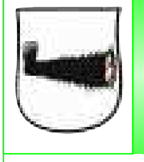
OSTERODE

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Mo. 14-17 Uhr, Do. 14–17 Uhr.

Regionaltreffen

Hamm-Westtünnen – Sonntag, 27. Mai, Von-Thünen-Halle, Vereinsheim des Schützenvereins Westtünnen 1893 e.V., Hubert-Westermeier-Straße 1, ab 10 Uhr, Eröffnung um 12 Uhr, mit Ostpreußenlied, Totenehrung, Grußworten, Ansprache des Kreisvertreters, Nationalhymne und dem Schlusswort. Mit der Bahn: Vom Bahnhof Hamm (Westfalen) Busverbindung mit der Linie 30 bis zur Haltestelle Von-Thünen-Halle. Der Bus verkehrt am Sonntag stündlich ab 9.27 Uhr.

Mit dem Pkw über die A2: Abfahrt an der Anschlussstelle Hamm/Werl; auf der Werler Straße in Richtung Hamm bis zur Dr.-Loeb-Caldendorf-Straße, auf dieser Straße bis zur Hubert-Westermeier-Straße.



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

23. Kirchspieltreffen

Das traditionelle Kirchspieltreffen fand statt unter dem Motto: Die Heimat Ostpreußen bleibt unvergessen!"

In diesem Jahr versammelte sich wiederum eine beachtliche Schar heimatverbundener Landsleute in Bad Sassendorf, diesmal bereits zum 23. Kirchspieltreffen Sorquitten. Wie in den vergangenen Jahren schlossen sich der diesjährigen Begegnung abermals einige Landsleute aus der Warpuhner Region an, da das Kirchspiel Warpuhnen keine eigenständigen Treffen mehr veranstaltet. Die Heimatfreunde beider Kirchspiele kennen sich aus der Zeit nach 1945, in der sie dort bis in die späten 50er Jahre lebten und auch kirchlich in einem Großbereich vereint waren.

Nach dem andachtsvoll erklungenen Sorquitter Glockengeläut, dem erhabenen Gesang der Ostpreußenhymne, waren die Teilnehmer gebührend auf den Ablauf des Treffens eingestellt. Die Festrede des Sorquitter Kirchspielvertreters hatte vorwiegend das Thema „Heimat Ostpreußen" zum Inhalt.

Beginnend lieferte der Redner einen kurzen Abriss über die Situation nach 1945 in Ostpreußen.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Er vergegenwärtigte einen Abschnitt der Jugendzeit, der die Teilnehmer nachdenklich in diesen Zeitraum in der Heimat zurückversetzte. Zunächst folgte eine Beschreibung der geborgenen Jahre in der elterlichen Familie bis zum Kriegsende. „Die größte Katastrophe begann im Januar 1945 für die in Ostdeutschland lebenden Menschen“, vernahmen die Zuhörer aus dem Munde des Redners. „Da begann das plötzliche Aus. Tausende Ostpreußen wurden zu getriebenen Flüchtlingen. Ein großer Teil entkam dem brutalen Geschehen der einmarschierenden russischen Armee. Aber für einen Großteil der Fliehenden gab es auf dieser unmenschlichen Flucht kein Entrinnen. Sie waren dem barbarischen Treiben der Soldateska ausgeliefert. Unzählige Menschen wurden erschossen, Mädchen und Frauen zu Tausenden vergewaltigt. Kann unser Vorstellungsvermögen das heute noch erfassen? Wir haben es nicht vergessen, und wir dürfen es nicht vergessen. Und deshalb sind wir hier.“

Abschließend machte Buchholz nochmals deutlich, warum diese Heimattreffen der Landsleute aus den Kirchspielen von damals von so großer Bedeutung seien. Als aus der Heimat Vertriebene begegne man sich. Und er schlussfolgerte: „Wir sind keine Mitglieder irgendeines Vereins. Wären wir das, genügte es, dass wir uns mit einer Plauderei bei Kaffee und Kuchen begnügen würden. Seit mehr als 50 Jahren sind wir aus der Region Sorquitten, Warpuhnen oder Ribben verbannt worden. Dort ist jedoch unser Ursprung. Gedanklich zieht es uns heute ganz besonders dorthin zurück. Die Erinnerung ist da. Diese Zeit unseres anfänglichen Werdens vergessen wir nie. Während unseres heutigen Beisammenseins wollen wir uns in unseren Gesprächen erneut eingehend mit der verlorenen Heimat befassen. Möge das gesamte Heimattreffen heute unter dem Motto stehen: Die Heimat Ostpreußen bleibt unvergessen!“

Das anschließende namentliche Totengedenken der innerhalb eines Jahres Verstorbenen und das Gedenken an die Opfer des Zweiten Weltkrieges nahmen einen breiten Raum ein. Informationen über die eingegangenen Spenden für die bedürftigen Heimatverbliebenen im Sorquitter Großbereich wurden weitergegeben. Auch die derzeitige Situation der zum Deutschtum sich bekennenden Menschen deutscher Abstammung im Kreis Sensburg wurde erörtert. Im Hotel Haus Rasche wurden wir im Festsaal wieder eh und je freundlich aufgenommen und mit einem opulenten Mittagessen sowie einer ausgiebigen Kaffeetafel bewirtet. Am Ende des Treffens war eine gewisse Abschiedsstimmung spürbar, die jedoch durch die Freude überboten wurde, sich im nächsten Jahr hier in Bad Sassendorf wiederzusehen. *Manfred Buchholz*

Bad Sassendorf: Sorquittener und Warpuhner beim 23. Kirchspieltreffen Sorquitten Bild: privat



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

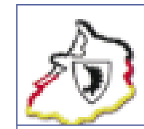
Nachbarschaftstreffen

Eitorf – Sonnabend, 26. Mai, 10 bis 17 Uhr, Einlass 9 Uhr, Hotel Schützenhof in Eitorf, Windecker Straße 2: Nachbarschaftstreffen der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit. Am Vorabend, also am Freitag, 25. Mai, findet ein gemeinsames Abendessen um 18.30 Uhr statt mit einem gemütlichen Beisammensein im Anschluss. Es erwartet Sie ein vielfältiges Programm bei freiem Eintritt (um eine Spende wird gebeten.) Festredner ist LO-Vorstandsmitglied Dr. Wolfgang Thüne. Hotelzimmer (DZ 94, EZ 64) können unter Telefon (02243) 8870 oder per E-Mail: info@hotelschuetzenhof.de gebucht werden.

Schultreffen

Bad Bevensen – Montag, 4. Juni, Hotel Berlin, Alter Weisenweg 11, 29549 Bad Bevensen: Schultreffen der Königin-Luise-Schule. Anreise am 3. Rückreise am 6. Juni.

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Marius Jungk, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de.

Königswinter – Freitag, 25. Mai, bis Sonntag, 27. Mai, JUFA Hotel, Bergstraße 115, 53639 Königswinter: Politisches Frühjahrsseminar gemeinsam mit der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen.

Programm

Freitag, 25. Mai
Anreise bis 19.30 Uhr,
20 Uhr: Ortserkundung.
Sonnabend, 26. Mai
8 Uhr: Frühstück,
9 Uhr: Die Rolle der USA in Europa, Hans Eifler, OMV-Kreisvorsitzender Rhein-Sieg,
10.30 Uhr: Quo vadis EKD? Die politischen Abwege der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gernot Facius, Journalist und Publizist,
12.30 Uhr: gemeinsames Mittagessen,
13.30 Uhr: Aktuelles zum Thema „Die Politik der Regierung Merkel“, Hans Heckel, Redakteur der *PAZ*,
15 Uhr: Pause
16 Uhr: Der Klimaschwindel, Dr. Wolfgang Thüne, Diplom-Meteorologe (angefragt),
anschließend: Abendessen und gemütliches Beisammensein in der Bonner Altstadt.
Sonntag, 27. Mai
8 Uhr: Frühstück,
anschließend (bei gutem Wetter): Fahrt nach Köln
10.15 Uhr: Die Machenschaften des Primas Hlond und der polnischen katholischen Kirche bei der Vertreibung der Deutschen ab 1945, Hans Eifler, OMV-Kreisvorsitzender Rhein-Sieg,
11.45 Uhr: gemeinsamer Abschluss.

Weitere Informationen unter Telefon (02964) 1037, Internet: www.junge-ostpreussen.de oder www.ostpreussen-nrw.de.

Kulturzentrum Ostpreußen
im Intgernet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

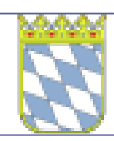
Reutlingen – Unser Frühlingsfest Anfang Mai war ein Treffen bei erhofftem herrlichem Wetter. Der Saal im Treffpunkt für Ältere in Reutlingen war frühlingshaft geschmückt. Die Professorenband der Reutlingen University sorgte gleich von Anfang an mit den passenden Klängen, erstmalig unterstützt mit gefühlvoller Trompete, für den musikalischen Rahmen nicht nur zu Kaffee und Kuchen. Volle Aufmerksamkeit der zirka 30 anwesenden Ost- und Westpreußen war gefordert, als unsere erste Vorsitzende Ilse Hunger an die „Mutter der Ostpreußen“ Ruth Geede erinnerte. Über viele Jahrzehnte hat sie sich mit Zeitungsbeiträgen und vielen Büchern diesen Ruf errungen. Nun musste sie ihre journalistische Tätigkeit beenden. Sie starb mit 102 Jahren in Hamburg. Kleine Beiträge wie „So ein wunderschöner Tag“ – was ja auch tatsächlich zutraf – ergänzten das Tagesprogramm. Nochmals erwähnt muss die Band werden, denn einige ausgewählte Melodien waren zum Mitsingen auserkoren. Und die Anwesenden haben auch reichlich mitgesungen. Mit Informationen für weitere Veranstaltungen in diesem Jahr, wie den 5. August zum Treffen am Gedenkstein der Vertriebenen in Stuttgart mit der Aufforderung zur Teilnahme, werden hoffentlich bei einigen Mitgliedern hängen bleiben. Vielfaches Dankeschön ging an die Mitgestalter des wunderschönen Tages. Unsere mitgesungene und gespielte „National“-Hymne beendete das Treffen. *Peter Jermann*



Reutlingen: Ilse Hunger Bild: privat



Reutlingen: Die Professorenband der Reutlingen University sorgt für reichlich Stimmung. Bild: privat



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 25. Mai, 19 Uhr, Gasthof Krone, Gunzenhausen: „Angekommen? Auf den Spuren der Pommern in Bayern“ – Filmabend. Vorher heimatliches Essen (Pommersche Kartoffelsupp).

Ansbach – Sonnabend, 19. Mai, 15 Uhr, Orangerie: „Schatzkästchen alte Dias“ – Bilder von Reisen aus den Jahren 1980 bis 1994 nach Ost- und Westpreußen.

Landshut – Dienstag, 5. Juni, Minigolfplatz, Mitterwöhr: Treffen.

Plattdeutsch

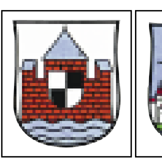
Itzehoe – Donnerstag, 31. Mai, 15 bis 17 Uhr, Kreismuseum Prinzeßhof, Kirchenstraße 20, 25524 Itzehoe: Lesung mit Marianne Ehlers „De beste Krankheit döggt nix - laat uns lever gesund blieven“. Karten unter Telefon (04821) 64068.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

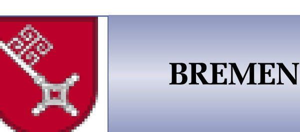
KREISGRUPPEN



Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 26. Mai, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen. Anfragen an Barbara Fischer, Telefon (030) 6041054.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

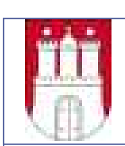


BREMEN

Bremen-Arsten – Donnerstag, 24. Mai um 14 Uhr, „Lüttjen Museum“, In der Tränke 12, Bremen-Arsten: Besuch des Museums. Der Eintritt ist frei, aber natürlich sind Spenden für den Trägerverein „Arbeitskreis Arster Geschichte(n)“ willkommen.

Die ehrenamtlich engagierten Betreuer erwarten uns mit Butterkuchen sowie Kaffee und Tee.

Zu erreichen ist das Museum mit den BSAG-Linien 4 und 51. Dabei sollten Sie die Abfahrt der Linie 4 am Hauptbahnhof um 13.08 Uhr erreichen, steigen an der Haltestelle „Huckelriede“ um 13.27 Uhr in die Buslinie 51 um, die Sie bis zur Haltestelle „Arster Kirche“ benutzen.



HAMBURG

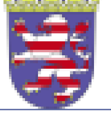
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Harburg – Sonntag, 3. Juni, 11 Uhr, St. Johanniskirche, Bremerstraße 9: Heimatgottesdienst, es predigt Pastorin Sabine Kaiser-Reis, anschließend Gespräche bei Kaffee und Tee. Sie erreichen die Kirche mit öffentlichen Verkehrsmitteln mit den S-Bahnlinien S1 und S3, bitte an der Haltestelle Harburg Rathaus aussteigen, Richtung Rathaus gehen.

KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon und Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Korbach – Sonnabend, 26. Mai, 14 Uhr, Stadthalle, Medebacher Landstraße 10: Tag der Vertriebenen beim Hessentag in Korbach, großer Volkstumsnachmittag mit ostdeutschen Musik- und Tanzgruppen.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

1918/2018

Göttingen – Sonnabend, 2. Juni, 14 bis 18 Uhr, Collegium Albertinum, Bonhoefferweg 2, 37075 Göttingen: Vorträge zum Thema „1918/2018 – Das Ende des Ersten Weltkrieges und die Folgen für Ostpreußen“. Veranstalter ist der Akademische Freundeskreis Ostpreußen mit der Gemeinnützigen Gesellschaft Albertinum, Telefon (0551) 22437.

Anzeige

Wenn Ihr mich sucht, sucht in euren Herzen;
habe ich dort eine Bleibe gefunden, lebe ich in euch weiter.



Ferdinand Lange

* 6. März 1930 † 5. Mai 2018
Lindenau (Ostpreußen)

In Dankbarkeit nehmen wir Abschied.

Kinder, Enkelkinder und Verwandte

42657 Solingen, Helsinkistr. 31

Die Beerdigung hat im engsten Kreis der Familie stattgefunden.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 23. Mai, 15 Uhr, Jasperallee 42 (Eingang Sozialverband): Monatsversammlung. Brigitte Klesczewski erzählt über ihre Reisen durch Pommern mit Bahn, Bus sowie dem Rad und zeigt dazu Bilder.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Freitag, 25. Mai, bis Sonntag, 27. Mai, Königswinter: Politisches Frühjahrsseminar gemeinsam mit dem BJO.

Dortmund – Dienstag, 22. Mai, 14.30 bis 17 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3 (Eingang Märkische Straße): Die LO-Kreisgruppe trifft sich zur monatlichen Zusammenkunft.

BERICHT

Am Montag, 16. April, wurde beschlossen, die monatlichen Treffen der Ostpreußen einzustellen. Der bisherige Kassierer Stefan Hein wurde ermächtigt den Kassenstand ausschließlich dazu zu verwenden, am Volkstrauertag des jeweiligen Jahres einen Kranz für den Gedenkstein der Ostpreußen an der Feuerwache Dortmund-Hörde zu erwerben und niederzulegen. Findet in der Heimatstube für alle landsmannschaftlichen Kreisgruppen die Gedenkstunde zum Volkstrauertag statt, findet auch das Kaffeetrinken dort statt. Zu dieser Zusammenkunft wird immer eingeladen.

Die aktive Kreisgruppe Dortmund der Ostpreußen wurde stillgelegt. Die Mitglieder, Freunde und Förderer und Gäste werden nachfolgend ab jetzt der „Freundeskreis Ostpreußen“ sein, zu dem alle Interessierten von nah und fern in unregelmäßigen Abständen eingeladen sind und werden.

Düren – Mittwoch, 6. Juni, 18 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Holzstraße 7a: Jahresausflug in Planung.

Düsseldorf – Mittwoch, 23. Mai, bis Mittwoch, 4. Juli, vor der Bibliothek, GHH: Briefmarkenausstellung „Große Mächte in kleinen Formaten“, Teil sechs der Sowjetischen Besatzungszone 1945 bis 1949. – Sonnabend, 26. Mai, 11 Uhr, Infostand, Hauptbahnhof Düsseldorf: Wandertreff. – Montag, 28. Mai, 19 Uhr: Lesung und Buchvorstellung mit Christian Pantle zum Thema Dreißigjähriger Krieg „Als Deutschland in Flammen stand“. – Mittwoch, 30. Mai, 15 Uhr: Bücher im Gespräch „Karl Marx“. – Mittwoch, 6. Juni, 15 Uhr: Raum 311 „Siebenbürgen Sachsen“, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Mittwoch, 6. Juni, 19 Uhr, GHH: Lesung aus Alfred Döblins „Teralogie“ mit A. Bialas und Professor Halder. – Mittwoch, 13. Juni, 7 Uhr, Hauptbahnhof Neuss: Tagesexkursion mit Sabine Grabowski nach Brüssel zum Europäischen Ausschuss der Regionen – Politik vor Ort, Kosten: 39 Euro, der Bus fährt pünktlich um 7.30 Uhr ab, Anmeldung bis Montag, 28. Mai.

Neuss – Jeden ersten und letzten Donnerstag im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Tag der offenen Tür. Am Dienstag, 7. Juni, fällt der Tag der offenen Tür wegen des Jahresausflugs aus. – Donnerstag, 7. Juni, bis Sonntag, 10. Juni: Jahresausflug nach Speyer. Anmeldung bei Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon (02131) 3843400.

Wesel – In der einstigen preußischen Garnisonsstadt Wesel am Rhein stand seit 1907 ein Denkmal von Kaiser Wilhelm I., der sich in der Schlosskirche zu Königsberg am 18. Oktober 1861 selbst zum König gekrönt hatte: „Von Gottes Gnaden tragen Preußens Könige seit 160 Jahren die Krone ... eingedenk, daß die Krone nur von Gott kommt, habe ich durch die Krönung an geheiligter Stätte bekundet, daß ich sie in Demut aus seinen Händen empfangen habe.“

Zum Ende seiner Regierungszeit und nach seinem Tod 1888 wurde Wilhelm I. in höchstem Maße verehrt. In Wesel, wie in vielen anderen deutschen Städten, sammelten Bürger Geld für ein Denkmal. Die Weseler Statue wurde 1907 auf dem Kaiserplatz, vor dem örtlichen Bahnhof, feierlich eingeweiht.

1946 wurde dieses Denkmal von den britischen Befreiern durch Beschuss geschändet. Kopf und Rumpf brachen auseinander. Das Kaiserstandbild landete im Bauhof.

Mitte der 1990er Jahre startete der Weseler Bauunternehmer Ernst Joachim Trapp einen Anlauf, den Kaiser wieder zu versenkung zu holen. Wesel gehört zu den am stärksten kriegszerstörten Städten Deutschlands. „Wir haben doch fast nichts mehr aus der Vergangenheit“, argumentiert Trapp. Doch Linke und Teile der Bürgerschaft wollten das Standbild nicht.

Den Durchbruch brachte schließlich ein Vorschlag, das nachkriegsbeschädigte Denkmal nicht aufzustellen, sondern in einen gläsernen „Schneewittchensarg“ zu legen.

Seit dem 13. April ist das nicht restaurierte Denkmal Kaiser Wilhelms I. an einem wenig frequentierten Platz liegend zu sehen.

Wilhelm Kreuer

Witten – Montag, 28. Mai, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6–10: Frühlingsfest, eventuell auch Ausflug in den Rombergpark.

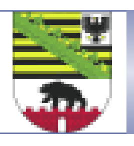


SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe – Sonnabend, 9. Juni, 10 bis 17 Uhr, Saal des Gartenvereins Seilbahn, Max-Liebermann-Straße 91, 04157 Leipzig: regionales und landesweites Treffen unter dem Motto „Spurensuche“. Teilnehmer sind der Stellvertretende Sprecher der Landsmannschaft, Hans-Jörg-Froese, die Kreisgemeinschaften Wehlau, Labiau, Gerdauen, der Samländer „Pobethen-Dietmar“, die Fotografin Monika Schulz-Fieguht und die Mundartsprecherin Inge Scharrer. Für den musikalischen Höhepunkt sorgt der international bekannte und geschätzte „Männerchor Leipzig-Nord“. Informationen: Eberhard Grashoff, Telefon (0341) 9010730, E-Mail: ebs.grashoff@web.de.

Alexander Schulz, Landesvorsitzender



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 25. Mai, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Vortrag über Pflege von Schwester Sabine Heinirchs.

Bitte senden Sie uns Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der Folge 22 bis Mittwoch, 23. Mai, zu.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Oldesloe – Im Mai konnten die Ost- und Westpreußen in Bad Oldesloe gemeinsam einen besonderen Geburtstag feiern. Brigitte Profé, Vorsitzende der Ost- und Westpreußen in Neumünster, und Hildegard Henning vom dortigen Vorstand waren dabei – und Erna Drescher als älteste Seniorin mit 97 Jahren.

Nach Begrüßung der Gäste durch den Gastgeber dankte die Vorsitzende dem Ehepaar Baltrusch für die Einladung. Dabei würdigte sie die ehrenamtliche Tätigkeit des Jubilars Georg Baltrusch im Vorstand der Ost- und Westpreußen in Bad Oldesloe und als stellvertretender Landesvorsitzender der Ostpreußen in Schleswig-Holstein.

Ernste und lustige Begebenheiten ließen das alte Ostpreußen – auch mundartlich – wieder lebendig werden.

Das Juni-Treffen findet am 13. Juni im „Kuchenwerk“ in der Hindenburgstraße statt – nicht im DRK-Haus. *Gisela Brauer*

Eckernförde – Ausstellung „Nidden und seine Maler“ bis Sonntag, 5. August, Dienstag bis Freitag von 10 bis 12.30 Uhr, Sonnabend und Sonntag 11 bis 17 Uhr, an Feiertagen 14.30 bis 17 Uhr, Museum Eckernförde, Rathausmarkt 8, 24340 Eckernförde.

Das Museum Eckernförde zeigt bis Sonntag, 5. August, die Ausstellung „Landschaft voller Licht und Farbe. Die Künstlerkolonie Nidden“, für die der Sammler und Leihgeber Bernd Schimpke 29 Bilder zur Verfügung stellt.

Rund um diese Ausstellung finden weitere Veranstaltungen statt.

Dienstag, 29. Mai, 19 Uhr: Filmabend. „Zwischen Wanderdünen. Nidden. Künstlerkolonie auf der Kurischen Nehrung“. Ein Dokumentarfilm von Arvydas Barysas mit einer Einführung von Jörn Barfod, Ostpreußisches Landesmuseum.

Donnerstag, 7. Juni, 19 Uhr: Vortrag „Paradies Nidden“ von Jörn Barfod, Ostpreußisches Landesmuseum.

Donnerstag, 2. August, 19 Uhr: Gespräch mit dem Sammler Bernd Schimpke.

Führungen durch die Ausstellung finden an folgenden Sonntagen jeweils um 11.30 Uhr statt: 27. Mai, 10. und 24. Juni, 8. und 22. Juli; und an folgenden Mittwochen jeweils um 15 Uhr: 9. und 23.Mai, 13. und 27. Juni sowie am 11. Juli.

Weitere Informationen unter Telefon (04351) 712547, Internet: www.museum-eckernfoerde.de.

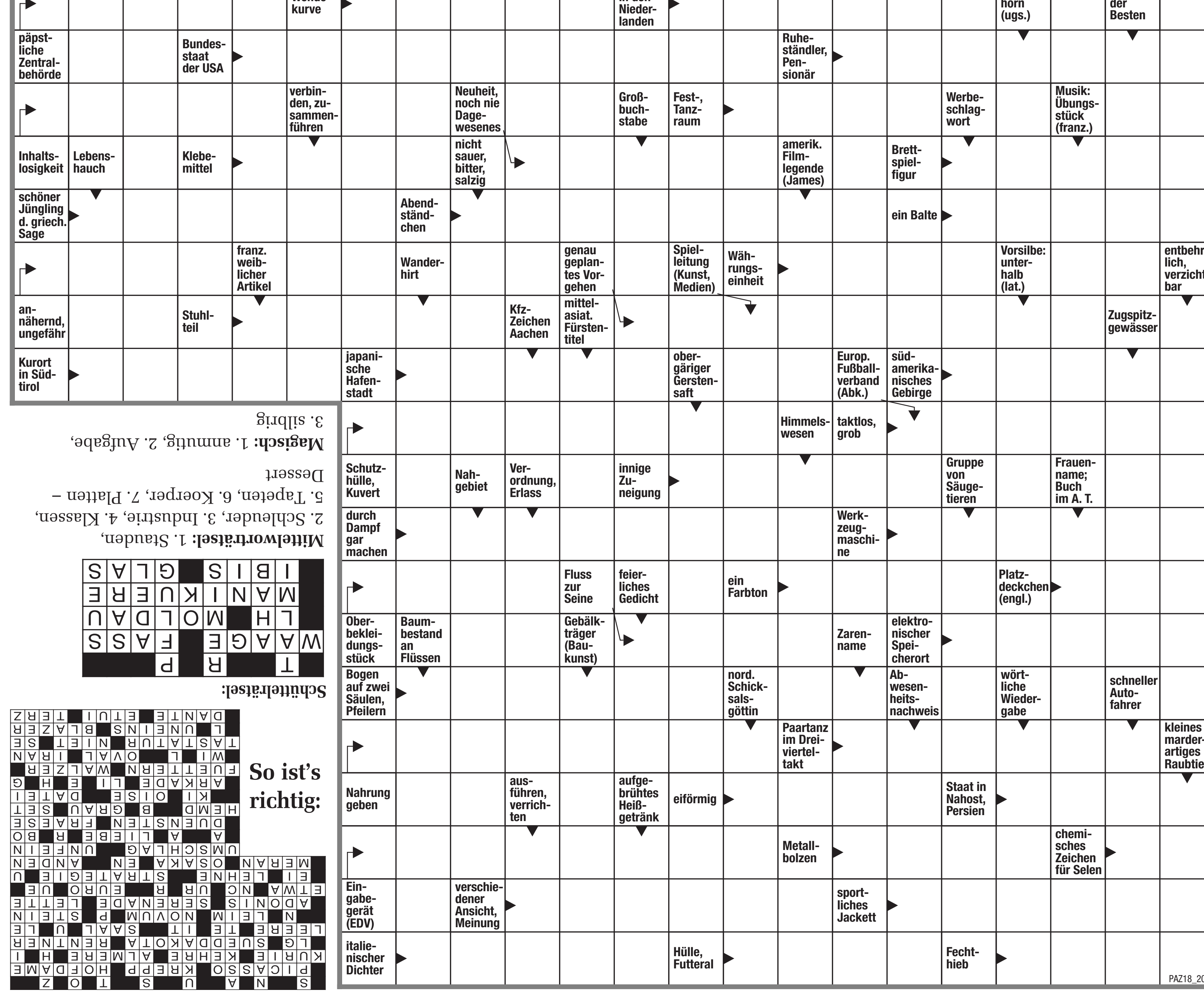
Flensburg – Freitag, 18. Mai, 12.30 Uhr: Halbtagesausflug der Vereinigten Landsmannschaften Flensburg. Abfahrten der Bustour ab ZOB Holmpassage 12.40 Uhr, ab Markthalle auf der Exe 12.30 Uhr. Rückkehr gegen 18 Uhr. Kosten je Person 25 Euro. Unter der Reiseleitung von Hans Legies führt die Fahrt durch Angeln und Schwansen (nur auf unbekannten Wegen). Es gibt eine Kaffeetafel.

Dittchenbühne

Elmshorn – Pfingstsonntag, 20. Mai, 10 bis 16 Uhr: Flohmarkt und Pfingsochsen-Fest. Bitte kommen Sie, wenn möglich, zu Fuß oder mit dem Fahrrad zum Forum Balitkum.

„Auch in diesem Jahr wird es bei unserem großen Stadtteilfest am Pfingstsonntag eine attraktive Tombola geben – mit vielen Gewinnen!“ Darauf weist Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt hin. Der Clou: „Der Hauptpreis ist ein Rundflug per Flugzeug über Elmshorn und Umgebung!“

Forum Baltikum – Dittchenbühne, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Internet: www.dittchenbuehne.de, E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.



Schüttelrätsel

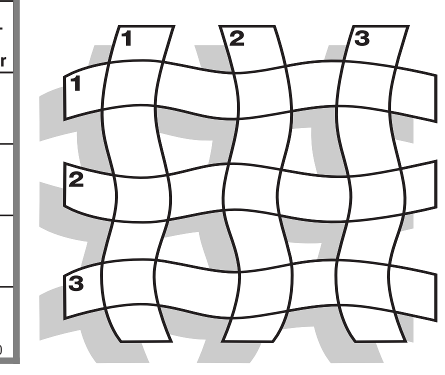
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AILMT, AABH, EIMRS, FGLPU, ADEL, AARS, ESSU, AFSS, AAEGW, ADLMOU, AEEIKMNRU, BIIS, AGLS

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort ein anderes Wort für Nachspeise.

1	PRACHT	BEET
2	STEIN	BALL
3	GLAS	MESSE
4	GUETE	BUCH
5	TEXTIL	ROLLEN
6	OBER	BAU
7	HERD	SEE



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 liebreizend, graziös
2 Pflicht; Funktion
3 metallisch glänzend



Gold der Ostsee

Bernsteinausstellung in Warendorf

Das Westpreußische Landesmuseum zeigt die Sonderausstellung „Bernstein – Das Gold der Ostsee“.

Nach 1945 entwickelte sich Danzig zum wichtigsten Bernsteinzentrum für die Verarbeitung und Vermarktung des „Goldes der Ostsee“. Alljährlich findet im März in Danzig die größte Bernsteinmesse der Welt statt, die Tausende Interessierte in die Hansestadt lockt.

Um die Bedeutung des Bernsteins für diese Region zu unterstreichen und an die jahrhundertealte Bernsteintradition anzuknüpfen, wurde im Jahr 2000 das Bernstein-Museum als eine Sonderabteilung des Historischen Museums der Stadt Danzig gegründet. Seit seiner Gründung hat das Bernsteinmuseum über 2000 Exponate gesammelt, 50 Sonderausstellungen konzipiert und über 500 000 Besucher verzeichnet. Es gehört zu den meist besuchten Museen der Stadt Danzig.

Die vom Westpreußischen Landesmuseum in Zusammenarbeit mit dem Historischen Museum der Stadt Danzig entwickelte Ausstellung zeigt erstmalig ausgewählte Schätze der umfangreichen Sammlung des Bernsteinmuseums im Ausland. Sie wird 150 Kunstwerke aus Bernstein aus einem Zeitraum von fünf Jahrhunderten präsentieren und so in diesem Umfang zum ersten Mal in Deutschland zu sehen sein. Unter den ausgestellten Sammlungsobjekten befinden sich unter anderem Meisterwerke des 17., 18. und 19. Jahrhunderts, wie eine Madonnenskulptur des 17. Jahrhunderts, seltene Inklusen und nicht zuletzt moderne Kunstwerke des 21. Jahrhunderts, die von Absolventen der Danziger Kunstakademie, Abteilung Bernsteingestaltung, geschaffen wurden.

Westpreußisches Landesmuseum, Klosterstraße 21, 48231 Warendorf, Telefon (02581) 9277713.

Neue Bleibe für Archiv

Ernst Wiechert auf der Schwäbischen Alm

Seit ihrer Gründung 1989 hatte die Internationale Ernst-Wiechert-Gesellschaft (IEWG) ein Domizil im „Museum Königsberg“ in Duisburg. Als das Museum 2015 in das Ostpreußische Landesmuseum nach Lüneburg zog, musste für das Wiechert-Archiv ein neuer Standort gefunden werden. Bücher, Akten, Nachlässe, Dokumente benötigten eine feste Bleibe.

Zwischen Ulm und Sigmaringen (Hohenzollernburg) liegt der malerische Erholungsort Zwiefalten. Dort gibt es einen traditionsreichen und kulturell sehr aktiven Geschichtsverein, der von einem Mitglied der IEWG geleitet wird. Mitglied sowohl des Geschichtsvereins wie auch der IEWG war die 2014 verstorbene Hedwig Butz, die dem Geschichtsverein ihr geräumiges und gepflegtes Haus vermacht hat, das zu ihren Lebzeiten ein kultureller Treffpunkt des Ortes Zwiefalten gewesen ist.

Die IEWG darf seit 2017 in Zusammenarbeit mit dem Geschichtsverein dieses Haus mitnutzen.

Ernst Wiechert verbrachte 15 Jahre seines Lebens im süddeutschen Raum, zog 1933 von Berlin nach Ambach am Starnberger See, baute in Wolfratshausen bei München den Hof Gagert, in dem er bis 1948 wohnte, und verbrachte die beiden letzten Lebensjahre in Uerikon bei Zürich. In Stäfa liegt sein Grab. Seine geistigen Erben beziehen also einen Standort in seiner Nähe, voller Dankbarkeit gegenüber der Hausbesitzerin Hedwig Butz, die eine angesehene Bürgerin der Gemeinde Zwiefalten war und ist.

So fand zu ihrem 100. Geburtstag am 23. Oktober 2017 „ein Wochenende mit Literatur, Musik und Kultur“ statt, eine Veranstaltung der IEWG in Zusammenarbeit mit dem Geschichtsverein Zwiefalten e.V. „Wir öffnen den Schrank von Wiecherts Literatur-Archiv!“, lautete das Motto über dem differenzierten Programm. Mit interessierten Vertretern der lokalen Presse traf man sich am 21. Oktober im „Butz-Haus“ und besichtigte die kultivierten Räume, den reichen Bücherbestand und die wertvollen Kunstsammlungen. Hedwig Butz, geb. Metzler, Romanistin und Literatin, hat hier eine Atmosphäre geschaffen, die dem neuen Bewohner verwandt ist. Hier hätte Ernst Wiechert leben und dichten können wie im „Rütihof“, seinem letzten Wohnsitz bei Zürich.

Sein vollständiges Werk in Einzelausgaben und in zwei Gesamtausgaben lädt zum Lesen ein. Feuerfeste Stahlschränke enthalten unersetzliche Dokumente und – die IEWG ist international – bereits einen Nachlass aus Frankreich.

Eine große Gesprächsrunde tauschte sich im Butz-Haus über Wiecherts aktuelle Bedeutung heute aus. Die lokale Presse berichtete ausführlich darüber.

Die Wiechert-Freunde besichtigten am 22. Oktober das Psychiatriemuseum Zwiefalten und die Gedenkstätte für die Opfer der Euthanasie. Auch dieser Gang war dem Dichter geschuldet, der seine Stimme gegen die Unmenschlichkeit des NS-Regimes erhoben hat.

„Ernst Wiechert und die Musik“ - Zwiefalten bietet ein reiches Musikleben. Margarete Geyer (IEWG) hatte ein bewegendes Festkonzert zusammengestellt. Sie trug, begleitet von der Pianistin Liliana Roth, Lieder von Franz Schubert zu Texten von Ernst Wiechert vor, die von Heide Hensel gelesen wurden.

Als sich die Wiechert-Freunde am 100. Geburtstag von Hedwig Butz an ihrem Grab versammelten, dankte man einer bemerkenswerten Frau, aber auch einer glücklichen Fügung. Zwiefalten liegt in einer Kultur- und Literaturlandschaft, dieVerbindungen von Ernst Wiechert zu seinen Dichterkollegen anbietet. Eduard Mörike und Johann Peter Hebel, Ernst Jünger, Hermann Hesse, Schiller und Hölderlin, und ein Ausflug zum nahen Bodensee führt zum Grab von Anette von Droste-Hülshoff. *Bärbel Beutner*

Wissen Sie’s?

Spielfragen aus „Reise durch Ostpreußen“

Was ist „Blaue Erde“?

A: Strandabschnitte mit blauem Sand Nahe der Künstlerkolonie in Nidden
B: hochprozentiger Schnaps zu einem Rote Beeten-Gericht
C: Bernsteinhaltige Sedimentschicht in Palmnicken

Auf Ihrer Reise durch Ostpreußen werden Sie Fragen beantworten, die Sie nicht nur auf der Punkteskala voranbringen, sondern Sie auch über Ostpreußens Geografie, Geschichte, Literatur sowie über Land und Leute informieren.“ So heißt es in der Spielanleitung zum strategischen Gesellschaftsspiel für die ganze Familie. Auf dem 60 x 60 cm großen Spielfeld können einzelne Orte Ostpreußens problemlos gefunden werden, sodass ein Reisen durch Ostpreußen – wenigstens mit den Spielfiguren – ermöglicht wird.

In loser Folge wird die eine oder andere Frage aus dem Spiel veröffentlicht und in der jeweils nächsten Ausgabe die Antwort dazu geben. Also raten Sie gerne mit.

Bestellen können Sie das Spiel unter Telefon (040) 4140080, *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Eiszeit in der Klimaforschung

Zu: Auf zur globalen Ökodiktatur (Nr. 16)

Wer in Norddeutschland oder im Alpenvorland lebt, hat die Folgen mehrerer Eiszeiten (Kaltzeiten) stets vor Augen: viele Seen, Grund- und Endmoränen, Findlinge.

Der Anfang der vorerst letzten Eiszeit liegt nach Einschätzung von Wissenschaftlern rund eine Million Jahre zurück, ihr Ende war „vorgestern“ – vor rund 10000 Jahren. Die nördlichen deutschen Mittelgebirge waren zum Teil mehrere hundert Meter hoch mit Gletschern bedeckt. Geologische Lehrpfade zeigen dies an etlichen Stellen in eindrucksvoller Weise. Sie sind auch für Laien verständlich konzipiert.

Die wenigen Menschen jener Zeit (Altsteinzeit) produzierten kaum nennenswerte Emissionen, sieht man von den Lagerfeuern mal ab. Dennoch folgten den Kaltzeiten regelmäßig wieder Warmzeiten, die die Vergletscherung beendeten – bis danach die nächste folgte.

Diese ganz starken Klimaveränderungen konnten offenkundig nicht von Menschen verursacht sein (anthropogen). Es mussten andere Ursachen gewesen sein. Sonnenaktivitäten werden von einer mutigen Minderheit von Fachgelehrten dafür verantwortlich gemacht. Diese aber können von Menschen nicht beeinflusst werden. Dieser Aspekt der Klimaveränderung wird von der Menge der Klimaforscher in Abrede gestellt, nicht oder kaum erwähnt, weil er nicht in ihr ideologiebefrachtetes Weltbild passt.

„Die Potsdamer“ und ihr „Anhang“ sollten sich endlich äußern, warum sie als Klimaexperten den häufigen Wechsel von Kalt- und Warmzeiten in der Erdgeschichte nicht bewerten, sondern ignorieren.

Bernhard Hartz, Salzhemmendorf

Die Scheinheiligen

Zu: Küsschen, Küsschen (Nr. 18)

Der bayerische Wahlkampf wirft seine Schatten voraus: Es ist keineswegs neu, dass es in Bayern in Schulgebäuden, Gerichtssälen, Ministerien, Ämtern und andernorts Kruzifixe gibt, die sich in offiziellen und halboffiziellen Räumen befinden. Was der Ministerpräsident Markus Söder nun durchsetzt, ist nichts anderes, als dass er die Kreuze noch „sichtbarer“ macht, indem er sie in den Eingängen der Ämter und Behörden anbringen lässt.

Die Argumente dafür sind scheinheilig: Es geht weder um die Identität der Bayern oder der Deutschen, sondern es geht lediglich darum, vermeintlich erfolgreichen Wahlkampf gegen die AfD zu machen. Einer neuen Partei, die der CSU schon zur Bundestagswahl 2017 durch Fragen nach der deutschen, christlichen Identität sehr viele Prozente abjagte.

Weitere Scheinheilige befinden sich in den großen Kirchen unseres Landes: der Vorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland und Landesbischof Bayerns, Heinrich Bedford-Strohm, bekennendes SPD-Mitglied, und sein katholischer Duzfreund Kardinal Reinhard Marx, welcher der katholischen, nicht gerade konservativen Soziallehre zuneigt. Beide werden wieder einmal nicht müde, die Öffentlichkeit mit ihren „Weisheiten“ zu traktieren. Gerade diese beiden Kirchenmänner, die sich nicht entblödeten, ihre Kreuze in Jerusalem im Angesicht der al-Aqsa-Moschee und der Klagemauer abzulegen, plärren wieder einmal herum. Auch sie machen Wahlkampf.

Kreuzverleugner und Scheinheilige sind genau jene Charaktere, die wohl Jesus meinte, aus dem Tempel vertreiben zu müssen (Matthäus 21,12). Die Bibel ist nach wie vor aktuell.

Dr. Eibe Hinrichs Knüllwald

Fürsorglicher Zar

Zu: Hommage an den „Befreier-Zaren“ (Nr. 18)

Ein zutreffender und sympathischer Artikel über Zar Alexander II., dem noch etwas anzufügen ist: Alexander II., über seine Mutter ein Enkel Friedrich Wilhelms III. und der Königin Luise, wurde von den Umstürzlern der „Narodnaja Volja“ („Volksfreiheit“) zum Tode verurteilt, weil er durch seine Reformen auf verschiedenen Gebieten den Revolutionären den Wind aus den Segeln nahm.

Der Zar wusste das. Er fuhr im offenen Schlitten durch St. Petersburg. Am 13. März 1881 erfolgte das Attentat. Der Sprengsatz traf den zweiten der beiden Schlitten, in dem ein Adjutant saß. Ohne Rücksicht auf die Gefahr ließ Alexander sofort halten, um sich um die Verwundeten zu kümmern. Da wurde ein zweiter Sprengsatz geworfen. Der rechte Fuß wurde dem Zaren abgerissen. Er starb in derselben Stunde.

Die Verantwortung für seine Untergebenen stand ihm höher als der Schutz des eigenen Lebens.

Friedrich Carl Albrecht, Burgdorf-Ehlershausen



Das Kreuz als Wahlkampfinstrument: Bayerns Ministerpräsident Markus Söder lässt sich gerne mit und vor Kreuzen ablichten. In seinem konservativ geprägten Bundesland kann das der CSU zu Wählerstimmen verhelfen Bild: pa

In Syrien ist niemand an wirklicher Aufklärungsarbeit interessiert

Zu: Weiter auf Kollisionskurs (Nr. 16)

Der syrische Krieg ist ein dreckiger Krieg. Es geht nicht um ein Mehr an demokratischen Rechten für die syrische Bevölkerung. Das macht die enge Zusammenarbeit der USA und NATO-Staaten mit den reaktionären Regimen in Saudi-Arabien und Katar deutlich. Ist der „Bürgerkrieg“ in Syrien nicht vor allem ein Rohstoffkrieg? Geht es nicht um die Vormacht im globalen Energiemarkt?

Die USA, Frankreich, Großbritannien, Saudi-Arabien, Katar und die Türkei versuchen, Assad zu stürzen, und bewaffnen die Rebellen. China, Iran und Russland versuchen das zu verhindern. Sie wollen Assad an der Macht halten und verstärken die Schlagkraft des syrischen Militärs. Wer in diesem Durcheinander wo und wann Giftgas eingesetzt hat, wird immer schwieriger zu durchschauen.

Bereits beim ersten Einsatz von Giftgas im März 2013 nahe Aleppo wurde verbreitet, dass Assad dafür verantwortlich gewesen sei. Dabei hat es Zeugenaussagen gegeben, die dafür eindeutig die Dschihadisten verantwortlich machen. Hier haben Rebellen offenbar im Rahmen einer „False-Flag-Operation“ das Verbrechen der Regierungsarmee in die Schuhe geschoben. Im August 2013 erfolgte der nächste Giftgasanschlag in Ghuta. Sofort wurde Assad wieder verantwortlich gemacht. Die CIA, der amerikanische Geheimdienst Defence Intelligence Agency (DIA) und auch der israelische Geheimdienst haben Obama darüber informiert, dass al-Nusra die Fähigkeit hatte, Saringas zu beschaffen und einzusetzen. Doch der US-Präsident ignorierte die Daten zu al-Nusra.

Der derzeitige Präsident der USA ist nicht besser. Er geht auf Russland und Assad los. Er wirft beiden die permanente Verletzung des Völkerrechts vor. Russland wirft das auch den USA und ihren Handlangern vor. An wirklicher Aufklärungsarbeit ist letztlich keiner interessiert. Einen Gewinner dieses Krieges wird es nicht geben.

List, Täuschungen und Lügen gehören zum Krieg. Darin haben die USA Übung. Im August 1964 hat der US-Präsident Johnson behauptet, dass das US-Kriegsschiff „Maddox“ mit Torpedos im Golf von Tonkin vor Vietnam angegriffen worden sei. Heute wissen wir, dass es eine Lüge war. Johnson eskalierte damit den Vietnamkrieg. Er endete erst 1975. Drei Millionen tote Vietnamesen und 58000 tote US-Soldaten waren die Folge dieser Lüge. Zudem setzten die USA das chemische Entlaubungsmittel Agent Orange ein. War das besser als Saringas?

Es ist auch noch zu bemerken, dass dieses immer Drauf auf die Russen auch aus anderen Richtungen kommt. Beispiel: Die erschreckende Reaktion Englands auf die Vergiftung des russischen Doppelagenten. Auch hier keine Beweise. Auch ein Agent in „Ruhestand“ bleibt ein Agent. Die Engländer hätten gut daran getan, den Ball flach zu halten. Zu gewinnen gibt es für sie nichts. Es gab Zeiten, da ist man mit solchen Agentenmorden anders umgegangen.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Otto, der Weinselige

Trinkfreudiges Klosterleben an der Straße der Romanik – Die Ottonen prägten weite Teile der Kultur im heutigen Sachsen-Anhalt

Entlang der Straße der Romanik kann man in Memleben und Merseburg neuerdings auch in die Zeit der Ottonen eintauchen.

Die Spurensuche im Kernland deutscher Geschichte entlang der Straße der Romanik, die gerade ihr 25-jähriges Bestehen feiert, ist keineswegs eine trockene Angelegenheit. Im Gegenteil. An den milden Ufern der Unstrut befanden sich bereits 998 urkundlich von Otto III. erwähnte Weinberge. Deutschlands nördlichstes Weinanbaugebiet im heutigen Sachsen-Anhalt spielte damit bereits vor 1000 Jahren eine wesentliche Rolle, als die sächsischen Herzöge der Luidolfinger beziehungsweise Ottonen von ihrem Stammland aus als Könige und Kaiser das Heilige Reich einigten.

Mitte des 12. Jahrhunderts existierten in der Region nachweislich 58 Weinberge, die pro Jahr 200000 Liter Wein erzeugten. Heute umfasst die historische Terrassen-Weinlandschaft an Saale und Unstrut 765 Hektar und inklusive Thüringen 42 Lagen. Während der Weinbau die Zeitläufte überdauerte und sich gerade in den letzten 25 Jahren wieder rasant entwickelt hat, erschließt sich das Erbe seiner ursprünglichen Betreiber, der Klöster, erst auf den zweiten Blick. Die Dichte an Klöstern und Stiften, wie sie in Mitteldeutschland vorhanden war, suchte im mittelalterlichen Reich ihresgleichen. Die Klosterlandschaft besonders an Saale und Unstrut wieder neu zu entdecken ist somit überfällig.

Dass die Zeitreise ins Mittelalter jetzt in dem „Flecken“ Memleben stattfindet, ist kein Zufall. War das einstige Benediktinerkloster zu Zeiten Ottos II. doch zum Reichskloster erhoben worden und damit den mächtigen Reichsklöstern Fulda und Reichenau rangmäßig gleichgestellt. Memleben, rund 35 Kilometer nordwestlich von Naumburg gelegen, träumt heute vergessen inmitten fruchtbaren Ackerlandes vor sich hin, während der Nachbarort Nebra durch den Fund der bronzezeitlichen Himmelsscheibe bereits wachgeküsst wurde.

Im 10. Jahrhundert entstanden die ersten selbstständigen Klöster in der Saale-Unstrut-Region. Den Anfang machte 963 die Gründung eines Benediktinerklosters im acht Kilometer von Memleben entfernten Bibra. Memleben war zu dieser Zeit eine bedeutende Pfalz, von der sich – wie in Merseburg – bisher allerdings keine Überreste finden ließen. Dafür ist Memleben als Sterbeort von sowohl König Heinrich I. († 936) als auch von seinem Sohn Otto I. († 973) unauslöschlich in die Geschichte eingegangen. Die royalen Gebeine wurden danach nach Quedlinburg beziehungsweise Magdeburg überführt.

Schon Otto I. stiftete für den verstorbenen Vater eine Maria geweihte Monumentalkirche. Neben wenigen Mauerresten beeindruckt bis heute der mit Steinen markierte Grundriss der gewaltigen romanischen Basilika. „Schon lange bevor Otto in Magdeburg große politische und bauliche Pläne verfolgte, hat er in Memleben mit der Königsbasilika den Gründungsbau der imperialen Klosterbaukunst des deutschen Mittelalters geschaffen“, schreibt Kunsthistoriker Christian Antz.

Dann stiftete Otto II. mit seiner Gattin Theophanu am Sterbeort von Vater und Großvater um 979 ein Benediktinerkloster. Es sollte sowohl der Memoria an die Familie dienen als auch dem Herrscher eine politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Stütze sein. Zu Zeiten, wo Staat und Kirche untrennbar miteinander verbunden waren, wo das Wissen der Geistlichkeit und die Macht der Herrscher eine Symbiose bildeten, waren Klöster unverzichtbar und deren Aufgaben und Besitz genauestens geregelt.

Eindrucksvolle Belege sind die in Memleben ausgestellten historischen Dokumente. Ein besonderes Kleinod sind darunter die nach 799 verfassten althochdeutschen Benediktinerregeln aus dem Kloster St. Gallen, die hier zum ersten Mal öffentlich ausgestellt sind. Unter den etwa 60 Exponaten zum Thema Staat und Kirche im Allgemeinen und Memleben im Besonderen gehören eine bei Erfurt gefundene Scheibenfibel mit griechischem Kreuz aus dem 7. Jahrhundert und eine Brakteat genannte Münze mit König Otto IV. und Abt Johann I. aus Hersfeld von 1201–13.

Jüngstes Objekt ist eine leider stark verblasste Schinkelzeichnung der Klosterruine Memleben. Nachdem Preußen auf dem Wiener Kongress einen Teil Sachsens und Thüringens erhalten hatte, wurde Karl Friedrich Schinkel beauftragt, das künstlerische Erbe zwecks Erhaltungsmaßnahmen zu beurteilen. Damit wurde der Baumeister zum Begründer der Denkmalpflege in Mitteldeutschland und Retter von Memleben.



Romanische Baukunst an der Straße der Romanik: Krypta der Benediktinerklosterkirche von Memleben, welche Otto II. und seine Frau Theophanu um das Jahr 979 herum gestiftet haben

Bild: IMG Sachsen-Anhalt

Kaiser Otto III., Sohn Ottos II., hatte die Tradition der Ottonen für die Pfalz und das Kloster Memleben fortgesetzt. Ebenso sein Nachfolger Heinrich II., der 1002 an die Regierung kam. Im Jahr 1015 entzog dieser dem Kloster jedoch alle Rechte und unterstellte es als Propstei dem Kloster Hersfeld, um im Gegenzug Güter für das neue Bistum Bamberg zu erhalten. 1548 wurde das Kloster aufgehoben. Romantische Erinnerung sind die Ruinen der frühgotischen zweiten Klosterkirche, vor allem aber deren perfekt erhaltene spätromanische Hallenkrypta.

Unter den elf Korrespondenzorten der Ausstellung befinden sich so unterschiedliche wie Zscheiplitz und Pforte. Während in Zscheiplitz neben dem alten Klosterkirchlein heute das Qualitäts-Weingut Pawis zur Einkehr einlädt, befindet sich in den sehenswerten Bauten des ehemaligen Zisterzienserklosters Pforte seit 475 Jahren eine renommierte Lehranstalt, an der schon Nietzsche, Fichte und Klopstock ihren Abschluss machten.

Noch mehr von den Ottonen gibt es in Merseburg. Wie kein zweiter hat Thietmar (975–1018), einer der bekanntesten Merseburger Bischöfe, mit seiner Chronik die Vorstellung vom Mittelalter geprägt. Anhand von ausgewählten Texten zu so unterschiedlichen Themen wie Kaiserkrönungen, prachtvolle Hoftage, kirchliche Feste, aber auch den Alltag der Burg- und Dorfbewohner, die Mühen bei der Urbarmachung des Landes, Hungersnöte und Gefahren sowie von passenden Leihgaben kann der Besucher hier seine Reise in die Zeit um 1000 erweitern und vervollständigen. *Helga Schnehagen*

„Wissen und Macht“ im Museum Kloster und Kaiserpfalz Memleben, 06642 Kaiserpfalz/OT Memleben, läuft bis 15. Oktober täglich von 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 8 Euro. „Thietmars Welt“ im Merseburger Dom sowie gegenüber in der Willi-Sitte-Galerie läuft vom 15. Juli bis 4. November, täglich von 9 bis 18 Uhr, Eintritt: 9 Euro.

Mühsamer Fortschritt

Nach Pfingsten hüpft und springt man im luxemburgischen Echternach vorwärts

Eine „Echternacher Springprozession“ ist typisch für mühsame Entscheidungen in der Politik. Man spricht davon, wenn nach dem Motto „Zwei Schritte vor und einen zurück“ ein Fortschritt im Schneckentempo abläuft. Wie es ganz real abläuft, kann man am Dienstag nach Pfingsten in Echternach erleben. Dann findet in der luxemburgischen Kleinstadt der kurios anmutende Umzug statt, den es schon seit dem Mittelalter gibt. Denn ihren Ursprung hat die Springprozession in der Verehrung des heiligen Missionsbischofs Willibrord (658–739).

Jedes Jahr kommen mehr als 12000 Teilnehmer aus den Benelux-Ländern und Deutschland zu dem Umzug, um sich von einem Bein auf das andere springend langsam fortzubewegen. Die Pilger ziehen, laut religiösem Brauch, mit rhythmischem Schritt durch die Straßen der ältesten Stadt Luxemburgs.

Bei der seit 2010 zum immateriellen UNESCO-Kulturerbe der Menschheit zählenden Prozession wird tatsächlich gesprungen – aber nicht so vermeintlich ziellos, wie es das Sprichwort glauben machen möchte. Gesprungen wird erst nach rechts, dann nach links und immer auch ein bisschen nach vorne. Frauen in weißen Blusen und dunklen Röcken, Männer im weißen Hemd und mit blauen oder schwarzen Hosen zeigen, wie es geht. Sie haben den Ehrenplatz am Ende des Prozessionszuges. Ganz vorne schreitet feierlich die Feuerwehr der Gemeinde am Grenzflüsschen Sauer, geschultert die zierliche Willibrord-Statue, die die Prozession anführt.

Glaubt man alten Chroniken, so gab es in der Vergangenheit unterschiedliche Formen der Prozession. Das Klischee des Vor und Zurück soll vor allem darauf zurückzuführen sein, dass beim Stocken des Prozessionszuges die Pilger auf der Stelle springen mussten. Für Beobachter habe daraus der Eindruck entstehen können, sie seien zunächst nach vorne, dann wieder nach hinten gesprungen.

Etwa eine Stunde dauert der eigentliche Prozessionsweg, der sein Ende am Grab des Heiligen Willibrord in der Krypta der Basilika findet. Begleitet werden die Pilger dabei von Musikkapellen, die alle die gleiche Weise spielen – ein Volkslied, das im Laufe der Zeit immer reicher gestaltet wurde. Die Melodie wurde 1850 von einem Trierer Musiker in ihre heutige Form gebracht.

Die Tradition der Springprozession ist aber weit älter. Eine Erwähnung von Sprüngen zu Ehren des heiligen Willibrord haben Historiker bereits in Urkunden aus dem 11. Jahrhundert entdeckt. Ob damit die Echternacher Prozession gemeint war, ist freilich nicht völlig sicher. Springprozessionen gab es zumindest im Mittelalter auch in anderen Teilen der Eifel, etwa in Prüm. Sicher ist aber, dass Echternach schon früh nach dem Tod des heiligen Willibrord die Pilgermassen anzog.



Kuriose Fortbewegung: Mit Bändern verknüpft geht's voran

Bild: Office National du Tourisme, Luxembourg

Doch warum überhaupt gesprungen wird, das liegt im Dunkeln. Eine der Theorien besagt, die Springprozession ahme das Fallen von Epileptikern nach, denn Willibrord wurde gegen diese Krankheit angerufen. Andere sehen in der Tanzprozession den Ausdruck lebensbejahender Freude. Moderne Interpretationen deuten die durchaus anstrengende Fortbewegungsart als „Beten mit den Füßen“. Und nicht zuletzt sei es ein Gemeinschaftserlebnis – denn die Teilnehmer der Prozession sind durch Tücher miteinander verbunden.

„Die Erhebung in den Rang eines Weltkulturerbes war eine gewaltige Aufwertung der Traditionsveranstaltung“, so Echternachs Bürgermeister Yves Wengler. Die Prozession bleibe aber in erster Linie ein Fest des Glaubens. „Daran wird sich in Zukunft auch nichts ändern“, sagt Wengler. Dennoch sei der Titel auch eine Ehre, die der ganzen Region Nutzen bringt. Nicht nur touristisch. Doch am wichtigsten – so der Trierer Bischof Stephan Ackermann – sei „die Verbindung von Gebet, Gesang und Gemeinschaft“. *Andreas Guballa*

Weitere Informationen beim Fremdenverkehrsamt Echternach, Parvis de la Basilique, Telefon (00352) 720230. Internet: www.echternach-tourist.lu/de

Ritsch-ratsch

Hält zu seit über 100 Jahren: Reißverschluss

Ein Leben ohne Reißverschluss kann man sich gar nicht mehr vorstellen. Ob man damit die Kleidung verschließen möchte oder die Schuhe, das Zelt, den Koffer oder den Rucksack. Überall macht es „ritsch-ratsch“ – schon ist der Gegenstand verschlossen.

Das war aber nicht immer so. Bevor es den Reißverschluss gab, verschloss man Kleidung zum Beispiel mit Schnüren, Bändern, Knöpfen, Haken und Ösen. Wie häufig bei großen Erfindungen, hatte auch der Reißverschluss mehrere Wegbereiter. Erste Ideen dazu entwickelte Elias Howe in den USA bereits 1851. Er erhielt sogar ein Patent auf seine Schließvorrichtung. Es war ein Anfang, aber funktionierte noch nicht so richtig. Eine Verbesserung kam 1893, als Whitcomb Leonard Judson die Idee weiterentwickelte. Der Tüftler aus den USA erfand den Klemmöffner und -schließer für Schuhe. Doch auch die klemmten hin und wieder. Erst als der aus Schweden ausgewanderte Ingenieur Gideon Sundbäck in die von Judson gegründeten Firma einstieg und Verbesserungen am „Zipper“, wie man ihn im Englischen nennt, vornahm, wurde dieser zum Welterfolg.

Seit Sundbäcks Neuerungen hat sich nicht viel geändert. Ein Reißverschluss besteht aus zwei Webbändern an denen eine Reihe kleiner Haken (Krampen) aus Metall oder Kunststoff mit dazu passenden Vertiefungen befestigt sind. Schließt man den Reißverschluss mit dem Schieber, verhaken sich die einander versetzt gegenüberliegenden Haken. Öffnet man den Verschluss, werden die Haken durch eine Vorrichtung im Schieber wieder voneinander getrennt. Der Schieber (auch Schlitten oder Zipper) ist jedoch die Schwachstelle des Reißverschlusses. Er kann leicht brechen.

> Massenproduktion begann in Wuppertal

Schnell trat der Reißverschluss, den Sundbäck schon 1909 in Deutschland, wo er studiert hatte, patentieren ließ, seinen Siegeszug um die Welt an. Schneider nutzten ihn in Kleidungsstücken, auch das Militär fand Gefallen daran, Reißverschlüsse statt Schnallen und Gurte zu verwenden. Der Schweizer Unternehmer Martin Othmar Winterhalter erwarb 1923 das Patent für Europa und vermarktete es weltweit.

Winterhalters Unternehmen befand sich anfangs in Wuppertal, wo die erste Serienfertigung vorgenommen wurde. In den 1930er Jahren siedelte er in die Schweiz nach Mendrisio um, wo man bis heute Reißverschlüsse herstellt. Alles wäre gut, hätte der Reißverschluss nicht massiv Konkurrenz durch den Klettverschluss erhalten. Aber nichts hält auf ewig. *Silvia Friedrich*

Wer fürchtet die Demokratie?

Bereits der Buchdeckel von „Die Angst der Eliten. Wer fürchtet die Demokratie?" spricht für sich. Das Wort „Eliten" ist mit dickem Stift blutrot durchkreuzt, der Autor Paul Schreyer hat ganz offensichtlich keine Angst vor Revisionen und Richtigstellungen und räumt dafür auch mit verbreiteten Begriffsverwirrungen auf.

Handelt es sich hier wirklich um Eliten? Was hat es mit dem Schlagwort Populismus tatsächlich auf sich, warum sind Hassreden ein Totschlagargument? Diese Begriffsarbeit ist nötig, um sich darüber dem eigentlichen Gegenstand zu nähern, einer historisch glänzend unterfütterten Analyse unserer Demokratie, deren Krise – so Schreyers Befund – in einer Entmündigung und wirtschaftlichen Benachteiligung des eigentlichen Souveräns, das Volk, begründet ist. Dabei erhärtet Schreyer bereits seine Diagnose stichhaltig, indem er anhand von statistischen Erhebungen belegt, dass politische Vorschläge aus den Reihen der großen Mehrheit der „Normalbürger" kaum je Chancen auf Verwirklichung haben, während die Wünsche einer Minderheit von Reichen verlässlich mit parlamentarischer Umsetzung rechnen können.

Echte Demokratie? Auch dem überheblichen Abkanzeln des nicht mehr ganz neuen US-Präsidenten Donald Trump folgt Schreyer nicht und hält stattdessen nüchtern dagegen: „Trump und Co. sind bei Wahlen vor allem deshalb erfolgreich, weil die Zustände eben nicht demokratisch sind. Das Fehlen einer funktionierenden Demokratie bringt sie erst hervor."

Von der schlecht kaschierten Zensurmaßnahme „Netzwerkdurchsetzungsgesetz" des Bundesjustizministers Heiko Maas lässt uns Schreyer wissen, dass es wortwörtlich ins Russische übersetzt wurde und bei den Abgeordneten der Duma landete. Man staunt, ist Russland endlich demokratisch geworden, oder ist es womöglich umgekehrt? Auch der im Einzelfall im Berliner Parlament aufgehobene Fraktionszwang, den es, ginge es tatsächlich nach der Verfassung, gar nicht geben dürfte, leistet Machtverlagerungen Vorschub, die – wie Schreyer zeigt – die Demokratie unterminieren. Die Angst der „Demokraten" vor Volksabstimmungen ist ja bekannt. Sie wird bei Schreyer mit Rückgriffen auf die Weimarer Republik und damalige Machtverhältnisse in neues Licht gesetzt und damit zurechtgerückt. Auch die „feinsinnig" begründete Ablehnung eines Volksentscheids über die Nachkriegsteilung Deutschlands im Sinne der Westalliierten ist in Schreyers Darstellung ebenso spannend wie erhellend zu lesen.

> Spannend und erhellend zu lesen

Schillernde Gestalten wie der SPD-Minister Rudolf Katz, der wie zahlreiche andere Intellektuelle von der CIA mittelbar finanziert wurde, zogen damals im Hintergrund die Fäden. Es sind Handlungsmuster, die ihr Vorbild in den USA haben, wo in Gremien Politik gemacht wird, die jenseits des Parlaments die Weichen stellen. So finanzierte etwa die Stiftung des Milliardärs Rockefeller auch die private Denkfabrik „Council on Foreign Relations", die dann wunschgemäß die Notwendigkeit eines Krieges gegen die wirtschaftlich expandierenden Länder Deutschland und Japan wortmächtig propagierte – gegen die amerikanische Bevölkerung, die sich aus dem Krieg heraushalten wollte. Interne Papiere belegen dabei die Rolle dieser Dunkelmänner, denen es – anders als ihre moralischen Parolen vorgaben – um ein Beerben des britischen Weltreiches ging und zuallerletzt um eine Befreiung Europas vom Faschismus oder die Demokratisierung Südostasiens. „Ellbogenfreiheit" (O-Ton aus den Council-Protokollen) hieß das Stichwort – und diese war im internationalen Wettbewerb zunehmend bedroht. Also musste ein Krieg her. Die Unterordnung der Politik unter das Primat der Milliardäre und der Finanzindustrie bewirkt am Ende den Klassenkampf von oben gegen unten, so Schreyer. Das fasst er in die bündige Analyse: „Je mehr die Staaten im Laufe der Geschichte durch Revolutionen demokratisiert wurden und sich von einem Instrument der Reichen schrittweise und unvollständig zu einem öffentlichen Apparat der Bürger wandelten, umso stärker verlagerten die Eliten ihr Wirken in neue Strukturen, die einer demokratischen Öffentlichkeit nicht zugänglich sind. Revolutionen und Gewaltenteilung hin oder her – der Pöbel sollte nicht dazwischen funken."

Die Akteure dieser inzwischen 200 Jahre anhaltenden Entwicklung nennen wir zeitgenössisch „Deep State" (Tiefer Staat). Die Macht über das Geld ist dabei wichtiger als der reine Besitz von Geld, was Schreyer so zusammenfasst: „Das Vermögen, Geld zu erzeugen, bedeutet grundlegende Macht. Die Wurzel dieser Macht ist die Verfügungsgewalt über das Eigentum." Doch wer kontrolliert die Geldmacher? Von John Locke bis zu den aktuellen Programmen aller Parteien ist hier wenig zu erwarten. Das „Heidelberger Programm" der SPD aus dem Jahre 1925 kannte da allerdings noch andere Töne. Ein hochinformatives Buch. Unbedingt lesen!

Nike U. Breyer

Paul Schreyer: „Die Angst der Eliten. Wer fürchtet die Demokratie?", Westend Verlag, Frankfurt am Main 2018, broschiert, 224 Seiten, 18 Euro

Lustiges Weltraumshuttle

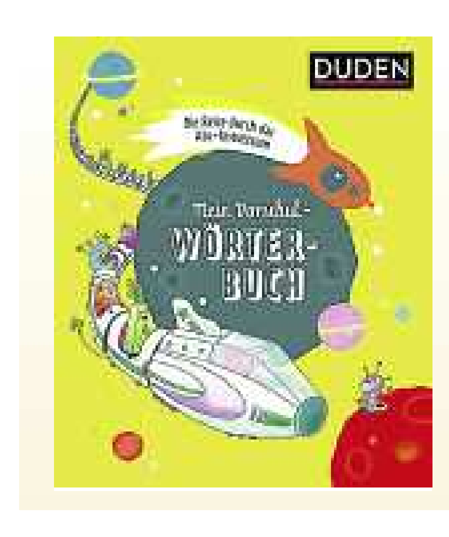
Ein lustiges Weltraumshuttle mit 26 Waggons sammelt seine Buchstabenpassagiere von A bis Z ein. An jeder Haltestelle darf immer nur ein Buchstabe einsteigen und mit ihm alle Wörter, die mit diesem Buchstaben beginnen.

An Station A dürfen also die Ananas, der Anorak, der Astronaut, die Amsel, der Affe und der Apfel einsteigen, aber der Mantel und der Vampir müssen draußen bleiben. Die Wörter sind in Großbuchstaben unter kindgerechten, farbenfrohen Illustrationen gedruckt. Obwohl manche Bilder nicht klar zuzuordnen sind; Ist es eine Elfe oder eine Fee? Bei diesen Bildern müssen sich die Kinder die Wörter darunter anschauen, um zu entscheiden, ob dieses Wort einsteigen darf. Auf der jeweils rechten Seite stehen die „eingestiegenen" Wörter in alphabetischer Reihenfolge, mit dem Anfangsbuchstaben groß und farblich markiert. Auch die Elfe mit einem großen E ist schon im Shuttle.

> Abc leicht und spielerisch erklärt

Auf der unteren Seite gibt es unterschiedliche Rätsel wie Buchstabensalat, Silbenpuzzle, Punkteverbinden oder Kreuzworträtsel. Ganz unten sieht man das Shuttle mit allen Buchstaben, die schon eingestiegen sind. Ein kleines Wörterbuch mit jeweils einem Wort pro Buchstaben mit passender Illustration vervollständigen die einzelnen Buchstaben sowie Groß- und Kleinschreibung. Als nächstes stehen Schwungübungen auf dem Plan. Eine Doppelseite ist für Buchstaben und Wörter freigehalten, die der Vorschüler selbst ins Buch schreiben kann. Ein zirka Din-A3-formatiges Poster zeigt noch einmal alle Buchstaben.

Die Buchseiten sind aus dickem, rauem Papier, sodass alle Stiftarten zum Schreiben, Einkringeln oder Verbinden geeignet sind. Das Format ist so groß, dass nichts gedrängt gedruckt wurde, aber so handlich, dass es selbst im Auto bearbeitet werden kann. Das Urteil einer Fünfjährigen: „Das hat Spaß gemacht!" *Ch. Rinser-Schrut*



Ulrike Holzwarth-Raether: „Die Reise durch das Abc-Universum. Mein Vorschulwörterbuch", Dudenverlag, Berlin, 2018, gebunden, 62 Seiten, 9,99 Euro

Politiker neuen Stils oder »Blender«? – Linkes Autorenduo über Sebastian Kurz

Konservative Politiker haben es heutzutage alles andere als leicht: Sind sie alt und impulsiv wie Donald Trump, werden sie deshalb zur Zielscheibe der meist linksorientierten Journalistenschar, sind sie jung und voller Selbstbeherrschung, hagelt es aus diesem Grund Häme.

Ein typisches Beispiel für die letztgenannte Herangehensweise ist das Büchlein „Sebastian Kurz. Österreichs neues Wunderkind?" von Nina Horaczek und Barbara Tóth, die ansonsten für die linksliberale Wiener Wochenzeitung „Falter" schreiben. In dem Werk soll der Lebensweg des 31-jährigen Kanzlers unseres Nachbarlandes und Bundesparteiobmanns der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) aus den sechs Perspektiven Macht, Familie, Freiheit, Leistung, Sicherheit und Verantwortung beschrieben werden. Ziel des Ganzen ist dabei, die Frage zu beantworten, ob Kurz „tatsächlich ein Politiker neuen Stils oder doch nur ein äußerst talentierter Blender" sei.

Die Antwort, die das Autorenduo hierauf gibt, fällt ziemlich eindeutig aus. Der junge Kanzler wird als schwer greifbare „Kunstfigur" hingestellt, an der praktisch nichts authentisch wirke: „So glatt und geradlinig, so unbeschädigt und ohne Rebellion oder gar Brüche, wie sich das Leben von Kurz präsentiert, kann keine Biografie sein." Offensichtlich muss man heutzutage in seinem früheren Leben ein steinewerfender und turnschuhtragender Anarchist oder alkoholabhängiger, gescheiterter Buchhändler gewesen sein, um sich für höhere politische Ämter zu qualifizieren.

Doch damit nicht genug: Zur endgültigen Diskreditierung des offensichtlich ungeliebten ÖVP-Politikers verweisen die beiden Journalistinnen außerdem noch auf das Diktum des Herausgebers und Chefredakteurs ihres Blattes, Armin Thurnher, der Kurz wortspielerisch als „Neofeschisten" und politischen Erben des früheren Chefs der Freiheitlichen Partei Österreichs, Jörg Haider, bezeichnete. Ebenso wird genüsslich die auf keinerlei Belege gestützte Unterstellung Thurnhers wiedergegeben, die „Neofeschisten" strebten in letzter Konsequenz „die Abschaffung der repräsentativen Demokratie" an.

Und dann behaupten die Autorinnen zum Schluss gar noch voller Dreistigkeit, dass Kurz „niemals die gleiche Karriere in der ÖVP hätte hinlegen können, wäre er eine Frau Anfang 30 gewesen". Mit solcherart kontrafaktisch-genderistischem Unfug disqualifiziert sich das Buch endgültig selbst.

Deshalb lautet das Fazit: Nicht Sebastian Kurz ist „äußerst zeitgeistig", wie Horaczek und Tóth meinen, sondern das dürftige 128-Seiten-Elaborat der beiden Wiener Journalistinnen.

W. Kaufmann



Nina Horaczek/ Barbara Tóth: „Sebastian Kurz. Österreichs neues Wunderkind?", Residenz-Verlag, Salzburg/Wien 2017, 128 Seiten, gebunden, 13,99 Euro

Archäologische Funde Ostpreußens aus drei Jahrhunderten in einem Band

Ostpreußen war bis 1945 eine der archäologisch am besten untersuchten Provinzen im Deutschen Reich. Ein großer Teil der infolge des Krieges verstreuten und lange Zeit verschollen geglaubten Studiensammlung des Königsberger Prussia-Museums befindet sich heute im Museum für Vor- und Frühgeschichte, Staatliche Museen zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz.

Wissenschaftler aus Deutschland, Polen, Litauen und Russland arbeiten zusammen, um Funde und Archivalien aus der Zeit bis 1945 aufzuspüren. Die Ergebnisse der Forschungstätigkeit früherer Generationen fließen in ihre aktuellen wissenschaftlichen Studien ein. Mit der 2001 gegründeten „Kommission zur Erforschung von Sammlungen Archäologischer Funde und Unterlagen aus dem nordöstlichen Mitteleuropa" (KAFU) wurde der Grundstein für diese Kooperation gelegt. Auch Mirosław Hoffmann vom Allensteiner Museum für Ermland und Masuren ist Mitglied der KAFU.

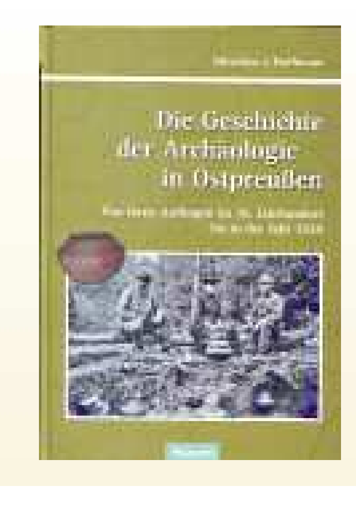
In seinem von der Prussia-Gesellschaft herausgegebenen Werk „Die Geschichte der Archäologie in Ostpreußen" würdigt Hoffmann die nicht-professionellen und professionellen Entdecker und Ausgräber von Funden und Bodendenkmälern aus drei Jahrhunderten und ihre Hinterlassenschaften in einer Gesamtschau, ferner die wissenschaftlichen Gesellschaften und ihr Schrifttum. Durch äußere Umstände war der Autor gezwungen, den Zeitrahmen seiner Dokumentation mit dem Jahr 1920 enden zu lassen. Sie beginnt mit dem frühen 18. Jahrhundert, als erstmals Berichte über planmäßige Bergungen von prähistorischen Gegenständen aus Grabhügeln veröffentlicht wurden. Auch polnische Forscher hatten im Ermland und in Masuren im 18. Jahrhundert einen beträchtlichen Einfluss auf die Entwicklung der archäologischen Forschungen.

Hoffmann bezieht sich unter anderem auf eine Fülle von Archivmaterial diverser Museen sowie auf wissenschaftliche Publikationen in Zeitschriften und Jahrbüchern. Berücksichtigt wurde das Gebiet Ostpreußens aus der Zeit vor den Beschlüssen des Versailler Vertrags, also auch das Memelland und der Kreis Soldau.

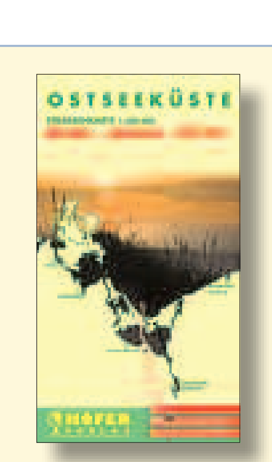
Bis 1920 wurden Museen in Ostpreußen ausschließlich auf Initiative von Vereinen und Gesellschaften für Altertumsforschung gegründet, um die kulturellen Hinterlassenschaften aus historischer und prähistorischer Zeit zu sammeln. An erster Stelle ist das Prussia-Museum der 1844 gegründeten Altertumsgesellschaft Prussia zu nennen, das sich im Königsberger Schloss befand. Hinter der Grabungs- und Sammeltätigkeit standen bis Ende des 19. Jahrhunderts vor allem zahlreiche Personen, die sich als Laien um die ostpreußische Archäologie verdient gemacht haben. Der Autor hat zahlreiche Portrait-Fotos dieser Lehrer, Ärzte, Förster und Pastoren zusammengetragen und beispielhaft einige ihrer Fund- und Planskizzen veröffentlicht. Eine systematische Vorgehensweise bei Grabungen erfolgte erst seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts.

Als schwierig stellte sich wegen der lückenhaften Überlieferung auch die Bewertung der archäologischen Bestandsdokumentationen der Museen dar. Merkwürdigerweise behauptet Hoffmann, nur das Prussia-Museum habe systematisch Sammlungskataloge geführt. Sie wurden in zwei Ausgaben publiziert. Doch auch einer der Wegbereiter der professionellen Archäologie, Otto Tischler (geboren 1843 in Breslau, gestorben 1891 in Königsberg), der hohes Ansehen weit über Ostpreußens Grenzen hinaus genoss, hat als Verwalter der archäologischen Sammlung der Physikalisch-ökonomischen Gesellschaft zu Königsberg ein Inventarverzeichnis angelegt. Es erschien als Anhang zu Ferdinand von Lindemanns gedrukkter „Rede gehalten am Sarge Otto Tischlers". Von Tischlers Enkel, dem Kieler Agrarökonomen Wolfgang Tischler, erhielt der Autor wertvolle Kopien aus dem Tischlerschen Familienarchiv.

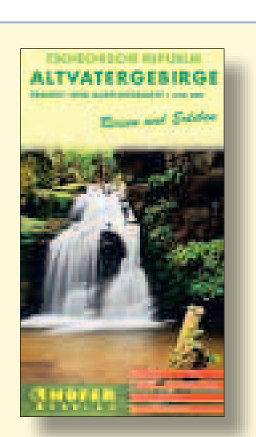
„Fast wäre die in dieser Region beispielhafte Erforschung der Vor- und Frühgeschichte zerstreut und zerschlagen worden", so Hoffmann. Mit dem vorliegenden Band ist es gelungen, die wegweisenden Ergebnisse und Entwicklungen in Erinnerung zu rufen. *Dagmar Jestrzemski*



Mirosław Hoffmann: „Die Geschichte der Archäologie in Ostpreußen. Von ihren Anfängen im 18. Jahrhundert bis in das Jahr 1920", Husum Druck- und Verlagsgesellschaft, Husum 2018, gebunden, 184 Seiten, 19,95 Euro



Ostseeküste
Rügen – Usedom – Stettin
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5565 DE025 12,90 €



Tschechische Republik
Altvatergebirge
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5570 CS306 12,90 €



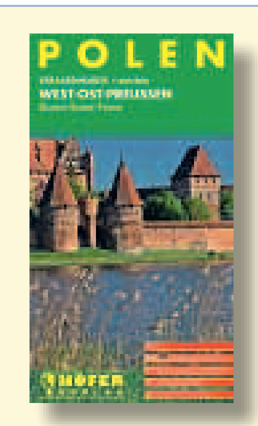
Ostbrandenburg-Niederschlesien
Küstrin – Grünberg – Liegnitz
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5541 PL002 12,90 €



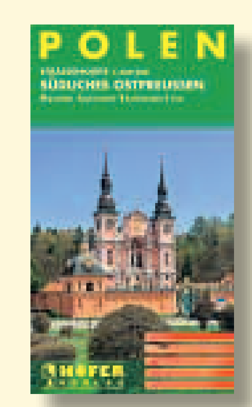
Hinterpommern
Köslin – Stolp – Danzig
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5535 PL003 12,90 €



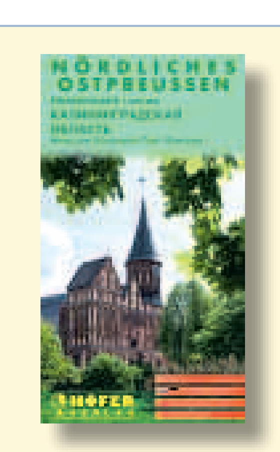
Südliches Pommern Netzebruch
Schneidemühl – Bromberg – Thorn
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5560 PL004 12,90 €



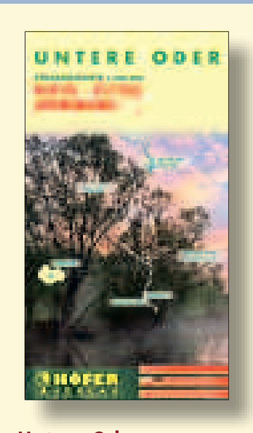
Westpreußen – Ostpreußen
Danzig – Elbing – Thorn
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5559 PL011 12,90 €



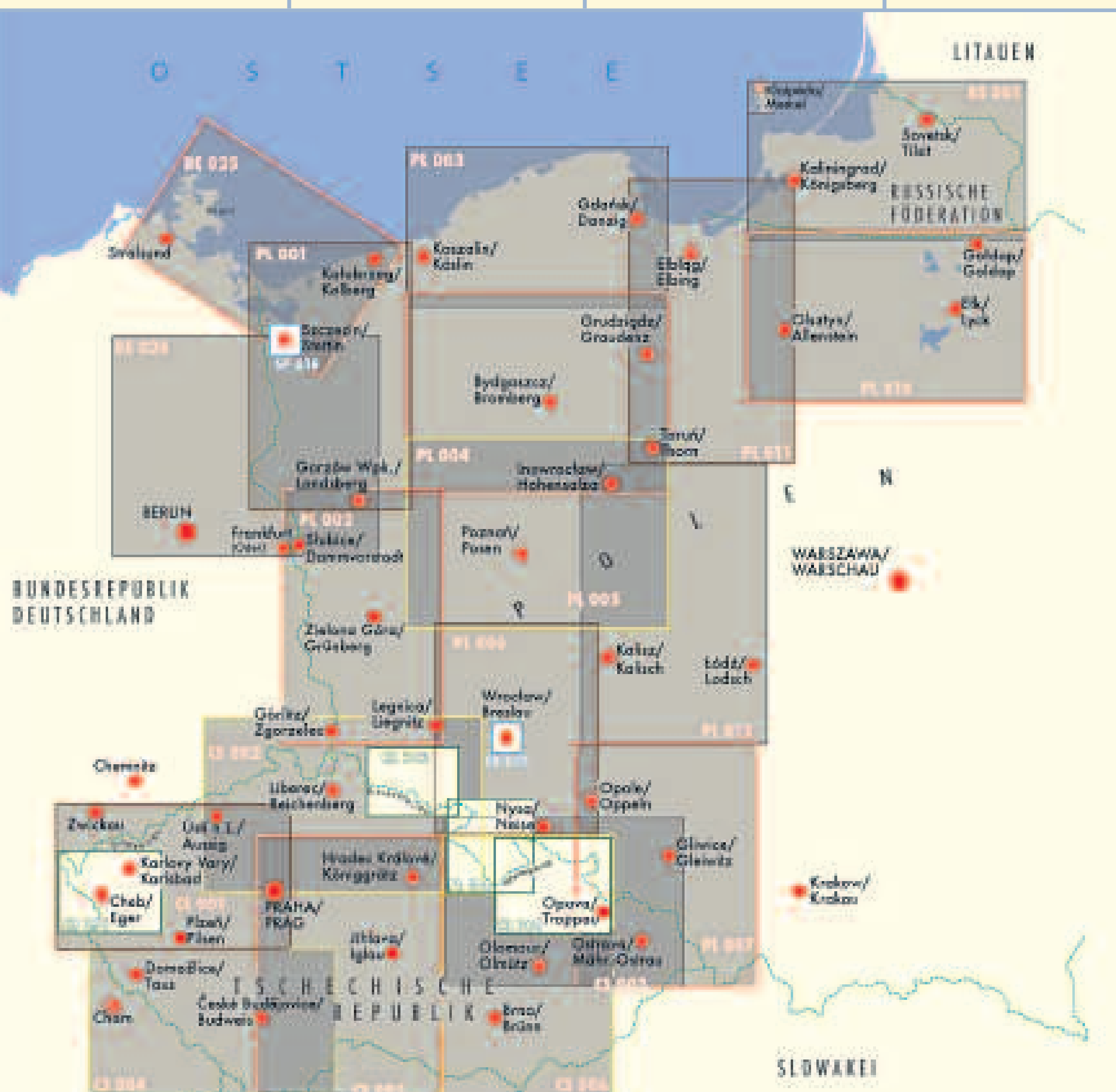
Südliches Ostpreußen
Masuren – Rastenburg – Lyck
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5543 PL010 12,90 €

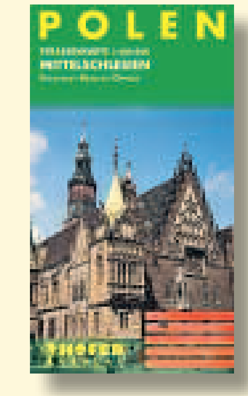


Nördliches Ostpreußen
Memelland – Königsberg – Tilsit
2-sprachig deutsch-russisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5542 RS001 12,90 €

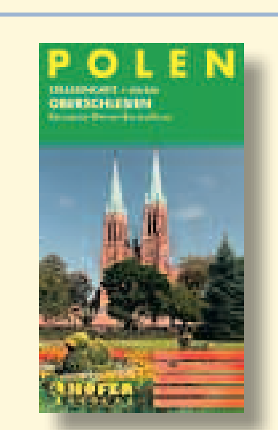


Untere Oder
Berlin – Stettin – Uckermark
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5571 DE026 12,90 €

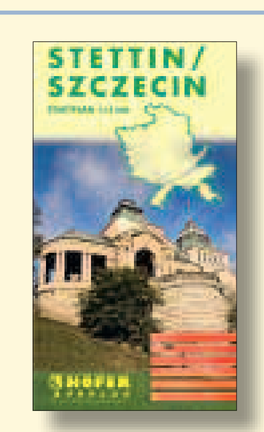




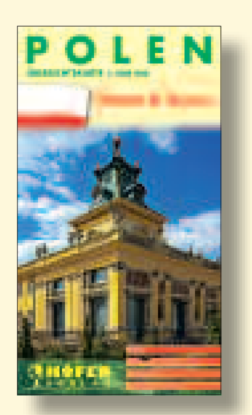
Wartheland
Posen – Gnesen
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5544 PL005 12,90 €



Mittelschlesien
Fraustadt – Breslau – Oppeln
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5539 PL006 12,90 €



Oberschlesien
Kreuzberg – Oppeln – Bielsko Biala
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5554 PL007 12,90 €



Polen Planen & Touren
Übersichtskarte Polen
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 1.000.000
Nr. P 5399 PL777 12,90 €

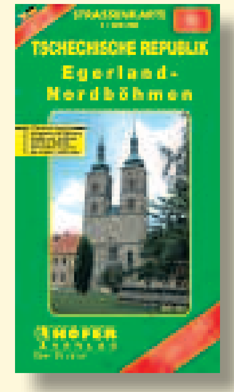


Wartheland-Ost
Kalisz – Lodz
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5577 PL012 12,90 €

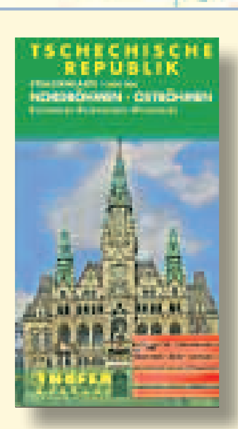


Stadtplan Breslau
Stettin – Kolberg – Landsberg
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 16.500
Nr. P 5567 SP015 12,90 €

Stadtplan Stettin
Stettin – Kolberg – Landsberg
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 15.000
Nr. P 5572 SP016 12,90 €



Tschechische Republik
Egerland – Nordböhmen
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5536 CS001 12,90 €



Tschechische Republik
Nordböhmen – Ostböhmen
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5537 CS002 12,90 €



Tschechische Republik
Ostböhmen – Nordmähren
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5538 CS003 12,90 €



Tschechische Republik
Südl. Egerland – Böhmerwald
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5569 CS004 12,90 €



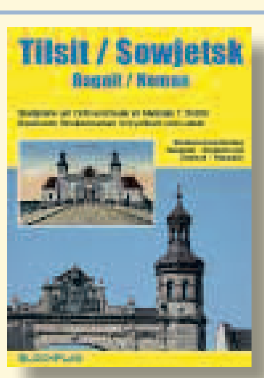
Tschechische Republik
Mittelböhmen
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5574 CS005 12,90 €



Tschechische Republik
Nordmähren – Südmähren
2-sprachig deutsch-tschechisch
Maßstab 1: 200.000
Nr. P 5578 CS006 12,90 €



Stadtplan Königsberg 1931 und Kaliningrad heute
Stadtplan von 1931 und heute im Maßstab 1 : 10.000. Russische Straßennamen in Kyrillisch u. Latein. Straßenverzeichnisse Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0614 Karte 8,95 €

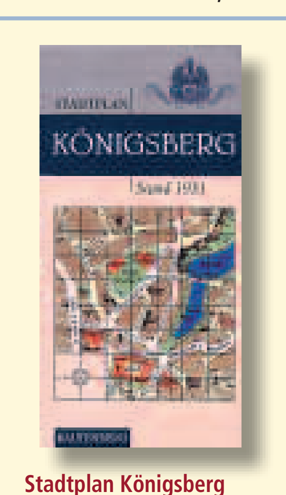


Stadtplan Tilsit/Ragnit
Stadtplane um 1930 und heute im Maßstab 1 : 10.000. Russische Straßennamen in Kyrillisch u. Latein. Straßenverzeichnisse Dt.-Russ./Russ.-Dt.
Nr. P A0615 Karte 6,95 €

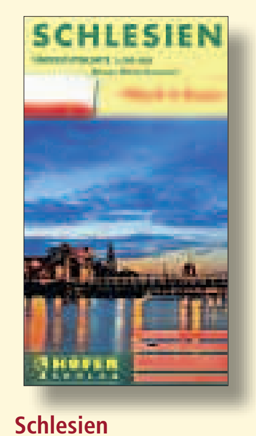


Jahresfahrplan 1942/1943
Amtlicher Taschenfahrplan für den Bezirk Stettin
Reprint der Originalausgabe
Kartoniert.
234 Seiten
Nr. P A0960 19,95 €

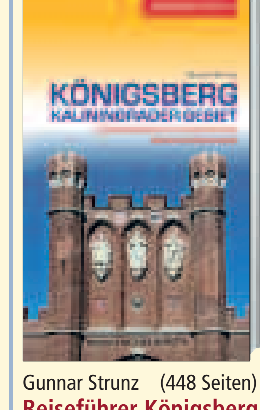
Die Reichsbahndirektion Stettin befand sich in der preußische Provinz Pommern und reichte bis Rostock bzw. bis Berlin. Wichtige Strecken in der Direktion waren (Berlin) Neustrelitz Neubrandenburg Stralsund Saßnitz (Hafen) (Schweden); (Berlin) Angermünde Stettin und Pasewalk Stralsund der Stettiner Bahn sowie die Strecke Stettin Stargard Köslin Stolp Lauenburg (Pommern) (Danzig). Die Gründung der privaten Eisenbahngesellschaft Berlin-Stettiner-Eisenbahn im Jahre 1836 mit Direktionssitz in Stettin gilt als Ausgangspunkt für die spätere Reichsbahndirektion Stettin. Der Taschenfahrplan enthält ein sehr umfangreiches Ortsverzeichnis, die allgemeinen Bestimmungen für Reisende im Jahr 1942, die Fernverbindungen, Streckenpläne, die Abfahrt und Ankunft der Züge in Stettin und Schifffahrtslinien.



Stadtplan Königsberg
Historischer Stadplan von 1931
Maßstab 1: 15.000
Nr. P 5508 7,95 €

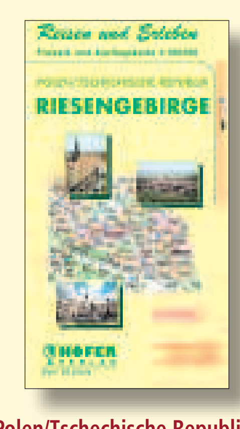


Schlesien Planen & Touren
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 500.000
Nr. P 5581 PL111 12,90 €

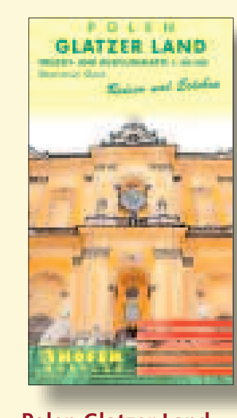


Gunnar Strunz (448 Seiten)
Reiseführer Königsberg Kaliningrader Gebiet
Mit Bernsteinküste, Kurischer Nehrung, Samland u. Memelland
Nr. P A1114 Kart. 21,95 €

Im Kaliningrader Gebiet treffen russische Gegenwart und deutsche Vergangenheit aufeinander. Neben der Stadt Kaliningrad, dem ehemaligen Königsberg, lohnen vor allem die umgebenden Landschaften einen Besuch: die Rominter Heide, das Große Moosbruch und die Memelniederung, die Kurische Nehrung und die traditionsreichen Seebäder wie Rauschen, Cranz und Pillau. Der Reiseführer stellt alle Sehenswürdigkeiten kenntnisreich vor. Umfangreiche reisepraktische Hinweise und durchgängig kyrillisch-lateinisch beschriftete Karten helfen bei der Reisevorbereitung und der schnellen Orientierung vor Ort. Umfassende reisepraktische Tipps – Extra-Kapitel zum Memelland und zur Strecke Berlin-Kaliningrad – 43 genaue Stadtpläne und Übersichtskarten – 238 Farbfotos, 37 historische Abbildungen.



Polen/Tschechische Republik
Riesengebirge (3-sprachig)
dt.-tschechisch/dt.-polnisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5548 CR303 12,90 €



Polen Glatzer Land
Grafschaft Glatz
2-sprachig deutsch-polnisch
Maßstab 1: 100.000
Nr. P 5545 PL408 12,90 €



Jahresfahrplan 1943
Amtlicher Taschenfahrplan Königsberg (Pr.) und Danzig
Reprint der Originalausgabe
Kartoniert.
182 Seiten
Nr. P A0670 17,80 €

Wichtigste Strecken: Preußische Ostbahn (Berlin – Schneidemühl) Marienburg [Westpreußen] Elbing Königsberg und weiter über Insterburg nach Eydtkuhnen an der litauischen Grenze. Die Strecke (Berlin – Frankfurt [Oder] – Posen – Thorn) Deutsch Eylau Allenstein Insterburg Tilsit [Memel]. Die Bahnlinie von Marienburg nach Garnsee, die Eisenbahnlinie von Marienburg nach Mlawka, die Ostpreußische Südbahn von Königsberg über Rastenburg, Korschen Lötzen und Lyck bis zum polnischen Grenzbahnhof Grajewo. Die Tilsit-Insterburger Eisenbahn – die Bahnlinie von Königsberg nach Allenstein. Im Fahrplan auch enthalten, die 1939 eingerichtete Reichsbahndirektion Danzig mit der Strecke Danzig – Deutsch-Eylau – Warschau und alle im Westen davon gelegenen Strecken.

Jahresfahrplan 1944/1945
Amtlicher Taschenfahrplan für Niederschlesien und Oberschlesien
Reprint der Originalausgabe
Kartoniert.
Format 24 cm x 21 cm
144 Seiten
Nr. P A0671 19,80 €

Zu den wichtigsten Stecken der Reichsbahndirektion Breslau gehörten:
Sommerfeld – Sagan – Liegnitz – Breslau – Brieg; Görlitz – Lauban – Hirschberg (Riesengeb.) – Waldenburg – Glatz bzw. Breslau; Breslau – Glatz – Kamenz (Schles) – Mittelwalde – (Tschechoslowakei); Breslau – Brieg – (Oppeln); Breslau – Markstädt – (Oppeln); Liegnitz – Königszelt – Kamenz (Schles) – (Neisse).
Zu den wichtigsten Stecken der Reichsbahndirektion Oppeln gehörten: (Breslau) – (Brieg) – Oppeln – Beuthen; (Breslau) – Karlsmarkt – Oppeln; Brieg – Neisse – Deutsch Rasselwitz – Ratibor bzw. Heydebreck (Oberschles) – Gleiwitz – Hindenburg; Oppeln – Heydebreck (Oberschles) – Ratibor – (Oderberg/ Tschechoslowakei).

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

»Erklärung 2018« beim Bundestag

Berlin – Die „Erklärung 2018“ ist dem Bundestag als Petition übergeben worden, nachdem mehr als 162 000 Menschen ihren Namen darunter gesetzt haben. Die von der *PAZ*-Autorin Vera Lengsfeld initiierte Erklärung fordert die Rückkehr zur rechtsstaatlichen Ordnung bei Grenzkontrollen und solidarisiert sich mit der wachsenden Bewegung demonstrierender Bürger, die das Gleiche von der Politik verlangen. *H.H.*

Babys sollen gefragt werden

Sydney – Die australische Gender-Aktivistin Deanne Carson hat im Fernsehsender ABC gefordert, dass Eltern das Einverständnis ihres Babys einholen, ehe sie ihm die Windeln wechseln, und zwar von der Geburt an. Solange das Kleinkind nicht sprechen könne, sei das Einverständnis per Augenkontakt und Körpersprache herzustellen. Was geschehen soll, wenn die Babys ihr Einverständnis zum Windelwechseln verweigern, ließ Carson offen. *H.H.*

ZUR PERSON

Polternder Schöngeist

Katalonien wird gegenwärtig auch ein Stück weit von Deutschland aus regiert. Nach seiner Freilassung aus der Haft in Neumünster zieht der frühere katalanische Ministerpräsident Carles Puigdemont von Berlin aus die Fäden. Um Neuwahlen zu verhindern, die nötig gewesen wären, wenn bis zum 22. Mai in Barcelona kein neuer Regierungschef gewählt worden wäre, hatte er auf seine Kandidatur verzichtet und ebnete damit seinem Wunschnachfolger den Weg.

Der 55-jährige Jurist, Autor und Verleger **Quim Torra** ist nun neuer Regionalpräsident von Katalonien. Viele sehen in dem politischen Quereinsteiger, der erst bei den Wahlen im Dezember 2017 ins Parlament gewählt wurde, nur eine von Berlin aus ferngesteuerte Marionette Puigdemonts. Torra hat nämlich angekündigt, dessen Kurs Richtung Unabhängigkeit unbeirrt fortsetzen zu wollen. So wolle er einen Staatsrat im Exil gründen mit Puigdemont als legitimen Präsidenten. „Glauben Sie nicht eine Sekunde, dass wir in Sachen Unabhängigkeit nachgeben werden“, warnte er die Madrider Zentralregierung.


Bild: Omnium

Seine Leidenschaft als Nationalist entwickelte sich spät. 20 Jahre lang arbeitete er in der Schweiz als Anwalt für den Versicherungskonzern Winterthur. Zurück in Barcelona gründete der Vater von drei Kindern einen Verlag, der sich auf die Biografien katalanischer Journalisten in der Zeit vor und während der Diktatur General Francos konzentrierte. Torra selbst steuerte als Essayist eigene Beiträge zu katalanischen Separatisten des 20. Jahrhunderts bei.

Der Schöngeist versteht es aber auch, über die sozialen Medien zu poltern. „Die Spanier können nur ausbeuten“, twitterte er. Sollte er in Sachen Unabhängigkeit gegenüber Madrid nachgeben, wird er es sein, den alle als Strohmann ausgebeutet haben. *H. Tews*



Handzahme Gefährder

Über Deals mit Atom und Viagra, Macrons Klingelbeutel und warum Ehefrauen besser als Fußfesseln sind / Der satirische Wochenrückblick mit KLAUS J. GROTH

Eigentlich sollten wir, ja müssten wir mal über Bedeutendes reden. Also über Eckpunkte der Weltpolitik. Womöglich sogar historische Eckpunkte. Aber die wahre Bedeutung bringt immer erst der zeitliche Abstand an den Tag. Aktuell vermeintliche Eckpunkte erweisen sich schon aus geringer Entfernung häufig als in die Ecke gesetzte Hundehaufen.

Trotzdem 1: Donald Trump hat das Abkommen mit dem Iran aufgekündigt (was in äußerst befremdlicher Harmonie Israelis und Saudis erfreut). Es war ja auch kein Abkommen, so etwas nannte man nur gestern so, als wir noch einen Kaiser hatten. Heute ist das ein „Deal“. Locker, flockig ein „Atom-Deal“. Wenn die Medien in diesem Land von Trump auch nichts annehmen möchten, diese Vokabel haben sie rasch angenommen. „Deal“ passt auch besser in eine Überschrift als das sperrige Wort „Abkommen“.

Trotzdem 2: Gerhard Schröder hat sich bei Waldimir Putins lupenreiner Wahl derart peinlich angewanzt, dass man sich fragen muss, warum der Kerl zum fünften Mal eine Frau heiratet. Kann ja mal vorkommen. Aber fünf Irrtümer in Folge?

Trotzdem 3: Emmanuel Macron haben sie in Aachen den Karlspreis an die Brust gebaumelt. Dabei hörte die versammelte Festgemeinde von ihm nur abermals, wie er uns an die Wäsche, oder richtiger ans Portemonnaie gehen möchte. Damit kennt sich Macron aus. Man muss den Klingelbeutel nur ausdauernd genug schütteln, irgendwann klimpert es. Na ja, in Aachen wird schließlich auch der Orden wider den tierischen Ernst verliehen, vielleicht hat man dort in diesem Jahr etwas durcheinandergebracht. Kann ja mal vorkommen.

Also, das wären so Eckpunkte der Woche gewesen, in welche Ecke und zu welchen Haufen Sie die selbigen auch immer sortieren möchten. Und was machen wir hier? Wir quaken wieder mal rum. Dabei müssten wir an den oben genannten Beispielen nun wirklich erkannt haben, dass es entschieden Wichtigeres gibt als irgendwelche Gefährder. Was heißt das überhaupt? Haben wir nicht Gefährder, wohin man blickt? Fahren Sie mal über eine x-beliebige Autobahn. Gefährder im Rückspiegel, im Seitenspiegel und überhaupt überall. Und wer regt sich darüber auf? Na, sehen Sie! Wer wird sich dann daran stören, dass mit der Einigung über den Familiennachzug nicht anerkannter Flüchtlinge ausdrücklich ein großes Herz für Gefährder bewiesen wird? Natürlich nicht für jeden. „Geläutert“ muss er schon sein. Noch günstiger wäre es, er zeigte sich „reumütig“. Wieso sollte so ein handzahmer Mensch nicht endlich seine liebe Familie wieder in die Arme schließen dürfen? Das Bundeskriminalamt gibt die aktuelle Zahl der Gefährder mit 1560 an. 362 von denen haben einen Antrag auf Asyl gestellt. Na, was die wohl alles versprechen, wenn die neue Regelung erst einmal gilt. Die sind ja nicht doof, sonst wären sie nicht hier. Aber Vorsicht, bitte keine vorschnelle Kritik, schon gar keine diskriminierende. Man muss abwägen. Hohe Güter stehen auf dem Spiel, da darf man nicht leichtfertig sein. Wie, in Paris hat gerade mal wieder ein schon länger erkannter Gefährder gemetzelt? Kollateralschaden! Deshalb wird man doch nicht vor den „Feinden der Freiheit“ zurückweichen. Und bitte auf keinen Fall verallgemeinern. Aus dem Haus der Justizministerin Katarina Barley, der die Gefährder ein Herzensanliegen sind, kommt unbeirrt der nachdrückliche Hinweis auf Artikel 6 des Grundgesetzes: „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“. Das schien lange Zeit in Vergessenheit geraten zu sein. Nun wird der alte Wert wiederbelebt, den Gefährdern sei Dank. Weil, wie es aus dem Ministerium nachdrücklich verlautet, das hohe Gut der Ehe auch für Gefährder zu schützen sei. Bitte richtig lesen: Für Gefährder, nicht vor Gefährdern. Das wäre schließlich ein ganz anderes Thema.

Weshalb der zuständige Innenminister mit dem Ergebnis nach hartem Ringen auch „sehr zufrieden“ ist. Und vielleicht ist das viel richtiger, als wir ohne lange nachzudenken meinen. Man kann es doch auch so sehen: Manche Ehefrau ist gelegentlich viel wirksamer als eine Fußfessel. Und wenn sich der Gefährder unter dem sanften Einfluss seiner Ehefrau zum freundlichen Nachbarn wandelte, wäre das nicht schön?

Ach, und ist es nicht auch herzig, dass bald so viele Buben ihre leidgeplagten Eltern an die sehnende Brust drücken können? Jedem mitfühlenden Wesen geht das Herz auf bei der Vorstellung, dass die lange Trennung von Kind und Eltern bald ein Ende hat, dass die fürsorglichen Eltern, die ihrem Sprössling die lange und wohl auch teure Reise ermöglicht haben, nun endlich den Lohn ihrer Güte einfahren können.

> Die Politiker waren zum großen Teil an der Grundsteinlegung der Anti-Abschiebe-Industrie beteiligt

Auch wenn wir uns beharrlich weigern, es zu akzeptieren, wir leben an einem Sehnsuchtsort. Die Sehnsüchte sind nicht überall gleich, aber in vielen Ländern gilt Deutschland als Ort der Verheißung. Das hat inzwischen so ziemlich jeder begriffen, die Schlussfolgerungen, die daraus gezogen werden, sind allerdings verwirrend. Je erbärmlicher das eigene Leben, desto größer der Drang ins Land der Verheißung. In Schwarzafrika ist das nicht erst so, seit die Schlepper ihre Werbetrupps über das Land schickten. Schon vor Jahren waren es immer dieselben Fragen, die dem Besucher gestellt wurden: Stimmt es, dass in Deutschland jeder einen Mercedes fährt? Stimmt es, dass jeder auf der Autobahn so schnell fahren kann, wie er will? Stimmt es, dass alle Frauen toll aussehen? So einfach sehen Träume junger Männer aus. Wer beim Staatsbesuch in der klimatisierten Staatskarosse vom Flughafen zum Präsidentenpalast fährt, der kennt solche Fragen verständlicherweise nicht. Wer auf der Straße mit den Menschen spricht, der kennt sie. Und er weiß, was die Menschen auf den langen Weg nach Norden trieb.

In der Wochenzeitung „Die Zeit“, lange als Amtsblatt der Willkommenskultur geführt, machte sich ein Arzt aus Deggendorf Luft. Er arbeitet in einem Transitzentrum. Einst nahm er als Flüchtlingshelfer mit Elan seine Arbeit in einer Einrichtung der Erstaufnahme auf. Nun hat er die Nase voll. Was zu ihm in die Sprechstunde komme, sei überwiegend frech und fordernd, habe keine ernsthaften medizinischen Probleme, sondern verlange Massagen gegen Muskelkater, Schmerztabletten oder Viagra zum dealen. Mindestens die Hälfte, so schätzt er, komme als Medizintouristen, die in Deutschland kostenlos behandelt werden wollen. Der Helfer von Deggendorf ist nicht der erste Arzt, der dahinterkommt. Nur hüten sich andere, darüber öffentlich zu sprechen. Die Regierung in Berlin hängt schließlich auch nicht an die große Glocke, dass sie überlegt, beim Gesundheitstourismus den Hebel anzusetzen. Allerdings auf ganz anderer Ebene. Sie versucht mit der Verweigerung von Visa Druck auf die Eliten der Herkunftsländer auszuüben. Dann wird das nichts mit dem Gesundheitscheck in einem deutschen Krankenhaus oder mit Shopping am Neuen Wall. Dieser Verzicht gilt als schmerzhafter denn die Kürzung der Entwicklungshilfe. Das nennt man wohl Realpolitik.

Die wahren Realitäten sind aber leider vollkommen anders. So ein Stück Realität nach Recht und Ordnung wird uns gerade vorgeführt. Da mögen Politiker noch so sehr klagen über eine Anti-Abschiebe-Industrie. Sie waren selbst zum großen Teil an deren Grundsteinlegung beteiligt. Juristisch hat die Kanzlerin recht, wenn sie das Klagerecht von Asylbewerbern oder so Ähnlichen verteidigt. Und darum fällt auch der Togolese, dessen versuchte Abschiebung für Randale in Ellwangen sorgte, unter den Schutz von Recht und Ordnung. Dessen Anwalt hat unterdessen Klage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Das muss uns das Menschenrecht des Yussif O. mindestens wert sein. Ob der Aufwand allerdings notwendig war, wird indessen bezweifelt. Denn käme der über die Alpen abgeschobene Togolese aus Italien zurück, müsste er an der Grenze nur „Asyl“ stammeln, dann wäre die Grenze wieder offen. Das bekäme ja wohl auch Yussif O. nach einem Grundkurs in Deutsch noch hin.

MEINUNGEN

*Der frühere Direktor der US-Geheimdienste **CIA** und NSA, **Michael Hayden**, äußert sich im „Spiegel“ (12. Mai) alles andere als glücklich über US-Präsident **Trumps** Umgang mit dem Iran-Atom-Abkommen:*

„Die langfristigen Linien der (US-) Diplomatie laufen darauf hinaus, dass wir in Beziehungen denken, nicht in Transaktionen. Trump feiert gerade, dass er Großbritannien, Frankreich und Deutschland seinen Willen aufgezwungen hat. Dieser kurzfristige Sieg wird spürbare Kosten nach sich ziehen.“

*Der einstige Kulturchef des „Spiegel“ und spätere „Welt“-Journalist **Matthias Matussek** warnt im „Hamburger Abendblatt“ (9. Mai) vor dem Niedergang der gelebten **Meinungsvielfalt in Deutschland**:*

„Ich habe den Eindruck, dass dieses Deutschland kräftig verrutscht ist, dass keine Regel mehr stimmt. Wir müssen lernen, dass der Bürgerprotest gegen die Regierung nicht böse ist, nur weil er von rechts kommt. Jahrzehntelang haben wir uns an Protest von links gewöhnt – warum soll Protest von rechts jetzt ein Anschlag auf die Demokratie sein?“

***Roger Köppel** fragt sich in der Schweizer „Weltwoche“ (8. Mai), warum **Karl Marx** noch immer so populär ist, und findet eine finstere Antwort:*

„Überall dort, wo sich Regierungen auf Marx beriefen, resultierten Knechtschaft, Massenarmut und Tod. Die Forschung spricht von über 100 Millionen Toten. Man muss sich die Frage stellen, warum sich so viele Killer- und Terror-Regime von den marxschen Lehren angesprochen fühlten. Vielleicht deshalb: Marx lieferte ihnen die Werkzeuge zur Begründung einer von Gott befreiten Herrschaft ohne Rücksicht auf Person und Eigentum. Marxisten reden deshalb so gerne und oft von der Menschheit, weil der Einzelmensch für sie entbehrlich ist.“

*Auch **Gunnar Schupelius** von der Berliner „B.Z.“ (3. Mai) treibt dieses Phänomen um:*

„Kaum irgendwo trifft man auf ein kritisches Wort zum Leben und Wirken des Herrn Marx. Das ist erstaunlich, denn wir Deutsche sind ja die Weltmeister der Selbstkritik. Unsere ganze Geschichte durchleuchten wir ... Im vergangenen Jahr haben wir Martin Luther als Antisemiten entlarvt. Karl Marx allerdings war ein viel größerer Antisemit und dazu auch noch ein Rassist. In seinem Text ‚Zur Judenfrage‘ von 1843 behauptete er, ‚Eigennutz‘ und ‚Schacher‘ seien die Kultur der Juden und ihr ‚Gott‘ sei ‚das Geld‘. Das Judentum sei ‚ein allgemeines gegenwärtiges antisociales Element‘. Den Sozialisten Ferdinand Lassalle beleidigte er als ‚jüdischen Nigger‘ und seinen eigenen Schwiegersohn als ‚Abkömmling eines Gorillas‘.“

***Dushan Wegner** beschreibt in seinem Blog (8. Mai), wie ein Begriff von der **Propaganda** in sein Gegenteil verkehrt wurde:*

„‚Demokratiefeind‘ war einer, der die Demokratie und ihre Prinzipien wie Rechtsstaat, Verfassungstreue und Gleichheit vor dem Gesetz in Frage stellte. Heute kann man als ‚Demokratiefeind‘ bezeichnet werden, gerade weil man die Einhaltung der Gesetze fordert.“